

geographische
revue

Zeitschrift für Literatur und
Diskussion

Jahrgang 11 · 2009 · Heft 2

Wissenschaft, Öffentlichkeit,
Wissenschaftskommunikation

geographische

revue

Jahrgang 11 · 2009 · Heft 2

Editorial	5
Helmut Klüter Öffentliche Geographie	7
Ilse Helbrecht Wissenschaft, Bildung, Öffentlichkeit: Wohin gehen wir?	16
Markus Lehmkuhl Öffentlichkeitsarbeit der Wissenschaft und ihre Rationalität	22
Pascal Goeke Was kann und soll öffentliche Wissenschaft leisten? Der Fall der wissenschaftlichen Begleitforschung	27
Karen Ziener Zur Kommunikation von Wissenschaft in der ange- wandten und anwendungsorientierten Geographie	34
Werner Reichmann Dauerhaft, gefestigt und erfolgreich: Kommunikative Einigkeiten zwischen Konjunkturforschung, Öffentlichkeit und Politik	39

- 46 Patricia Stošic
„Kinder mit Migrationshintergrund“ – zum Verhältnis
von Wissenschaft und Öffentlichkeit
- 53 Joël Luc Cachelin
Das Verhältnis ist ein Netzwerk
- 58 Gerhard Fröhlich
Die Kontrolle der Wissenschaftskommunikation.
Peer Review-Praktiken auf dem Prüfstand
- 64 Andreas W. Daum
Bringing the Actors back in. Historical Perspectives
on Scholarship and its many Publics
- 71 Peter Meusburger
Zur selektiven Verbreitung von wissen-
schaftlichen Erkenntnissen
- 76 Georg Stauth
Wissenschaft – Medium – Politik.
Ein Erfahrungsbericht zur
‘Sociology of Islam Discussion List’
- 83 Holger Hettwer und Franco Zotta
Wissenschaft sucht Öffentlichkeit – und findet
Journalisten. Von der schwierigen Suche nach
Rollenbildern in öffentlichen Debatten

Impressum

Herausgeber, Selbstverlag:
Geographische Revue e.V., Flensburg
Redaktion:
Wolfgang Aschauer, Günther Beck, Jörg
Becker (verantwortlich für diese Ausgabe),
Druck:
Rhiem Druck GmbH, 46562 Voerde
Layout und Satz:
Günter Raabe, 37079 Göttingen
Copyright:
Geographische Revue e.V.
ISSN: 1438-3039
Das Einzelheft kostet 12,00 EUR (zzgl.
Versandkosten), das Jahresabonnement
22,00 EUR (zzgl. Versandkosten).

Die geographische *revue* erscheint
zweimal im Jahr.
Redaktions- und Bestelladresse:
Geographische Revue
Zwoller Str. 33, 46485 Wesel
Die Redaktion lädt alle Interessenten zur
Mitarbeit ein. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann jedoch keine Gewähr
übernommen werden.
Rezensionsexemplare (bitte zwei Exem-
plare) werden erbeten an:
Prof. Dr. Wolfgang Aschauer,
An der Reitbahn 15 b
24937 Flensburg
Internet: www.geographische-revue.de

Editorial

10 Jahre Geographische Revue, und immer noch nicht das weiland propagierte Ziel erreicht – welches Ziel? Dieses nämlich: das Problem einer Lösung zuzuführen, dass der wachsende Berg von Literatur von immer weniger Lesern bewältigt werden kann. In weiter ansteigender Zahl erscheinen alljährlich über 1,5 Milliarden wissenschaftliche Artikel – und auch wenn diese für das einzelne Fachgebiet der Zahl nach zweifelsohne als geringer einzuschätzen sind: es bleibt die Frage: wer soll diese Flut in Schranken halten? Wir selbst glaubten, den Klagen um das benannte Problem entgegenarbeiten zu können, indem wir in unserem Editorial 1999 unter anderem an Kants Diktum vom ‘guten’ Lesen erinnerten („Wenn die Literatur oder viele Bücher zu kennen, unsere Absicht ist, so muß man viel lesen. Allein um viel Nutzen vom Lesen zu haben, muß man wenig und gut lesen.“). Inwieweit wir jedoch dadurch, dass wir versuchten, in unserem Fach und über dessen Grenzen hinaus Überblicke über die Literatur zu verschaffen, Orientierungen zu vermitteln, Kommunikation und Diskussion im Fach und zwischen den Fächern zu befördern, selbst dazu beigetragen haben, die Masse der Publikationen nur noch weiter zu vermehren – diese Frage können wohl am besten unsere Leser beantworten!

In den 10 Jahren, in denen die Geographische Revue versuchte, Platz zu schaffen für Orientierung und ‘gutes Lesen’, hat sich das Publikationswesen durch die größer werdende Bedeutung des Internets erheblich verändert. Die damit verbundenen Ängste sind vielfältiger Art, darunter die (keineswegs unberechtigte) Befürchtung, dass die Flut der Publikationen weiter – ins Unermessliche? – ansteigen wird, ihr also noch weniger Herr zu werden ist. Gerade deshalb geht es weiter und noch viel mehr um die Frage, aus der Masse der wissenschaftlichen Artikel die einschlägig(st)en, wichtig(st)en, zumindest: die ‘gediegen(st)en’, um nicht gleich zu sagen: die epochalen, genialen ausfindig zu machen.

Können in Hinblick auf dieses Problem nicht die IT-Medien weiterhelfen, indem sie durch ihre spezifische Verarbeitung und Darbietung von Texten und anderen Daten das Suchen nach den für den Nutzer relevanten Informationen erleichtern und damit auch das Problem der Bewältigung des (wachsenden) Berges der Literatur obsolet werden lassen? Die Entwicklung eines entsprechenden, den wissenschaftlichen Interessen des Lesers entgegenkommenden, qualitativ gehaltvollen Suchalgorithmus wird wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen. ‘Gutes Lesen’ wird also auch in Zukunft nicht an Suchmaschinen delegiert werden können.

Mit der zunehmenden Bedeutung der IT-Medien tritt allerdings ein neues Problem auf, das es in dieser Schärfe bisher nicht gegeben hat, nämlich dass die Anbieter von Online-Publikationen, welche die Kontrolle über das Veröffentlichte ausüben, maßgeblich darüber bestimmen, wann – und wie lange – eine Publikation im Netz aufzuheben und folglich für

die Öffentlichkeit zugänglich ist. Ob die Informationsversorgung durch die oftmals als 'demokratisch' bzw. für den Nutzer als kosten- und barrierefrei annoncierte Publikationsstrategie des Open Access hierzu eine Alternative darstellt, wird sich zeigen. Letztlich geht es immer um das Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit, um die – allzeit verlässliche – Aufbewahrung und Weitervermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie um die (Zugangs- und Verfügungs-)Rechte der Autoren und der Nutzer von Informations- und Kommunikationsmedien.

Diesem Problem widmet sich auch das Schwerpunktthema der vorliegenden Ausgabe. Dem Heft ging eine Einladung an potenzielle Autoren mit der nachstehenden Frage und dem ihr folgenden Text voraus: *„Wie kann das Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit beschrieben werden, auf welche Weise kommunizieren beide Sphären miteinander? Sinnvoll ist hier zunächst die Unterscheidung von primärer (wissenschaftsinterner) und sekundärer (außerwissenschaftlicher) Wissenschaftskommunikation; darüber hinaus kann festgestellt werden, dass Öffentlichkeit vor allem medial vermittelt wird. Die Massenkommunikationsmittel Presse, Rundfunk und Fernsehen nehmen dabei eine Schlüsselfunktion ein und prägen zum großen Teil das Bild von Wissenschaft in der Gesellschaft. Daneben werden Kommunikationskanäle genutzt, die einen direkten Zugang zu anderen Teilsystemen der Gesellschaft ermöglichen, zu Politik, Wirtschaft und Verwaltung, die ja nicht nur Ressourcen für die Wissenschaft bereitstellen, sondern auch als nachfragende Institutionen wissenschaftlichen Wissens auftreten.*

Mit dem Siegeszug des World Wide Web hat sich darüber hinaus ein weiteres Kommunikationsmedium entwickelt, das die herausgehobene Bedeutung der traditionellen Massenmedien relativiert.(...) Die Geographische Revue möchte in einem Themenschwerpunkt die (nicht unproblematische) Beziehung von Wissenschaft und Öffentlichkeit zur Diskussion stellen. Sie möchte Interessierte auffordern zu diskutieren, mit welchen Ansprüchen Öffentlichkeit gegenüber den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen auftritt, aber auch die Möglichkeiten ausloten, Formen der Wissensproduktion transparenter zu gestalten und Wissenschaftskommunikation nicht als Einbahnstraßensystem zu betreiben, sondern Teile der Öffentlichkeit und neu entstehende Nutzergruppen über das Medium Internet und andere Medien dialogorientiert in den Produktionsprozess einzubeziehen. Dabei müssen nicht unbedingt die üblicherweise an wissenschaftliche Aufsätze geltenden Maßstäbe angelegt werden. Es soll ebenso Platz sein für Ideenskizzen, Werkstattberichte, noch Unfertiges etc. Wir wollen hier vor allem ein Forum für neue Sichtweisen und Ideen bieten.

Unserer Ansicht nach ist es den Autoren gelungen, das schwierige Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit aus den unterschiedlichsten Perspektiven und in einer anregenden Themenvielfalt zu beleuchten. Das Thema werden wir auch auf unserer neuen Internetplattform „raumnachrichten.de“ zur Diskussion stellen und wünschen uns und den Lesern, dass sich hier eine spannende und weiterführende Debatte entwickeln wird.

Helmut Klüter ■

Öffentliche Geographie

Aus kaum einer anderen Wissenschaft sind in den letzten fünfzig Jahren mehr Inhalte in die Öffentlichkeit gewandert als aus der Geographie:

- Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Deutschland und einigen anderen Ländern topographische Kartenwerke allgemein zugänglich gemacht. Zwar blieben sie in der Regel einem Spezialpublikum vorbehalten, doch das Monopol des Militärs, der Wissenschaft und einiger Sonderbehörden auf diese Information war gebrochen. In Raumplanungskonflikten wurden sie bald auch von Bürgern und Bürgerinitiativen genutzt.
- Mit dem Einsetzen des Massentourismus in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurde das Reisen demokratisiert. Nicht nur Deutschland, sondern bald auch Europa und einige exotische Länder wurden auf diese Weise einer breiten Öffentlichkeit erschlossen. Die Literatur dazu (Reiseführer, Websites) übertrifft die genuin raumwissenschaftliche bereits um ein Mehrfaches.
- Etwa gleichzeitig sorgte die Ausbreitung des Fernsehens dafür, dass auch nicht bereite Kulissen tagtäglich ins Wohnzimmer flimmerten. Die globalisierten Nachrichten produzieren Informationen, die aktueller und oft auch detaillierter sind als die mehr oder weniger hausbackenen Berichte der Geographen über ferne Länder.
- Parallel dazu wurden Farbfotografie, Digitalkamera und Camcorder perfektioniert. Die Reproduktion von Kulissenbildern schuf in Zeitschriften wie „National Geographic“ und „Geo“ ihre eigenen Massenmedien mit einer ihnen eigenen Ästhetik.
- Mit der Ausbreitung von Computer-Karten und den im Internet zugänglichen Satelliten- und Luftbildern sowie den stark expandierenden Online-Lexika scheint geographisches Detailwissen in fast jedem Haushalt abrufbar zu sein.
- Geographische Informationssysteme werden immer weiter automatisiert und technisiert, so dass sie zu einem universellen Hilfsmittel zur Ordnung von Informationsströmen in einer globalisierten Welt werden.
- Nicht nur Haushalte, auch Autos werden von solchen Technologien erobert: Über Navigationssysteme wird die Orientierung mit Hilfe von Karten und standardisierten Kulissen zum Bestandteil des Allgemeinwissens.

Komplexe räumliche Orientierungsabläufe, die früher nur guten Piloten, Busfahrern, Exkursionsführern, Wissenschaftlern und anderen Spezialisten vorbehalten waren, sind innerhalb von ein bis zwei Generationen Allgemeingut geworden. Diese Inhalte sind für die

Wissenschaft keineswegs verloren – im Gegenteil: Die dadurch möglichen Rückkopplungen aus der Praxis in die Geographie und andere Raumwissenschaften sind erheblich erweitert. Dazu gehört, dass Geographie eine der Sozialwissenschaften ist, die am stärksten technisiert ist. Es bedeutet auch, dass bestimmte Fachinhalte von einer Praxis- und Öffentlichkeitsrelevanz sind, von der viele andere Wissenschaften nur träumen können. Beispielhaft sei hier der Film „An Inconvenient Truth“ von Al Gore 2006 genannt. Geographisch interessante Fragestellungen werden heute in über 40 Disziplinen (vgl. Klüter 2006, S. 27) und weit über 100 Bundesämtern und Fachbehörden vom Umweltbundesamt bis zu regionalen Ämtern für Raumordnung und Landesplanung und Katasterämtern bearbeitet. Die Öffentlichkeit rezipiert vieles davon als geographisch, nicht zuletzt weil Erdkunde bzw. Geographie als einzige Raumwissenschaft als Schulfach präsent ist, und insofern die Themenzuordnung entsprechend vorgeprägt ist. In der Wissenschaft sind die Verhältnisse bisweilen umgekehrt: Wichtige Arbeitsgrundlagen wie topographische Karten, Satellitenbilder, statistische Daten beziehen die Raumwissenschaften von Landesämtern und anderen Dienststellen – also außerwissenschaftlichen Einrichtungen. Auch der Administrativraum als wichtigste standardisierte Raumabstraktion für Geographie wurde außerhalb der Wissenschaft von Gebietskörperschaften entwickelt. Raumbezogene Kommunikation in der Gesellschaft ist somit ein Bereich, der weit über die Grenzen der herkömmlichen Raumwissenschaften hinausgewachsen ist, und in dem Geographie vielleicht eine besondere, aber doch sehr kleine Rolle spielt. Aus der disziplinären und institutionalen Aufsplitterung folgt für die Raumwissenschaften der Zwang, den gesellschaftlichen Innovationen möglichst einen Schritt oder mehrere Schritte voraus zu sein.

Unter diesen Bedingungen erscheint die Behauptung, das Publikum der Wissenschaftler seien die Wissenschaftler (vgl. Bühl 1974, S. 242; wiederholt von Luhmann 1992, S. 625), wenig zeitgemäß. Räumliche Orientierung als besondere Verknüpfung von Fremdsteuerung – über die Selektivität von Karteninhalten – und Selbststeuerung – als Umsetzung der Karteninformation in eigene gerichtete Mobilität und Aktivität (Klüter 1986, S. 65) – hat Konjunktur und erobert immer neue Lebensbereiche. Der Bedarf an Synchronisation arbeitsteiliger Abläufe, die Erzeugung immer neuer Dimensionen dessen, was gleichzeitig koordiniert geschehen soll, und damit die Nachfrage nach räumlicher Abstraktion, etwa in Form von Programmierung räumlicher Orientierungstechnologien, wächst exponentiell.

Das heißt nicht, dass das Verhältnis von Geographie und Öffentlichkeit von Missverständnissen frei wäre. Zwei Beispiele mögen dies erläutern:

1. Jemand schreibt ein innovatives Erdkundebuch für die Schule. Doch es wird von den staatlichen Aufsichtsbehörden nicht genehmigt. Die Autorin publiziert es dennoch. Unter dem Titel „Die wunderbare Reise des kleinen Nils Holgersson mit den Wildgänsen“ (1906) wird es zum Weltbestseller. Dabei mutiert das didaktische Nebenthema (Wie mache ich eine schwedische Landeskunde für Schüler interessant?) zur Hauptsache: Der Däumling wird märchenhafte Identifikationsfigur für kindliche Adressaten, seine Erlebnisse zur Romanstory. Selma Lagerlöf, die Autorin (1858-1940) erhielt 1909

als erste Frau einen Literaturnobelpreis – allerdings nicht für „Nils Holgersson“, sondern für den heute weniger bekannten Roman „Gösta Berling“.

2. Literatur muss nicht unbedingt erfolglose Geographinnen retten. Es gibt auch Fälle, wo sie Geographie verschüttet. Erinnerung sei an das russlanddeutsche Vermessungsgenie Friedrich Georg Wilhelm Struve (1793-1864). Er ist der einzige Erdwissenschaftler, dem ein UNESCO-Welterbe gewidmet wurde (2005). Mit seinen geodätischen und astronomischen Projekten gehört er zu den Wegbereitern der modernen, standardisierten räumlichen Orientierung. Der nach ihm benannte triangulierte Bogen von Hammerfest nach Ismajil am Schwarzen Meer ist mit 2.821 km auch das längste UNESCO-Erbe Europas, in dieser Dimension vergleichbar nur mit der Chinesischen Mauer. Trotzdem spielt Struve in der heutigen Geographie bzw. Geographiegeschichte kaum eine Rolle. Literatur hat ihn nicht gerettet. Im Gegenteil: Im schon genannten Jahr 2005 klatete Daniel Kehlmann (geb. 1975) Struves Generalthema „Die Vermessung der Welt“, unterschob es seinen Zeitgenossen Alexander von Humboldt (1769-1859) und Johann Carl Friedrich Gauß (1777-1855), die über mikro- und mesoregionales Messen kaum hinaus kamen, und erteilte dafür im deutschen Literaturbetrieb Lob in peinlichen Dimensionen.

Struve kommt in dem Roman nicht vor. Natürlich soll, darf, muss ein Roman fälschen. Aus der Regenbogenpresse weiß man, dass es gut für Journalisten ist, wenn sie Stars, Politiker oder Manager vermenscheln. Oder: Man denkt sich etwas aus und nennt die Hauptfiguren Humboldt und Gauß. Vielleicht ist Struve posthum zu beglückwünschen, dass nicht auch er Kehlmanns Opfer geworden ist.

Festzuhalten bleibt, dass Geographisches auch außerhalb der Geographie als interessant befunden wird. Weitere Beispiele in diesem Kontext sind:

- Trojanows Roman „Der Weltensammler“ (2006), in dem der englische Forschungsreisende Richard Francis Burton (1821-1890) porträtiert wurde.
- Auch das erste Projekt im ersten Jahr (2006) des Wettbewerbs „Deutschland – Land der Ideen“ griff mit dem neuen Gottorfer Riesenglobus Geographie auf (Andert 2006, S.9) Wie bei Kehlmann war die Art der Metamorphose vom Originalgedanken des Adam Olearius (1599-1671) über den alten begehbaren Globus zur modernen Tourismusattraktion beträchtlich (vgl. Guratzsch 2005).

Die Selektivität, welche die Geographie abseits des üblichen Forschungs- und Publikationsbetriebs erfährt, scheint unberechenbar zu sein. Jemand greift etwas auf und macht ohne Rücksicht auf Wissenschaft eine Story oder eine Sehenswürdigkeit daraus. Die Geographen selbst scheinen dabei an den Rand gedrängt zu sein. Es ist offenbar ein Prozess, der mehr durch strukturelle Selektion und weniger durch gerichtete Entscheidungen sozialer Systeme bestimmt wird. Hier stellen sich zwei Fragen: Die erste betrifft das Problem des Zugriffs auf Wissenschaft von außen: Wie erfährt Öffentlichkeit etwas von interessanter Geographie und wie wird sie dann weiterverarbeitet? Die zweite Frage stellt die erste reflexiv: Kann Geographie aus solchen Selektionsprozessen etwas für die heutige eigene Öffentlichkeitsarbeit lernen?

Zu 1: Fragt man, was Olearius, Humboldt, Gauß, Struve, Burton und Lagerlöf verbinden könnte, stößt man auf eine Unschärfe: Aus der Sicht der sozialen Systeme – hier repräsentiert im Schaffen historischer Persönlichkeiten – ist Öffentlichkeit wie auch Raum Umgebungsbegriff. Eine Differenzierung zwischen den beiden erfolgt erst in weiteren Schritten: Raum rekuriert auf mögliche Überschneidungen eigener mit Umgebungen anderer sozialer Systeme. Unter dem Label „Öffentlichkeit“ wird von anderen Systemen erwartet, dass sie eigene Informationen aufnehmen und darauf reagieren. Mit „Öffentlichkeit“ wird anderen rezeptive und kommunikative Kompetenz, mit „Raum“ Allozierbarkeit unterstellt. Auf diese Weise sichert das soziale System mit „Raum“ das Gerichtetsein einer möglichen eigenen Mobilität oder Aktivität. Mit „Öffentlichkeit“ zielt es auf die Reflexivität von Kommunikation.

Öffentlichkeit gerät so zu einer systemrelativen, heuristisch angesetzten Metapher für Gesellschaft und ihre Teilsysteme. Jeder, der von Öffentlichkeit redet, meint irgendeine Differenz zwischen Gesellschaft und dem eigenen sozialen System. Schon die sich daraus ergebende Vielfalt sorgt für unscharfe Grenzen. Hinzu kommt, dass sie individuell verschoben werden können. Olearius und besonders Burton empfanden die Andersartigkeit der fremden Sprachen und die dadurch beschränkte Selektivität des Zugangs zu dort kommunizierten Inhalten als Begrenzungen. Mit dem Erlernen dieser Sprachen wurden bisherige Kommunikationsgrenzen durchlässiger – also wiederum unschärfer und letztlich in Frage gestellt.

Das Arbeiten mit solchen Unschärfen führt nicht nur in der Kommunikation über verschiedene Zeithorizonte hinweg zu unerwarteten, unberechenbaren Prozessen. Schon die Brüche innerhalb personaler Systeme sind abrupt. Burton meinte beispielsweise, dass seine Schilderung von Mekka zum Verständnis der arabischen Welt nicht genügend beitrüge. Er hielt die Übersetzung der Märchen aus 1001 Nacht für ebenso wichtig – und übersetzte sie. Die Auswirkungen waren phänomenal: Das Monopol der Homer, Lafontaine, Andersen und Grimms war gebrochen. Nicht nur reale, auch Märchenwelten mussten nun kontingent gedacht werden. Der Tourismus in arabische Länder profitiert heute noch davon.

Eine provisorische Antwort auf die erste Frage könnte darin bestehen, dass andere gesellschaftliche Teilsysteme bei der Lösung von Fragen zur Abgrenzung ihrer Umgebungen sich gern von in der Geographie erstellten Raumabstraktionen inspirieren lassen. In der Geographie stellt allein schon die Beschäftigung mit einer Vielzahl von Grenzen die mögliche Absolutheit einer eigenen Umgebungsgrenze (aus der Sicht eines in sich befangenen sozialen Systems) in Frage. Territorialisierung als Antwort auf Ausschließung von Inkompatibilitäten zwischen sozialen Systemen erscheint dann als mögliche, nicht zwingende Funktionalisierung. So etwa waren die programmatischen Unterschiede zwischen kommunistischen und bürgerlichen Parteien im politischen System bis 1947 so gering, dass sie in einer politischen Territorialeinheit koexistieren konnten. Danach wurde diese Differenz mehrfach verstärkt. Durch den Ausbau der Zonengrenzen wurde Deutschland geteilt. Das geschah nicht nur hier, sondern auch in Österreich. Allerdings wurde dort aufgrund ande-

ren politischen Handelns jene räumliche Trennung in Zonen 35 Jahre früher als in Deutschland aufgehoben.

Die Idee zur Befestigung der Zonengrenzen kam sicher nicht aus der Geographie. Auch bei der wirtschaftlichen und sozialen Externalisierung von Problemen scheint die Frage, ab wann Inkompatibilitäten so groß sind, dass das Störende planerisch in andere Grundstücke oder Regionen verlegt wird, eher eine der betroffenen sozialen Systeme, und nicht der Raumwissenschaften zu sein. Die reale Koordinierungsaufgabe liegt häufig bei den bereits erwähnten Behörden und Ämtern – also in diesem Fall bei einem Stadtplanungs- oder einem Regionalplanungsamt. Strategien territorialer Kompatibilitätserzeugung können zwar in der Wissenschaft entwickelt werden, sind aber auf Nutzung durch wirtschaftliche und/oder Sanktionierung durch politisch-administrative Systeme angewiesen. Eine weitere Antwort auf die erste Frage besteht also darin, dass die Gegenüberstellung von Raumwissenschaft und Öffentlichkeit in dieser modellhaften Form selten vorkommt. Es muss zwischen der engeren und weiteren institutionalen Umgebung der Raumwissenschaften unterschieden werden, da Geographie in vielen Fällen Lösungen nur kooperativ, also in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen anbieten kann. Viele Probleme sind also bereits bis zu einem gewissen Grad öffentlich, bevor Geographie sich damit beschäftigt. Voraussetzung für die Umsetzung von Territorialisierung und die Erstellungen von Raumabstraktionen sind also auch hier wieder Unschärfen und Mehrdeutigkeiten im System-Umwelt-Gefälle von Unternehmen, Behörden, Gebietskörperschaften und den konfliktvermeidenden Aktivitäten der (administrativ-)raumbezogenen Planung.

Zu 2: Von alledem ausgehend scheint es nicht ganz unlogisch, wenn derzeit der Klimawandel als windigstes, unschärfstes Thema der Geographie die größte Öffentlichkeitswirksamkeit erzielt. Positiv bleibt festzuhalten, dass auch die Physiogeographie beim Topos Globalisierung angekommen ist. Jahrzehntlang schien die Humangeographie mit Dauerbrennern wie Welthandel, transnationalen Konzernen, Weltwirtschaft, Hunger und Überbevölkerung ein Monopol darauf zu haben. Nun stellt man die früher regional gehandelten Katastrophen wie Desertifikation im Sahel oder das Abschmelzen der Gletscher in einen Gesamtzusammenhang, der unter dem Label „Weltklima“ genau so global klingt wie Welthandel, Weltwirtschaft und Weltgesellschaft.

Das Stochastische in der Katastrophenbetroffenheit der einen und der Nichtbetroffenheit einer anderen Region behindert die für Verräumlichung so wichtige Allozierbarkeit der Problematik. Diese Unschärfe ist es, die die Vertagungsstrategien der Politiker füllt – mit drastischen Folgen für die (Des-)Orientierung des Publikums.

Unschärfen und Orientierungsschwierigkeiten begünstigen, dass der Charakter des Bedrohlichen allein zur Belehrung nicht ausreicht. Das zeigt beispielsweise die Diskussion zum „demographischen Wandel“. Jahrzehntlang haben Wissenschaftler davor gewarnt, dass die ökonomische und soziale Benachteiligung von Familien mit Kindern und die Vernachlässigung des Bildungssektors den Eltern die Lust an Nachwuchs verleiden könnte. Das heutige Ausbleiben der Kinder und die daraus folgende Abnahme der Bevölkerung

werden aber nicht als schlechte Familien-, Bildungs- oder Regionalpolitik gebrandmarkt, sondern als gottgegebener „demographischer Wandel“ kaschiert. Mit dem auf diese Weise verordneten Pessimismus hat man sich abzufinden. Und er muss verwaltet werden, indem man bestimmten Räumen Infrastruktur und Versorgung entzieht. Fatalismus macht sich breit, die Planer legen das Problem unter „Rahmenbedingungen“ ab und planen den entsprechenden „Stadtumbau“. Es gehört zum guten Ton, sich zur Religion des demographischen Wandels zu bekennen. Etwas Wissenschaft ist dabei erwünscht, jedoch nicht die, die den Blick auf Länder mit konstruktiver Bildungs- und Familienpolitik wie Dänemark oder Schweden richtet, und den „demographischen Wandel“ als hausgemachte Unterlassung besserer Politik demaskiert.

Kann so etwas dem „Klimawandel“ auch passieren? Verräterisch erscheint das kollektive Wir: „Jeder kann aktiv im Kampf gegen den Klimawandel mitwirken und es gibt zahlreiche Tipps, wie man dies tun kann. Von Emissionsrechnern, die eine Berechnung unserer gesamten persönlichen CO₂-Emissionen ermöglichen, bis hin zu konkreten Vorschlägen zur Reduktion von Emissionen können wir uns alle bewusster darüber werden, wie wir mit unseren Ressourcen umgehen.“ (Dow/Downing 2007, S. 88). Keiner ist schuld, „wir“ sind alle ein bisschen verantwortlich. „Wir“ können alle etwas tun. Die bereits erwähnten Unschärfen der Allozierung werden durch gewollte Unschärfe bei der Adressierung verstärkt. Auch dies kann als Schritt zu fatalistischer Belanglosigkeit interpretiert werden. „Man will in der Wahlkabine das wohlige Gefühl genießen, sich für andere Menschen und die Umwelt zu engagieren – um anschließend in einem geräumigen schwedischen Kombi, der im Stadtverkehr zwölf Liter schluckt, nach Hause zu fahren,“ heißt es in einem Artikel (Deggerich et al. 2009, S. 31) zum Wahlerfolg der Grünen bei den Europawahlen 2009.

Zwischen den Zeilen des bereits erwähnten Weltatlas des Klimawandels (Dow/Downing 2007) versteht man, dass eine sinnvoll adressierbare Vokabel anstelle von Klimawandel auch „überdimensionale Umweltverschmutzung“ heißen könnte. Dies wiederum lässt sich durch Messung konkretisieren und im weiteren Schritt adressieren. Damit liegt auch Allozierbarkeit nahe. Das Umweltbundesamt hat in seinem Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister (PRTR) für Deutschland eine Informationsplattform geschaffen, die bereits verräumlicht ist (Umweltbundesamt 2009): „Das PRTR ist ein Register mit Schadstoffemissionen in die Luft, in Boden, in Gewässer und (über die Kanalisation) in externe Kläranlagen sowie über entsorgte gefährliche und nicht-gefährliche Abfälle“, heißt es lapidar auf der Website des Amtes. Interessant an diesem Register ist, dass es auch landwirtschaftliche Betriebe berücksichtigt. In der Gesamtauszahlung fällt auf, dass „Intensivtierhaltung und Aquakultur“ noch vor „sonstigen Industriezweigen“ und vor dem Energiesektor rangieren. Das kollektive „Wir“ schrumpft in diesem Register auf handliche 4.000 Subjekte. Man klickt sie auf einer Karte an, findet ihren Standort und kann sie als Planer so weit umgehen oder einbetten, dass andere gesellschaftliche Aktivitäten mit den Emissionen kompatibel bleiben. In dieser Form ist also der Klimawandel auch für Raumplanung, Wirtschafts- und Sozialgeographie fassbar. Und sie werden vieles tun, um diese „kleinen“,

regionalen Emittenden verwaltbar und möglichst wenig störend zu neutralisieren. Doch der Leser solcher Pläne weiß dann, wo sie stehen.

Die Doppeldeutigkeit des letzten Satzes kann durch ein Beispiel belegt werden, das zeigt, wie stark eine planerische, politische Neutralisierungsabsicht von den realen Folgen in der Öffentlichkeit abweichen kann: Seit zwei Jahren versucht ein dänischer Investor, mitten in die vorpommersche Tourismusregion ein riesiges Kohlekraftwerk zu setzen. Der Standort in Lubmin ist so gewählt, dass durch die Aufwärmung des Wassers aufgrund der Kraftwerkskühlung (Kühltürme sind nicht vorgesehen) an der Ostseeküste Quallen und Blaualgen in demokratischer Weise sowohl die Strände Rügens als auch Usedom bevölkern werden. Der wichtigste Lobbyist für das Kraftwerk ist das Wirtschaftsministerium von Mecklenburg-Vorpommern.

Dessen Beschwichtigungsplanung sah vor, im Rahmen einer prunkvollen öffentlichen Anhörung in der größten Halle von Greifswald die „Spezialisten“ des Wirtschaftsministeriums sich in der Brillanz der Anwälte des dänischen Konzerns öffentlich sonnen zu lassen. Die Anhörung, durchgeführt vom Stralsunder Staatlichen Amt für Umwelt und Natur (STAUN), dauerte vom 28.10. bis 26.11.2008, also dreimal länger als geplant, und wurde zur größten Volksbewegung in Vorpommern nach der Wende. Eine bessere Werbung für ihr Ansinnen haben die Bürgerinitiativen gegen das Kraftwerk nie gehabt. Das Anhörungsprotokoll umfasst über 200 Seiten und konnte erst im Januar 2009 abgeschlossen werden. Die letzte größere Wortmeldung stammt von einem Geographen und wurde von den Protokollanten schlusswortartig in ihrer ganzen Breite dargestellt (Versteyl/Stüer 2009, S. 196-198).

Sicher gefährdet der sich stark entwickelnde Tourismus den „demographischen Wandel“ und die damit begründeten Entleerungsstrategien der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern für den ländlichen Raum. Einige Seebäder an der Ostseeküste und Dörfer im Hinterland wagen sogar zu wachsen – und das in Vorpommern! Insofern scheint es plausibel, dass das Wirtschaftsministerium trotz erdrückender Gegenargumente nach wie vor zu dem Kohlekraftwerk steht.

Fragt man nach der überregionalen Öffentlichkeits- oder Wissenschaftswirksamkeit des PRTR-Registers oder des Stralsunder STAUNs, wird man in den großen Zeitungen oder im Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung wenig finden. Dies sollte nicht die Messkala sein.

Das Verhältnis zwischen Geographie und Öffentlichkeit muss mindestens vierseitig gedacht werden.

Die erste Seite bilden die anderen Raumwissenschaften. Viele von ihnen haben auf bestimmten Gebieten die Geographie an Präzision und Modernität überholt. Von Seiten der Öffentlichkeit werden sie oft nur unzureichend differenziert, so dass die Frage einzelner Zuständigkeiten eher ein Problem des Wissenschaftssystems selbst ist. Meist sind Raumabstraktionen derart technisiert oder automatisiert, dass sie auch von außerwissenschaftlichen Anwendern erfolgreich genutzt werden können. Ähnliches gilt für Planungs- und Informationsstrategien, so dass sich zwischen Raumwissenschaften und Anwendern ein

dauerhafter Informationsstrom aufgebaut hat.

Die gesellschaftlichen Monitoring- und Planungsmöglichkeiten, die sich damit eröffnen, sind so komplex, dass sie schon lange nicht mehr von den Raumwissenschaften allein wahrgenommen werden können. Die kommunikative Bedeutung von Fachämtern und Fachbehörden der Gebietskörperschaften kann für die Außenwirkung von Geographie gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, wie die beiden Beispiele (Umweltbundesamt, STAUN) zeigten. Damit stellen sie eine weitere Seite im Verhältnis zwischen Geographie und Öffentlichkeit dar. Einige Fachämter leisten – aus wissenschaftlicher Sicht – überdimensionales Monitoring, bereiten Daten auf, produzieren Karten, beschäftigen Absolventen der Raumwissenschaften und sorgen mit dafür, dass der bereits erwähnte Technikvorsprung der Geographie gegenüber anderen Sozialwissenschaften in einen Wissens- und bisweilen auch in einen Strategievorsprung umgemünzt werden kann.

Eine dritte Seite bilden Zeitungen, Fernsehen, Radio und andere Multiplikatoren, die hier aus Platzgründen nicht beleuchtet werden konnte. Sie bilden die kommunikative Gewalt neben den vier politischen Gewalten. Öffentlichkeit bildet keinen homogenen Block, sondern eine vielschichtige Gruppierung sozialer Systeme, die wiederum durch kommunikative Erreichbarkeit, Spezialisierung und Antwort-Kapazitäten auf das, was aus der Wissenschaft kommuniziert wird, strukturiert werden könnte.

Aus der Mehrseitigkeit des Verhältnisses zwischen Raumwissenschaften und Öffentlichkeit ergeben sich einige Konsequenzen:

- Informationen über neue Strategien und Inhalte aus der Wissenschaft werden mehrfach selektiert, gebrochen und verzerrt, bis sie einen gewissen Grad an Öffentlichkeit erreichen.
- Bestimmte wissenschaftliche Innovationen werden durch Fachämter, Nachbarwissenschaften, Planungsbehörden und Massenmedien weit über ihre innerwissenschaftliche Bedeutung hinaus multipliziert, andere gehen in der Vielfalt der Beteiligten unter.
- Die außerwissenschaftlichen Fachämter, Behörden und Unternehmen produzieren Daten und Monitoring in Dimensionen, die von den Raumwissenschaften aus Kapazitätsgründen nur sehr selektiv, verspätet oder gar nicht verarbeitet werden können.
- Das Überangebot an raumbezogenen Daten und Informationen sowie die Mehrseitigkeit selbst produzieren Unsicherheiten und Unschärfen, die von den Raumwissenschaften wiederum thematisiert werden können. Das bedeutet einerseits neue Aufträge und Probleme für die Wissenschaft, heißt aber auch, dass bei Mehrfachkommunikation am Ende einer Informationskette extreme Verzerrungen und Verfälschungen auftreten (z. B. Kehlmann 2005), die wissenschaftliche Aufklärung eher behindern. Jedenfalls hat Wissenschaft kaum Möglichkeiten, sich gegen massenhaft produzierte Fehlinterpretationen oder Missverständnisse zu wehren.
- Raumwissenschaften profitieren davon, dass sie die Abgrenzungs-, Kompatibilitäts-, Umwelt- und mit GIS auch direkte Kommunikationsprobleme sozialer Systeme technisieren und in vieler Hinsicht territorialisieren können, wobei Territorialisierungen wie-

derum für die Erstellung neuer Raumabstraktionen zu Steuerungszwecken (räumliche Orientierung) einsetzbar sind. Insofern fungiert die Unschärfe der Strategien, mit denen sich soziale Systeme voneinander getrennt halten, und von denen einige territorialisiert werden, wie eine produktive Membran zwischen den Raumwissenschaften und anderen gesellschaftlichen Teilsystemen.

Literatur

- Andert, Ingo et al. 2006: Land der Ideen. Der Reiseführer. Ostfildern 2006.
- Bühl, Walter 1974: Einführung in die Wissenschaftssoziologie. München.
- Deggerich, Markus et al. 2009: Erfolg im Bionade-Biotop. In: Der Spiegel 2009. Nr. 25. S. 30-31.
- Dow, Kirstin; Downing, Thomas E. 2007: The Atlas of Climate Change (Brighton 2006).
Deutsch: Weltatlas des Klimawandels. Hamburg.
- Guratzsch, Herwig (Hg.) 2005: Der neue Gottorfer Globus. Schleswig.
- Kehlmann, Daniel 2005: Die Vermessung der Welt. Hamburg.
- Klüter, Helmut 1986: Raum als Element sozialer Kommunikation. (= Gießener Geographische Schriften 60) Gießen.
- Klüter, Helmut 2000: Regionale Kommunikation in Wirtschaft und Politik. In: Informationen zur Raumentwicklung 2000, Nr. 9/10: S. 599 – 610.
- Klüter, Helmut 2002: Raum und Kompatibilität. In: Geographische Zeitschrift 90, 2002. Heft 3 u. 4, S. 142 – 156.
- Klüter, Helmut 2003: Raum als Umgebung. In: Meusburger, Peter; Schwan, Thomas (Hg.): Humanökologie. Ansätze zur Überwindung der Natur-Kultur-Dichotomie (= Erdkundliches Wissen 135) Stuttgart. S. 217 – 238.
- Klüter, Helmut 2006: Ein systemtheoretischer Ansatz in der Humangeographie. In: Rödel, Raimund; Aurada, Klaus-Dieter (Hg.): Beiträge zum 16. Kolloquium Theorie und quantitative Methoden in der Geographie. (= Greifswalder Geographische Arbeiten 39). Greifswald 2006. S. 25-38. http://www.yepat.uni-greifswald.de/geo/fileadmin/dateien/Publikationen/GGA/GGA_39_Roedel.pdf
- Luhmann, Niklas 1992: Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt.
- Trojanow, Ilija 2006: Der Weltensammler. München, Wien.
- Trojanow, Ilija 2007: Nomade auf vier Kontinenten. Auf den Spuren von Sir Richard Francis Burton. Frankfurt.
- Umweltbundesamt (Hg.) 2009: Pollution Release and Transfer Register. Dessau-Roßlau. http://www.prtr.bund.de/frames/index.php?&gui_id=PRTR
- Versteyl, Ludgar-Aanselm; Stüer, Bernhard 2009: Niederschrift Erörterungstermine zum Kohlekraftwerk Lubmin. Burgwedel, Münster.

Ilse Helbrecht ■

Wissenschaft, Bildung, Öffentlichkeit: Wohin gehen wir?

1 Einführung

Im Juni 2009 hatten die Studierenden und ich im Hörsaal ein Aha-Erlebnis. Deutschlandweit wird von der verfassten Studierendenschaft ein einwöchiger Bildungsstreik verkündet. Ob in Hamburg oder München, in Köln oder Leipzig – eine Woche lang sollen die Räder in der Wissensmaschinerie still stehen, um Öffentlichkeit zu erzeugen für die Belange von Lehre und Forschung. Ich greife die aktuellen Debatten zur Hochschulpolitik auf und diskutiere mit den Studierenden an der Humboldt-Universität zu Berlin in einer Vorlesungsstunde – die sich eigentlich um Stadtgeographie kümmern sollte – die Frage „Was ist Bildung?“. Ein kreatives Brainstorming entspinnt sich. Wir sammeln an der Tafel eine Reihe von Gütekriterien wissenschaftlicher Bildung entlang der Kategorien Information, Wissen, Allgemeinbildung, Wissensanwendung, Urteilsfähigkeit, Wissensvernetzung und Wissenstransfer. Zu meiner Überraschung bleibt ein einziger, wesentlicher Aspekt von den Studierenden in der Debatte vollkommen unbedacht. So klug die Rolle des Wissens und seine komplexen Wege gesellschaftlicher Aneignung reflektiert werden, so dezidiert ist in den Sichtweisen der Studierenden die zentrale Dimension universitärer Bildung außen vor: die Schaffung neuen Wissens, die Wissensproduktion. Die Frage, „Wie kommt das Wissen in die Welt“, die auf den Kern universitärer Tätigkeit zielt, taucht in der Bildungs(streik)-debatte einfach nicht auf. Die Aufgabe universitären Denkens, Neues zu wagen und neue Wissensbestände zu bilden, wird verdeckt durch anwendungsorientierte, gesellschaftskritische Betrachtungen zur Bedeutung akademischer Bildung. Wissen wird von den Studierenden (zumindest von dieser Gruppe, an diesem Tage, in diesem Hörsaal) als etwas gesehen, das einfach da ist, und um dessen kompetente Vernetzung, Verwendung, Lagerung und selektive Verbreitung man sich Gedanken machen müsse. Wissen wird wie ein handelbares Gut betrachtet und kritisch reflektiert in seiner gesellschaftlichen Verteilung und Wirkung. Ich staune. Und dies an der Berliner Humboldt-Universität!

Der klassische Begriff wissenschaftlicher Erkenntnis – ob bei Wilhelm von Humboldt, Friedrich Schleiermacher oder Platon – ist stets mit der Frage nach der Entstehung des Wis-

sens verbunden. Wie kommt das Neue in die Welt, und was befähigt einzelne Personen dazu, als autonome Denker Neues Wissen in die Welt zu bringen? Es ist der manchmal steinige Weg des Einzelnen zur Unabhängigkeit im Denken, der die Bildungstheoretiker interessierte (vgl. Derrida 2001, Plato 2003, 514ff). Der unabhängige Geist des Einzelnen, der es wagte, sich gegen Gruppenzwang und gesellschaftliche Normen durchzusetzen und eine neue Sicht der Dinge durch Wechsel der Perspektive auf die Welt zu vertreten, war Teil des Bildungsideals. Innerhalb der Universität gilt gerade die Infragestellung des bestehenden Denkkansons durch wissenschaftliche Inventionen als Kernauftrag von Wissenschaft. Studieren ist schon im Deutschen Idealismus definiert als Aufgabe, zu lernen, um selbst etwas zu schaffen. Der Bildungsauftrag der deutschen Universität richtete sich nach ihren Gründungsvätern von Schleiermacher über Fichte bis Humboldt an den Einzelnen. Er bzw. sie möge es wagen, mit den Mitteln der wissenschaftlichen Erkenntnis selbstständig zu denken, um zu produzieren. Studieren hieß also um 1810, zur Zeit der Gründung der Berliner Humboldt-Universität, eben nicht in Fortsetzung der Schulzeit mehr und komplexes Wissen sich anzueignen, dieses zu vernetzen oder kompetent anzuwenden. Sondern Ziel wissenschaftlicher Erkenntnis war es, zu lernen, um ein Individuum zu werden, das selbst produziert. Wissensproduktion stand im Zentrum – als Kernaufgabe von Wissenschaft.

Wie geschieht es, dass Studierende 200 Jahre später das Kerngeschäft von Wissenschaft, Studium und Universität bei Debatten über Hochschulpolitik und die Zukunft der Bildung nicht mehr erkennen und als Auftrag sehen? War es der Zufall dieses Nachmittags im Hörsaal? Gibt es systematischere Gründe? Hat der Bologna-Prozess den Charakter der Universität schon soweit verändert, dass schulische statt wissenschaftliche Erkenntnis auch im Hörsaal Einzug halten?

Einen Erklärungsansatz könnte folgende These bieten zum Wechselverhältnis von Wissenschaft, Popularisierung und Pseudowissenschaftlichung: Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft wird Wissenschaft popularisiert – dadurch entsteht eine verschwommene öffentliche Wahrnehmung von Wissenschaft. Mediale Öffentlichkeiten stärken zudem einen Leitdiskurs der Pseudowissenschaft. Je mehr Wissenschaft also in den gesellschaftlichen Mainstream der Öffentlichkeit gerät, umso mehr lenken ihre Repräsentationen in der Öffentlichkeit ab von ihrem eigenen Auftrag. Dies kann fatale Rückwirkungen haben auf das Wissenschaftssystem selbst.

2 Popularisierung: Das öffentliche Ausbluten der Wissenschaft

Wissenschaft ist heute zu einer Vokabel geworden, mit der fast jeder wirbt und über die fast jeder verfügt. Die öffentliche Kommunikation über Wissenschaft hat sich in den letzten Jahren exponentiell vermehrt. Wissenschaftsmarketing gehört inzwischen zum Alltagsgeschäft vieler Hochschulen. Wissenschaftskommunikation im Sinne von PR-Arbeit ist als neues Feld etabliert. Gleichzeitig haben die Funk- und Fernsehbranche nachgezogen, um den wachsenden Wissenschaftshunger der Bevölkerung zu bedienen. In den Medien wur-

den neue Formate geboren, um über Wissenschaft zu berichten. Das Wissenschaftssystem bedient diese neuen Kanäle durch neue Wissenschaftsevents wie z. B. das Jahr der Wissenschaften seit 2000 (z. B. 2002 Jahr der Geowissenschaften) oder die Wahl der Stadt der Wissenschaft seit 2005. Zugleich hat die Zahl der populärwissenschaftlichen Wissenschaftssendungen rapide zugenommen. Weder aus dem Privatfernsehen noch aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen sind die vielen Sendeformate wegzudenken, in denen durch Wissensshows, Wissensquiz und Wissenssendungen unterhalten wird. Die Spannweite reicht von „Wer wird Millionär“ bis „Abenteuer Forschung“. Die Inhalte und Ergebnisse der Wissenschaft sind also in der Wissensgesellschaft längstens zu einem Gegenstand populärer Betrachtung geworden. Durch die Popularisierung wissenschaftlicher Erkenntnisse werden vor allem die bunten, lustigen und süßen Seiten der Wissenschaft in der medial inszenierten Öffentlichkeit reflektiert.

Universitäten beteiligen sich heftig an dieser Popularisierung – in der Hoffnung, populär zu werden. So gibt es mancherorts für die Erstsemester am Erstsemestertag eine „Große Wissenschaftsshow“, organisiert das BMBF gemeinsam mit der Max-Planck-Gesellschaft eine „rollende Wissenschaftsshow“ und setzt Kanzlerin Merkel im Frühjahr von der Hauptstadt aus einen „Wissenschaftszug 2009“, der auf Reisen durch Deutschland geht, in Bewegung. Es scheint, Wissenschaft ist überall – gern gesehen, gern vernommen, gern verbreitet. Tatsächlich aber bedeutet die Popularisierung von Wissenschaft in manchen Fällen eine Schwächung der Wissenschaft und Aushöhlung ihres ernsthaften Gehalts.

Wissenschaftliche Erkenntnis erscheint in der medialen Öffentlichkeit als etwas Fertiges, Buntes, Lautes. Da in der Wissensgesellschaft der essenzielle Stellenwert des Wissens vermeintlich im Vorhinein schon erwiesen ist, werden Wissenschaft und Wissenschaftlichkeit nicht mehr als etwas Unfertiges, etwas prozessual Suchendes, etwas stets auch in schwerem Kampf zu Erringendes gesehen. Vielmehr kehrt ein unbeschwerter, unbedarfter Umgang mit den Produkten wissenschaftlicher Erkenntnis ein. Sie sind Teil der öffentlichen Vergnügungsindustrie geworden und dazu da, Kinder zu überraschen in Fernsehsendungen, Erwachsene zu unterhalten in Quizspielen und Politiker modern erscheinen zu lassen in Wahlkämpfen und politischen Programmen. Wissenschaft wird in der Öffentlichkeit der Wissensgesellschaft zum zentralen Element des Edutainments. Wissenschaftshappen kann man sich als Podcasts runterladen und überall verspeisen wie einen Doughnut in der U-Bahn.

Im Buhlen um die Aufmerksamkeit der Wissensgesellschaft werden das Wissenschaftssystem und seine Akteure zu Hauptdarstellern der Unterhaltungsindustrie auf der Bühne der Vergnügung. Erfinder gelten als Agenten der Spasskultur, Professoren können die neuen Gladiatoren sein, wenn sie es verstehen, nach den Regeln der Mediengesellschaft zu kommunizieren und so öffentlichkeitswirksam interessante Gefechte auszutragen. Entdeckungen werden in „Abenteuer Forschung“ oder im „Discovery Channel“ vorgestellt, SAT.1 strahlt „Planetopia“ und „Future“ aus, ProSieben führt eine erfolgreiche Fernsehreihe unter dem Titel „Welt der Wunder“, die aufgrund der großen Nachfrage beim Publi-

kum um die Magnetsendung „Galileo“ ergänzt wurde. Der Erfolg der Wissenschaftsberichterstattung bei einem breiten Publikum steht jedoch nur in einem entfernten Verhältnis zum tatsächlichen Auftrag, der Arbeitsweise und den Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler in Deutschland.

3 Pseudowissenschaftlicher Leitdiskurs: Die neue Rolle der Medien

Um Inhalte zu transportieren, muss man sie zuerst verstehen. Wenn man diese Forderung ernst nimmt, kann man die Vermittlung von Wissenschaft nicht pauschal „den Medien“ zuschreiben. Ein Blick in die derzeitige Praxis der öffentlichen Wissenschaftsvermittlung zeigt das Dilemma. Wissenschaft wird von den Massenmedien durchaus als Konsumgut, als Produkt entdeckt. Doch offenbaren semi-wissenschaftliche Fernsehmagazine wie Galileo-Mystery oder schnell entwickelte Bildungsseiten in kleinstädtischen Zeitungen, dass es viel mehr um den Mainstream „Wir berichten über Wissenschaft“ geht, als um die ernsthafte Vermittlung von Wissen und Erkenntnis. Wissenschaft wird konsumiert – Mikrosystemtechnik leicht verdaulich, zwischen Abwasch und Wäscheaufhängen. Eine Teilhabe an wissenschaftlicher Forschung und Wahrheit wird suggeriert, die so im Kern nicht funktionieren kann.

Wissen wird nicht über Dauerberieselung oder seichte Unterhaltung erworben. Wissen wird nach wie vor über die Bereitschaft des Lernen-Wollens angeeignet. Dazu bedarf es Zeit und nicht zuletzt des richtigen Raumes oder auch des Mediums. Es geht hierbei nicht um die übliche Journalistenschelte, sondern um überhöhte Anforderungen und die Grenzen des Machbaren. Durch Imperienbildung im Verlagswesen, die Ausbreitung des World Wide Web und Multimedia allüberall hat sich auch das Wesen des Journalismus selbst verändert. Die Aufgabenzuschreibung an die journalistische Profession lautet nicht mehr ‚investigativer Journalismus‘ oder ‚Wächter und Anwalt der gesellschaftlichen Ordnung‘. Sondern vielmehr hat der dritte journalistische Auftrag ‚Unterhaltung‘ fast Alleinstellungsmerkmal bekommen. Ob Magazin, Zeitung oder Journal, der Trend des Häppchenjournalismus, leicht und mundgerecht serviert, ist unübersehbar. Guter Recherchejournalismus findet nur noch in Nischen statt. Eine davon ist durchaus der Wissenschaftsjournalismus.

Dass Wissenschaft ihrer Verantwortung durchaus gerecht werden will, auch für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich zu sein, hat sie bereits bewiesen. Unzählige Wissenschaftssommer, lange Nächte der Wissenschaft usw. haben die Botschaft transportiert. Partizipation an Wissen ist für fast jede und jeden möglich. Dieses Signal ist richtig und wurde im gesellschaftlichen Bewusstsein wahrgenommen. Das Ergebnis sollte nicht unterschätzt werden, ebenso wie die weiteren Erwartungshaltungen an dieselben Medien nicht überhöht eingeschätzt werden dürfen.

Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung lässt sich nicht auf eine Bildunterschrift in Bildungsseiten der Tageszeitungen reduzieren. Sprachwissenschaftliche Untersuchun-

gen eignen sich nicht als Eventhöhepunkte einer Wissenschaftsnacht. Hier bedarf es einer Ernsthaftigkeit in der Berichterstattung, die dem Wesen der Wissenssuche entspricht. Verstehen, Entwickeln, Erforschen – um neue Wahrheiten und neues Wissen entstehen zu lassen. Das ist die Profession des Wissenschaftlers. Verstehen, Übersetzen und Transportieren – das ist die Profession des Wissenschaftsjournalisten. Hier erfüllt sich die virulente Forderung in der Diskussion um Wissenschaft und Gesellschaft: der Dialog auf Augenhöhe. Wissenschaft wird hier als das vermittelt, was es ist: Wissen, das individuell angenommen werden kann. Das autonome Individuum, aus der sich Gesellschaft zusammensetzt, erhält so ein fundiertes Wissen, das zu eigener Handlungsfähigkeit, dem Erkennen komplexer Zusammenhänge, befähigt.

Pseudo- und semiwissenschaftliche Berichterstattung kann das nicht leisten, im Gegenteil. Sie führt zu Reizüberflutung und vermittelt ein diffuses Bild universitären Forschens. Was früher der gesellschaftliche Vorwurf des Elfenbeinturmes war, könnte deshalb schon bald der öffentliche Vorwurf des „Eventforschers“ werden.¹ Die als Amusement der Gesellschaft sich eignenden Exzerpte aus der Wissenschaft, die Exponate aus der Naturwissenschaft, die „Wissenschaft zum Anfassen“ proklamieren, laufen Gefahr, ein gesellschaftliches Bewusstsein und somit einen Diskurs der Wissensgesellschaft zu verstetigen, der Wissensentertainment mit Wissenschaft verwechselt.

4 Fazit: Wohin gehen wir?

Stellen wir uns vor, die Wissenschaft stellte Morgen fest: die Welt ist dreieckig. Jawohl, wir nehmen einmal an, drei Ecken hätte die Welt (und sie sei keine Kugel). Was würde dann passieren? Wie groß wäre die Bereitschaft in der Gesellschaft, diese neue Erkenntnis anzunehmen? Welcher Wissenschaftler hätte als erster den Mut, diese Erkenntnis zu verkünden? Was würde mit ihm oder ihr geschehen?

Ich befürchte, wir sind auf dem Weg in die Wissensgesellschaft in einem Stadium angekommen, wo die zu Teilen unterhaltsame Verbreitung vertrauten Wissens mehr Anerkennung findet als die Schöpfung von neuem Wissen. Wir sind also tatsächlich in einer Wissensgesellschaft, aber nicht in einer Wissenschaftsgesellschaft. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die Wissenschaft. Es besteht die Gefahr, dass die verflachten Unterhaltungsmaßstäbe der medial inszenierten Öffentlichkeit zu einem Maßstab werden auch für die Verbreitung und Diskussion von Wissen in der Universität. Wir alle haben leidvoll die Zeiten des Powerpoint-Siegeszugs durch die akademische Vortragswelt erlebt (von dem wir uns erst langsam wieder erholen). Und meine exemplarische Erfahrung mit einer Gruppe von Studierenden in Hörsaal zeigt, wie sehr die Erfindung von neuem Wissen schon nicht mehr im Zentrum der Wissensgesellschaft steht – selbst aus der Sicht angehender Akademiker.

Es gilt, inne zu halten, und zwar auf Seiten des Wissenschaftssystems wie der Medienwelt. Wissenschaftler könnten und sollten sich verweigern gegenüber den wachsenden

Ansprüchen von Journalisten, Hochschuldidaktikern und Universitätsleitungen, ihre Ergebnisse immer unterhaltsamer, populärer, öffentlichkeitswirksamer darzustellen. Die Medienlandschaft sollte sich darüber bewusst werden, wie wichtig es ist, die Spezies des seriösen Wissenschaftsjournalisten Wert zu schätzen, vermehrt auszubilden und sie nachzufragen als Profession – damit Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten gemeinsam wirken können, um die Öffentlichkeit der Wissensgesellschaft nachhaltiger zu gestalten.

Anmerkungen

1 Diesen Hinweis verdanke ich Angelika Rockel, Pressestelle Universität Bremen.

Literatur

Derrida, Jacques 2001: Die unbedingte Universität. Frankfurt/M.

Plato 2003: Der Staat. Stuttgart.

Markus Lehmkuhl ■

Öffentlichkeitsarbeit der Wissenschaft und ihre Rationalität

Die Wissenschaft, dieser Eindruck ist unabweislich, sucht die Öffentlichkeit, jedenfalls in vielen Ländern Westeuropas und den USA. Sie sucht sich selbst vermittels unterschiedlichster Kommunikationsmedien einem breiten Publikum zu erklären und zu präsentieren, man geht nicht fehl zu sagen, dass sie sich „zu popularisieren“ versucht. Dieser Begriff steht historisch in der Tradition des politischen Popularitätsbegriffs und bezeichnete im 19. Jahrhundert ein „Herablassen zum Volk“ oder den Versuch, sich „beim Volke beliebt zu machen“ (Daum 2002: 39). Das Spektrum gegenwärtiger Popularisierungsbemühungen, also Anstrengungen, die auf ein nicht näher spezifiziertes Publikum zielen, reicht von Veranstaltungen wie den Langen Nächten der Wissenschaft, an denen Universitäten ihre Pforten öffnen, bis hin zu eigenen Fernsehangeboten wie etwa das DFG Science TV.

Die Funktion dieser Aktivitäten ist in der Legitimationsbeschaffung gesehen worden (Weingart 2001: 232ff.). Die Wissenschaft als spezialisiertes Teilsystem moderner Gesellschaften bedürfe Ressourcen, die nicht ihr selbst entstammten. Darüber hinaus verfüge sie über weitreichende Privilegien, die vom Lizenzierungsrecht für Berufe bis hin zu grundgesetzlich verankerten Freiheitsrechten reichten. Dadurch entsteht ein Legitimationsbedarf, der sich auf das Außen der Wissenschaft richtet, auf die Politik und die Wirtschaft, die über Privilegien und Ressourcen entscheiden. Aber auch auf die Bevölkerung oder, anders ausgedrückt, auf ein disperses Massenpublikum, dessen möglichst vorbehaltlose Akzeptanz und Wertschätzung gegenüber der Wissenschaft in demokratisch verfassten Gesellschaften mindestens den politischen Entscheidungen den Boden bereiten. Darüber hinaus, so jedenfalls die Hoffnung, wirkt ein positives Image innerhalb insbesondere junger Zielgruppen positiv auf die Wissenschaft zurück, die genügend Nachwuchskräfte benötigt, was sich zum Beispiel in den Ingenieurwissenschaften zu einem echten Problem auszuwachsen droht. Flankiert und maßgeblich unterstützt wird die Relevanz der Öffentlichkeit für die Wissenschaft durch politische Instanzen, für die Wissenschaft und Technik Garanten der gesamtgesellschaftlichen Innovationskraft sind, deren Stärke in einer globalisierten Welt entscheidende Konkurrenzvorteile bringt. Dieser Logik folgend, ist Popularisierung wichtig für Akzeptanz, diese wiederum für Innovationskraft und wirtschaftliches Wachstum und damit für das Gemeinwohl.

Wenn als ein *Movens* der Wissenschaftspopularisierung die Legitimationsbeschaffung angesprochen ist, muss hinzugefügt werden, dass durchaus andere Motive die Popularisierung der Wissenschaft motiviert haben und nach wie vor motivieren, die möglicherweise auch der Legitimation und Akzeptanzbeschaffung dienen, aber letztlich als Motiv nicht recht in Frage kommen, weil ein beträchtliches Maß an Akzeptanz und Legitimation nicht primär erstrebte Folge, sondern vielmehr Voraussetzung dafür sind, dass sich Wissenschaft popularisiert und mit Aussicht auf Erfolg popularisieren kann. Zu nennen ist insbesondere das der Aufklärung. Wissenschaftliches Wissen wird zur Erklärung der Welt an den Mann und die Frau zu bringen versucht, sicherlich nicht (mehr) allein in der von der Überzeugung in die Höherwertigkeit wissenschaftlichen Wissens getragenen Absicht, vor-moderne Ansichten oder Traditionen zu bekämpfen oder wissenschaftliche Erklärungen gegen konkurrierende Weltbilder durchzusetzen, sondern vielmehr auch und vor allem in der Absicht, einem Massenpublikum die Zauberhaftigkeit der Welt vor Augen zu führen, die Resultate in den (Natur-)Wissenschaften fortgesetzt offenbaren, im übrigen ein Motiv, das als *das Movens* der Wissenschaftspopularisierung im 19. Jahrhundert ausgemacht worden ist (Daum 2002: 14).

Diese einleitenden Überlegungen vermögen zunächst grob zu plausibilisieren, warum sich Wissenschaft zu popularisieren sucht. Zur Rationalisierung konkreter, auf die Öffentlichkeit zielender Anstrengungen, operiert sie mit Unterstellungen, die sich erstens auf die Ausgangslage beziehen und zweitens auf die Wirksamkeit der Öffentlichkeitsarbeit. In diesen Unterstellungen offenbaren sich Rationalitätsdefizite. Insbesondere Unterstellungen der Wirksamkeit kommen – ganz unwissenschaftlich – trotz Evaluationen über den Status mehr oder minder plausibler Annahmen nicht hinaus, sie müssen im Prinzip geglaubt werden, um die Anstrengungen zu legitimieren. Angesichts der Forschungslage lässt sich sagen, dass insbesondere die recht pauschale Unterstellung, Popularisierung fördere Akzeptanz, als Rationalisierung der Anstrengungen nicht in Betracht kommt. Sie taugt allenfalls als Glaubensbekenntnis. Ebenso gut kann man der Auffassung sein, Popularisierung schade der Akzeptanz der Wissenschaft.

Etwas anders gelagert ist die Unterstellung, Wissenschaft sei ganz generell öffentlich unterrepräsentiert oder/und falsch repräsentiert und dies sei mit Mitteln der Pressearbeit prinzipiell veränderungsfähig. In dieser Rationalisierung offenbart sich ein unterkomplexes Verständnis medialer Selektivität. Die Frage, wie viel Wissenschaft in der Öffentlichkeit genug ist, entzieht sich, so gestellt, jedem intellektuellen Zugriff. Es ist offensichtlich, dass nicht entschieden werden kann, ob die Wissenschaft rein quantitativ angemessen in den Massenmedien repräsentiert ist. Sind, wie unlängst ermittelt (León 2008), durchschnittlich etwa zwei Prozent Wissenschaft in der ARD Tagesschau zu wenig?

Es ist wiederholt gezeigt worden, dass Massenmedien Wissenschaft hoch selektiv aufgreifen (siehe zusammenfassend Lehmkuhl 2008). Nicht jede wissenschaftliche Disziplin hat dieselben Chancen auf öffentliche Thematisierung, weil die weitaus meisten wissenschaftlichen Ereignisse für die breite Öffentlichkeit nicht relevant sind: Ergebnisse sind zu spe-

ziell, ihre Botschaft ist nicht eindeutig, die Erkenntnisgewinnung lässt sich nicht als Abenteuer oder Entschlüsselung von Geheimnissen rekonstruieren oder als eine Reise zu den Grenzen menschlicher Erkenntnisfähigkeit, es lässt sich kein stichhaltiger gesellschaftlicher Nutzen konstruieren, die Ergebnisse werfen keine ethisch-moralischen Fragen auf, es lässt sich kein Bezug zur alltäglichen Lebenswelt der Bevölkerung herstellen. All diese Faktoren begünstigen mediale Selektion von Wissenschaft, sie machen es unwahrscheinlich, dass bestimmte Wissenschaftsdisziplinen in der Öffentlichkeit überhaupt Beachtung finden, weil sie keines der Auswahlkriterien von Massenmedien erfüllen.

Prinzipiell, so meine These, lassen sich die konkreten Selektionsentscheidungen der Massenmedien mit den traditionellen Mitteln der Pressearbeit nicht entscheidend beeinflussen. Dafür fehlt es an jeglicher Evidenz. Dies ist nicht als ein Plädoyer misszuverstehen, auf Pressearbeit zu verzichten, im Gegenteil. Pressearbeit ist eine Art *conditio sine qua non* für öffentliche Aufmerksamkeit, d.h., ohne Pressearbeit ist massenmediale Rekonstruktion von Wissenschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen gar nicht denkbar. Dies darf man aber nicht fehldeuten in dem Sinne, dass Auswahlentscheidungen der Massenmedien durch die Art und Weise beeinflussbar wären, wie man Wissenschaft im Einzelfall verkauft. Stattdessen ist es ein Plädoyer dafür, die auf die Massenmedien gerichteten Anstrengungen zu rationalisieren in dem Sinne, dass man diese von den irrationalen Erwartungen großer Resonanzzeugung entlastet und sie stattdessen vornehmlich rationalisiert und legitimiert als Pflicht der Universitäten und Forschungsinstitutionen, der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen über das eigene Tun.

Dieses Plädoyer kann im Hinblick auf die Quantität massenmedialer Thematisierung von Wissenschaft weiter gestützt werden durch Beobachtungen, die bislang fast vollständig außerhalb des Blickfeldes wissenschaftlicher Popularisierungsbemühungen sind. Diese richten sich auf Determinanten von Medienselektionen, die deutlicher erkennbar weit jenseits dessen liegen, was sich mit Mitteln traditioneller Pressearbeit beeinflussen lässt. Dazu zählen Spezifika des Mediensystems innerhalb eines Landes, das direkt Einfluss gewinnt auf die Wahrscheinlichkeit der Wissenschaftsthematisierung. Es ist unlängst gezeigt worden, dass Wissenschaft im Radio und im Fernsehen die Domäne der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa (Lehmkuhl et al. 2009). In einem Mediensystem, das von privaten Rundfunkanbietern dominiert wird und zusätzlich einen eher unterfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunkssektor hat (Griechenland, Spanien, Osteuropa), hat Wissenschaft weit geringere Chancen, von Massenmedien populär aufbereitet zu werden, ganz gleich, wie groß die Anstrengungen seitens der Wissenschaft auch sein mögen. Deutschland verfügt im europäischen Vergleich über die weitaus meisten Sendeplätze für Wissenschaft, weil der öffentlich-rechtliche Rundfunk vergleichsweise gut finanziert ist und dank vieler Kanäle über reichlich Sendeplatz verfügt.

Entsprechend schwer zu rationalisieren sind Anstrengungen zum Beispiel der DFG, eine Art eigenen Fernsehkanal im Internet zu etablieren und sich so einerseits der Medien-

selektivität zu entziehen und damit andererseits das ohnehin große Angebot in Deutschland um ein weiteres, wissenschaftseigenes zu erweitern. So heißt es auf der Internetseite in klarer Anlehnung an die Rhetorik von etablierten Fernsehveranstaltern: „Für DFG Science TV berichten Wissenschaftler drei Monate regelmäßig über ihre Projekte in dreiminütigen Kurzfilmen. Sie erzählen vom Alltag – von Herausforderungen und Erfolgserlebnissen, aber auch von Hindernissen und Misserfolgen. Für das Material der Filme haben die Forscher selbst Kamera geführt. Quer durch alle Wissenschaftsgebiete entstehen auf DFG Science TV zehn filmische Forschungstagebücher, die einen ganz persönlichen Einblick in die Welt der Forschung geben. Wissenschaft wird sichtbar!“ Es handelt sich bei diesen Forschungstagebüchern um die so genannte „zweite Staffel“. In der ersten „Staffel“ waren 2008 Filme entstanden, die sich, konzeptionell ähnlich, in ihrer Qualität deutlich von denen der bisher in der zweiten Staffel zu sehenden unterschieden, weil Kameraführung und Aufbau der Beiträge wesentlich professioneller waren. Hier hatte man die Kameraführung nicht den Wissenschaftlern selbst überlassen.

Diese Initiative repräsentiert in der hier eingenommenen Perspektive einen Irrweg einer Öffentlichkeitsarbeit, der es nicht primär um Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit geht, sondern vielmehr um öffentliche Resonanz in werbender Absicht. Sie steht keineswegs allein, ähnliche Initiativen gibt es in den USA, auch die Europäische Kommission betätigt sich in der Rolle des Produzenten wissenschaftlicher Fernsehinhalte. Darüber hinaus zeugt sie von einem gewissen Widerwillen, auch nicht-intendierte, negative Nebenfolgen in Rationalisierungsbemühungen des eigenen Tuns aufzunehmen.

Diese möglichen Nebenfolgen lassen sich zunächst ansiedeln auf der Ebene der Wirkung des konkreten Produktes. Wenn die DFG in ihrer Selbstbeschreibung darauf abhebt, hier werde Wissenschaft sichtbar, darf man durchaus fragen, was denn da sichtbar wird: Wacklige Bilder, gemessen an professionellen Standards zuweilen dilettantische Bildschnitte, eine diffuse Erzähltechnik, eine gezwungenermaßen Unidimensionalität der Perspektive, Wissenschaft auf dem Niveau eines besseren Homevideos oder eines schlechteren Werbefilms. Mindestens nicht von der Hand zu weisen ist die Gefahr, dass die allenfalls semiprofessionelle Form der Präsentation den Inhalt entwertet und negativ zurückwirkt auf die wissenschaftlichen Urheber dieser Filme.

Die möglichen Nebenfolgen erstrecken sich darüber hinaus auf Reflexionen, die sich auf die Legitimität von Versuchen richten, Massenmedien zu umgehen. Es ist durchaus zweifelhaft, ob es zu den Aufgaben der DFG zählt, mit öffentlichen Forschungsgeldern TV Produktionen zu finanzieren, an deren Nützlichkeit geglaubt werden muss.

Insgesamt sind die Aktivitäten, die einzelne Wissenschaftsinstitutionen bezogen auf die Öffentlichkeit erdacht haben, so facettenreich, dass sie sich nur schwer gesammelt würdigen lassen. Ich habe mich auf eine einzelne Aktivität beschränkt, um auf ein grundsätzliches Problem hinzuweisen: Die Öffentlichkeitsarbeit der Wissenschaft weist beträchtliche Rationalitätsdefizite auf. Sie hat Schwierigkeiten, die eigenen, auf die Öffentlichkeit gerichteten Aktivitäten hinreichend zu plausibilisieren. Außerdem reflektiert sie zu wenig über ne-

gative Nebenfolgen eigener Popularisierungsbemühungen. Es ist zum Beispiel völlig unbekannt, wie das Publikum auf werbende Botschaften der Wissenschaft reagiert, von der sie derlei Eigenwerbung nicht erwartet. Bedingt durch die große Relevanz der Öffentlichkeit für die Wissenschaft, bergen diese Rationalitätsdefizite die Gefahr, Irrwege wie den der DFG zu beschreiten.

Literatur

- Daum, Andreas W. 2002: Wissenschaftspopularisierung im 19. Jahrhundert. Bürgerliche Kultur, naturwissenschaftliche Bildung und die deutsche Öffentlichkeit, 1848-1914. München.
- Lehmkuhl, Markus 2008: Typologie des Wissenschaftsjournalismus. In: Hettwer, Holger; Lehmkuhl, Markus; Wormer, Holger; Zotta, Franco (Hg.): WissensWelten: Wissenschaftsjournalismus in Theorie und Praxis. Gütersloh. 176-196.
- Lehmkuhl, Markus, Yvonne Cunningham, Christina Karamanidou, Tuomo Mörä, Kristina Petkova, AVSA-Team 2009: Science on TV and Radio in Europe: A comparative Analysis in 13 European Memberstates, Paper präsentiert auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik. Bremen.
- León, Benvenuto 2008: Science related information in European television: a study of prime-time news. In: Public Understanding of Science, Vol. 17, 443 – 460.
- Weingart, Peter 2001: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Weilerswist.

Pascal Goeke ■

Was kann und soll öffentliche Wissenschaft leisten? Der Fall der wissenschaftlichen Begleitforschung

Gutachten, Evaluationen oder wissenschaftliche Begleitforschungen sind ein bedeutender und wachsender Bestandteil öffentlicher Wissenschaftskommunikation, die heute zu praktisch allen gesellschaftlichen Problembereichen verfasst werden. Das Anschwellen dieser Literatur ist Teil und Ausdruck eines Wandels, der eindrucksvoll in den Arbeiten zur Audit-Gesellschaft beschrieben wurde (Power 1997). Die Formierung der Audit-Gesellschaft (alternativ: Evaluations-, Gutachter- oder Expertengesellschaft) steht in einem engen Zusammenhang mit dem Bedeutungsgewinn des New Public Managements, den damit einhergehenden Qualitätssicherungsmaßnahmen in neuen Modellen organisationaler Kontrolle sowie in allgemein gestiegenen Rechenschafts- und Transparenzanforderungen in der modernen Gesellschaft (Power 2000). Während dieser Wandel leicht zu beobachten ist, sind die Folgen dieser Entwicklung nur teilweise erforscht worden (für Universitäten vgl. Münch 2009; Radtke 2008; für politikrelevante Forschung vgl. Jasanoff 1987; Patzwaldt 2008). Dieses Manko gilt leider auch für jene Bereiche, in denen Geographinnen und Geographen regelmäßig beratend aktiv sind. Leider deshalb, weil eine Thematisierung dieser speziellen Wissensproduktion und der Aneignungs- und Verwendungsprozesse auf der Seite der Beratenen ganz sicher spannende und neue Einsichten gewähren würde. Und leider auch, weil das Gesagte, meine eigenen und fremde Erfahrungen bei der wissenschaftlichen Begleitung von sozialen Integrationsprojekten¹ sowie interaktions-, organisations- und wissenssoziologische Erkenntnisse tendenziell skeptisch in Bezug auf die Durchsetzungsmöglichkeiten von wissenschaftlicher Wahrheit in der Praxis stimmen. Diese Skepsis verlangt nach Antworten auf zwei konkrete Fragen:

- Sind Audits, Evaluationen, Gutachten und dergleichen mehr in der Lage, die normativen Anforderungen der Praxis an die Wissenschaft zu erfüllen, oder konterkarieren die unintendierten Handlungsfolgen nicht die hehren Ziele Effizienz, Qualität und Transparenz und führen geradewegs in einen Kontrollwahn?
- Welche Chancen für die Durchsetzung von wissenschaftlicher Wahrheit und Wissen gibt es in der Umwelt des Funktionssystems Wissenschaft?

1 Zur ersten Frage: Kontrolle unter Latenzschutz

In einer naiven Annäherung an die Aufgaben wissenschaftlicher Begleitforschung könnte man annehmen, dass sie implementiert wird, um die Ziele, Programme und Praktiken von Integrationsprojekten (oder Ähnlichem) einem prüfenden Außenblick zu unterziehen. Da Unverständliches und Unerklärbares als Eigenschaft der Welt kaum mehr akzeptiert wird, liegen die Anforderungen an die Wissenschaft hoch (vgl. Luhmann 1992, 624). Sie soll nicht nur den Gang der Dinge erklären, sondern mit ihren Erkenntnissen zur Verbesserung der Projekte, Maßnahmen etc. beitragen. Diese manifesten Funktionen, d.h. die ausgesprochenen und angestrebten Ziele, die von den Beteiligten beabsichtigt und erkannt werden (vgl. Merton 1995 [1949], 49), sind im Großen und Ganzen unverdächtig. Doch ein Blick auf die latenten Funktionen, also die unausgesprochenen und nicht immer erkannten Funktionen der Begleitpraxis, trübt das Bild erheblich ein. Definitionsgemäß bleiben die Ausschreibungen bezüglich der latenten Funktionen stumm, und in der Praxis wird nur hinter vorgehaltener Hand darüber gesprochen. Das kann auch nicht anders sein, denn latente Funktionen genießen als Struktursicherungsmaßnahme Latenzschutz. Das bedeutet nicht, „daß Bewußtheit bzw. Kommunikation unmöglich wäre; sondern es heißt nur, daß Bewußtheit bzw. Kommunikation Strukturen zerstören bzw. erhebliche Umstrukturierungen auslösen würde, und daß diese Aussicht Latenz erhält, also Bewußtheit bzw. Kommunikation blockiert“ (Luhmann 1991 [1984], 459).

In der Praxis der wissenschaftlichen Begleitung bleibt etwa latent, dass Auftraggeber (Prinzipal: EU, Kommune, Chef etc.) mitunter ihre Auftragnehmer (Agent: Träger der Bildungsarbeit, Angestellte etc.) kontrollieren möchten. Latent bleibt auch die Hoffnung des Agenten, dass am Ende der Begleitforschung ein mit wissenschaftlicher Autorität versehenes Dokument steht, das die Arbeit würdigt und die Fortführung empfiehlt. Auf der Seite der Wissenschaft bleibt latent, dass man mit diesem Geld drittmittelfinanzierte Karrieren am kärglichen Leben erhalten und die Drittmittelquoten von Instituten in die Höhe treiben möchte, weil die neuen Exzellenzkriterien einen starken Bias zur monetären Inputorientierung haben (Münch 2007). Verschwiegen wird auch die Hoffnung auf Reputationsgewinn, und vorgeschlagen wird stattdessen, das Gutachten am Ende Ministern oder doch wenigstens Staatssekretären vorzustellen. Diese latenten Funktionen sind nicht mit Motiven zu verwechseln und sodann jedem zu unterstellen. Entscheidend ist, dass latente und manifeste Funktionen mindestens gleich wichtig sind, aber nicht gleichermaßen artikuliert werden. Entscheidend ist auch, dass die latenten Funktionen der wissenschaftlichen Begleitung eine Bedrohung für die manifesten Ziele darstellen, weil sie Misstrauen fördern.

2 Zur zweiten Frage: Durchsetzungschancen wissenschaftlicher Wahrheit

Das Aufzeigen der Differenz von manifesten und latenten Funktionen weist zwar auf eingeschränkte Möglichkeiten der Begleitforschung hin, doch noch könnte man argumentieren,

dass wissenschaftliche Begleitung grundsätzlich in der Lage sei, Projekte, Politiken etc. zu verbessern. So geht etwa Paul Kirchhof davon aus, dass 20 Wissenschaftler mit großem Einfluss im Bundestag ein Erfolg wären, weil Politik oft mehr Wissen als Entscheiden voraussetze (Diez/Waechter 2009, 25). Solche Aussagen vertauschen nicht nur unter der Hand Wissen und Wissenschaft, sondern haben ihre eigene Naivität in den Annahmen, dass wissenschaftliches Wissen persönlicher Autorität übergeordnet sei, zu einer beobachtungsunabhängigen Wahrheit vordringen könne und sich diese Wahrheit als Entscheidungsgrundlage in allen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen könne – wenn sie nicht unterdrückt wird. Dass dem nicht so ist, kann anhand von regelhaften Konflikten bei der wissenschaftlichen Begleitforschung verdeutlicht werden, die nicht mit Unterdrückung zu verwechseln sind. Dabei ist nicht zu erkennen, dass oder wie die Konflikte, die in unterschiedlichem Ausmaß auf die Charaktere, die Organisationen und die Logiken der Funktionssysteme zurückzuführen sind, aufgelöst werden könnten.

2.1 Charaktere und Interaktionen

Ein erster Quell von Streitigkeiten kann sich aufgrund der involvierten Charaktere ergeben. Die Annahme und im Streit die Ablehnung von Ratschlägen ist dann nicht mehr sachlich, sondern persönlich begründet. Auf der wissenschaftlichen Seite sorgen Zyniker, Weltfremde oder Intellektuelle besonders häufig für Ressentiments auf der Seite der Beratenen. Speziell der Intellektuelle (und seltener die Intellektuelle) begegnet der Praxis mit größtmöglicher Skepsis – „Penser, c’est dire non“ (Alain). Diese Grundskepsis ist für die Wissenschaft zwar unerlässlich, weil Kritik eine ihrer vornehmsten Aufgaben ist, und auch gute Gedanken oft und zuallererst gegen sich selbst kämpfen sollten. Doch im Kontakt zur Umwelt wird diese Haltung anstrengend. Sie wird einerseits anstrengend, weil Intellektuelle auch denjenigen Veränderungen habituell kritisch gegenüber stehen, die sie selbst mit veranlasst haben, und sie wird andererseits anstrengend, weil Intellektuelle sich aus den Ereignissen seltsam herausnehmen und mit einer heute unangemessen Autorität in die Welt treten. Autorität ist für „Sprecherrollen in einer monokontextural definierten Welt reserviert“ (Luhmann 1992, 629), doch „soweit funktionale Differenzierung sich durchsetzt, verlieren [...] autoritative Sprecherrollen ihre Position“ (ebd., 631). Nicht selten wird dann „Ideologiekritik zum Schwerpunkt des eigenen Denkens, und die eigene Gesellschaftsbeschreibung verlagert sich in immer raffiniere Bemühungen [...] zu erklären, auf Grund welcher gesellschaftlichen Bedingungen andere nicht in der Lage sind, die Gesellschaft (inclusive sich selber) so zu sehen, wie es von den Kritikern für richtig gehalten wird“ (Luhmann 1991, 149). Praktiker der sozialen Hilfe (Baecker 1994) werden dann von intellektuellen Besserwissern unter Motivverdacht gestellt, auch weil sie die Komplexität der Theoriearchitektur nicht abbilden (wie könnten sie auch). Der Disput und noch öfter Resignation und Rückzug in die eigenen Sphären (auf beiden Seiten) sind das beobachtbare Ergebnis dieser Konstellation.

Umgekehrt können typische Charaktere der Praxis die wissenschaftliche Seite verärgern. Im Fall von Integrationsprojekten können Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder Lehrerinnen und Lehrer dann besonders zermürbend wirken, wenn sie ihre Welt als einen besonderen Kosmos verstehen, zu dem die Wissenschaft, aber auch die Politik, aufgrund der unterstellten Weltfremdheit keinen Zugang mehr hat. Der Typ ‚Praktiker‘ monopolisiert und priorisiert seinen empirischen Wissensvorsprung und schottet sich somit vor reformfreudigen Beratern, die im Normalfall von dem zu lösenden Problem höchstens mittelbar betroffen sind, ab.

2.2 Organisationen in unsicheren Umwelten

Rückzug und Resignation seitens der Begutachteten können auch das Ergebnis der gesteigerten Unsicherheit im Kontext wissenschaftlicher Begleitungen sein. Die untersuchten Organisationen müssen sich, wie andere Organisationen auch, in unsicheren Umwelten behaupten und ihre Entscheidungsfähigkeit sicherstellen. Die Steigerung ergibt sich nun durch die Tatsache, dass die wissenschaftlich begleiteten Träger einerseits von Informationen und andererseits von Ressourcen abhängig sind. In Bezug auf die *Ressourcen* erfährt die Organisation mit Blick auf ihre kontingente Umwelt *Abhängigkeit*. In Bezug auf *Informationen* verspürt die Organisation *Unsicherheit* (vgl. Luhmann 1991 [1984], 252). Die unsichere Abhängigkeit ist zweiseitig determiniert. Einerseits sind die Integrationsprojekte ressourcenabhängig und die Begutachtung kann für die Fortführung entscheidend sein. Andererseits entsteht das Gefühl der Unsicherheit, da nicht gewusst werden kann, was in den Gutachten stehen wird. Dies zwingt Organisationen zum Kontingenzmanagement. Um die Unsicherheiten zu absorbieren, halten sie sich an „interne, umweltunabhängige Gewissheitsgrundlagen, selbstgeschaffene Evidenzen, Akten oder Protokolle“ (Luhmann 1991 [1984], 252f.). Trotzige Rückzugsbemerkungen, diskreditierende Urteile, andere zuvor latent gehaltene Wertmaßstäbe und Ähnliches sind dann typische Reaktionen, weil die Anforderungen partout nicht in die eigene Programmatik zu integrieren sind (vgl. Brunsson 2002 [1989]). Lernen, und das heißt hier das Verwerfen und Verändern von Entscheidungsprämissen, Zielen und Programmen, findet in einem solchen Umfeld denkbar schlechte Voraussetzungen.

2.3 Wahrheit und Wissen im Kontext funktionaler Differenzierung

Zuletzt können Spannungen auf die Logiken der involvierten Funktionszusammenhänge zurückgeführt werden. Die Letztorientierungen der Funktionssysteme wie Erziehung, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Recht oder Kunst sind so robust, dass sie kaum hintergangen werden können und, wenn der Fortbestand des Funktionssystems gesichert werden soll, auch nicht zu ersetzen sind. Was wäre die Wissenschaft, wenn sie das Streben nach Wahrheit aufgäbe? Sie würde aufhören, das zu sein, was sie zu sein vorgibt. Nota bene, das ist kein Argument gegen politische Interventionen von Wissenschaftlern. Der Punkt ist nur,

dass sie, sobald sie politisch intervenieren, nicht mehr Wissenschaftler, sondern Politiker sind, die versuchen, ihre wissenschaftliche Autorität für die Vorbereitung von kollektiv bindenden Entscheidungen einzusetzen. In diesem Sinn ist es kritisch zu beurteilen, wenn Wissenschaftler ihre Position ausnutzen, um politische Mandate zu interpretieren, die sie nicht innehaben (Power 2000, 116). Diese Grundorientierung macht die wissenschaftliche Begleitung nicht leichter, denn auch die anderen Funktionssysteme haben ihre je eigenen Vorgaben. Für die Wissenschaft kommt erschwerend hinzu, dass die Aufträge üblicherweise befristet sind, doch für Wahrheitssuchende ist ein solcher Zeitdruck mindestens misslich: „Man weiß ja nicht, wie lange man prüfen muß“, um zu Wahrheit zu gelangen (Luhmann in: Knippahls/Schlüter 2009 [1996], 75).

3 Ein bescheidener Ausweg

Diese in den empirischen Ausprägungen unvollständige aber theoretisch systematisch-umfassende Skizze hat auf regelhafte Konflikte in der Praxis der wissenschaftlichen Begleitung hingewiesen. Indem die Skizze sich auf die Möglichkeitsgrenzen der wissenschaftlichen Begleitung konzentrierte und dabei aufgezeigte, dass das hohe Konfliktpotenzial das Frustrationspotenzial steigert, hat sie nur einen kleinen, zur Bescheidenheit mahnenden Ausweg für eine gute wissenschaftliche Begleitung offen gelassen.

Was eine gute wissenschaftliche Begleitung ausmacht, kann aus diesen Erkenntnissen abgeleitet und normativ bestimmt werden. Von einer *guten* wissenschaftlichen Begleitung kann gesprochen werden, wenn *Lernen*, also das Anpassen von Erwartungsstrukturen, stattfindet und das *Reflexionsniveau* im beobachteten und beratenen System gesteigert wird. Diese Benennung der Qualitätskriterien fordert implizit die Beachtung der wissenschaftlichen Gütekriterien im Prozess der Erkenntnisgewinnung. Zugleich akzeptiert die Forderung die fundamentale Einsicht, dass Wissenschaft per se nicht besser wirtschaften, erziehen, integrieren oder entscheiden kann und die „Verwendung wissenschaftlichen Wissens [...] unter den Prämissen seiner Verwender“ erfolgt (Bommes 2008, 162; vgl. Luhmann 1992, 638). Die Einsicht mahnt zur Bescheidenheit, weil sie verlangt, dass Wissenschaft in toto sich nicht primär und unmittelbar der besseren Erziehung, räumlichen Integration oder politischen Meinungsbildung widmen sollte. Wissenschaft ist dann besonders leistungsfähig, wenn sie Wissen bereitstellt, welches nach den Spielregeln der Nutzer zu Rate gezogen werden kann. Diese Formulierung vermutet, dass die Wissenschaft einen privilegierten Zugang zu Wissensbeständen hat. Tatsächlich hat die Wissenschaft dieses Privileg, weil sie im Idealfall über die nötige Zeit zum Aufbau von Wissensbeständen verfügt. Außerhalb der Wissenschaft ist dieses Wissen oft nicht oder nur ungleich mühsamer zu erarbeiten. Wenn Wissenschaft im Vermittlungsprozess eine theoretische Sprache benutzt, dann kann sie von der Praxis nicht verlangen, dass diese den ganzen Theorieapparat übernimmt – dies ist schlicht zu aufwändig. Aber die Theorie kann und soll ein Faktor sein, „der Irritation erzeugen kann, um andere Leute dazu zu bewegen, selbst zu denken“ (Luhmann in: Taschwer

2009 [1995], 23) – also das Reflexionsniveau zu steigern. Wahre Einsichten, die Lernen erleichtern und theoretische Intervention, die das Denken stimulieren, sind dann die zwei Ziele der wissenschaftlichen Begleitung, die mit sorgfältiger Kritik, d. h. dem Operieren mit Unterscheidungen erreicht werden kann (Bittner 2009) – nicht mehr, aber auch nicht weniger!

Anmerkungen

- 1 Seit 2002 sind Itta Bauer und ich für die wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten zum Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf in Nürnberg verantwortlich. Seit 2009 begleite ich zudem das Frankfurter Projekt Stadtteilbotschafter im Auftrag der Stiftung Polytechnische Gesellschaft.

Literatur

- Baecker, Dirk (1994): Soziale Hilfe als Funktionssystem der Gesellschaft. In: Zeitschrift für Soziologie 23. S. 93-110.
- Bittner, Rüdiger (2009): Kritik, und wie es besser wäre. In: Rahel Jaeggi und Tilo Wesche (Hg.): Was ist Kritik? Frankfurt a.M. S. 134-149.
- Bommers, Michael (2008): »Integration findet vor Ort statt« – über die Neugestaltung kommunaler Integrationspolitik. In: Michael Bommers und Marianne Krüger-Potratz (Hg.): Migrationsreport 2008. Frankfurt a.M./New York. S. 159-194.
- Brunsson, Nils (2002 [1989]): The Organization of Hypocrisy. Talk, Decisions, and Actions in Organizations. Oslo.
- Diez, Georg und Johannes Waechter (2009): »In der Öffentlichkeit wird die Wahrheit unterdrückt«. Interview mit Paul Kirchhof. In: Süddeutsche Zeitung Magazin, 26.06.2009, Nr. 26. S. 22-25.
- Jasanoff, Sheila S. (1987): Contested Boundaries in Policy-Relevant Science. In: Social Studies of Science 17. S. 195-230.
- Knippahls, Dirk und Christian Schlüter (2009 [1996]): »Wahrheit ist nicht zentral«. Niklas Luhmann im Interview mit Dirk Knippahls und Christian Schlüter. In: Wolfgang Hagen (Hg.): Was tun, Herr Luhmann? Vorletzte Gespräche mit Niklas Luhmann. Berlin. S. 70-79.
- Luhmann, Niklas (1991): Am Ende der kritischen Soziologie. In: Zeitschrift für Soziologie 20. S. 147-152.
- Luhmann, Niklas (1991 [1984]): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas (1992): Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt a.M.
- Merton, Robert K. (1995 [1949]): Soziologische Theorie und soziale Struktur. Berlin.
- Münch, Richard (2007): Die akademische Elite. Frankfurt a.M.
- Münch, Richard (2009): Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co. Frankfurt a.M.

- Patzwaldt, Katja (2008): Die sanfte Macht. Die Rolle der wissenschaftlichen Politikberatung bei den rot-grünen Arbeitsmarktreformen. Bielefeld.
- Power, Michael (1997): The Audit Society: Rituals of Verification. Oxford.
- Power, Michael (2000): The audit society – second thoughts. In: International Journal of Auditing 44. S. 111-119.
- Radtke, Frank-Olaf (2008): Die außengeleitete Universität. In: WestEnd 5. S. 117-133.
- Taschwer, Klaus (2009 [1995]): »That's not my problem«. Niklas Luhmann im Gespräch mit Klaus Taschwer. In: Wolfgang Hagen (Hg.): Was tun, Herr Luhmann? Vorletzte Gespräche mit Niklas Luhmann. Berlin. S. 17-33.

Karen Ziener ■

Zur Kommunikation von Wissenschaft in der angewandten und anwendungs- orientierten Geographie

Eine Beschäftigung mit dem Thema „Wissenschaft, Öffentlichkeit, Wissenschaftskommunikation“ wirft zunächst zwei Fragen auf: Was ist Wissenschaft? und Wer ist die Öffentlichkeit? Der folgende Beitrag befasst sich nicht mit der Kommunikation von Geographie im Allgemeinen, sondern mit Wissenschaftskommunikation aus der Sicht einzelner Projekte, Arbeits- oder Forschungsgruppen. Dabei werden sich noch weitere Fragen stellen, die hier nicht alle und vor allem nicht erschöpfend beantwortet werden können und sollen. Meinen Erfahrungshintergrund bilden zum einen die Schutzgebietsforschung (z. B. Konflikte zwischen Erholungsnutzung und Naturschutz in deutschen und österreichischen Nationalparks und Biosphärenreservaten, Forschungsprojekte zur Entwicklung der Biosphärenreservate Neusiedler See und Wienerwald) und zum anderen die Thematik der grenzüberschreitenden Kooperationstätigkeit in der engeren Alpen-Adria-Region Kärnten – Slowenien – Friaul-Julisch Venetien.

Auf Seiten der Wissenschaft sind in Bezug auf die Kommunikation mit der Öffentlichkeit Grundlagenforschung, anwendungsorientierte und angewandte Forschung sowie in jüngster Zeit auch die partizipative Forschung zu betrachten. Während in der Grundlagenforschung theoretische Problem- und Zielstellungen bearbeitet werden, besteht bei der Angewandten Geographie ein unmittelbarer Praxisbezug. Problem- und Aufgabenstellungen sind aus Wirtschaft, Gesellschaft oder Politik abgeleitet, und die Ergebnisse sollen einen Beitrag zu deren Lösung leisten (z. B. Auftragsforschung, wissenschaftliche Begleitforschung, Evaluationen, Politikberatung, partizipative Forschung). Als anwendungsorientierte Forschung werden hier jene Forschungsarbeiten und -projekte verstanden, bei denen der Spagat zwischen einer wissenschaftlichen Zielsetzung und einer zielgerichteten Nutzbarmachung der Ergebnisse für die Praxis versucht wird. Bei der partizipativen Forschung erfolgt eine zunehmende Integration der Praxispartner in den Forschungsprozess.

Öffentlichkeit kann aus der Sicht des Projekts oder der Forschungsgruppe mindestens in drei Gruppen gegliedert werden:

- Fachkollegen und andere Wissenschaftler,
- Nutzer, Adressaten, Praxispartner, Auftraggeber und
- alle anderen an Wissenschaft Interessierten (interessierte Öffentlichkeit).

Nachdem die wissenschaftsinterne Kommunikation eigenen Gesetzen folgt und sich gegenwärtig einerseits durch elektronische Medien und andererseits durch eine zunehmend interdisziplinäre und internationale Forschung entwickelt, soll im Folgenden vor allem auf die beiden anderen Gruppen eingegangen werden.

Als Hauptkommunikationswege stehen schriftliche Publikationen (z. B. Bücher, Forschungsberichte, Fachzeitschriften, Online-Publikationen), Kongresse, Konferenzen, Workshops und dergleichen, Presse, Funk und Fernsehen, das Internet und nicht zuletzt die persönliche Kommunikation in Interviews, über Telefon und Email zur Verfügung. Während schriftliche Publikationen überwiegend der Information dienen, bieten Zusammenkünfte, persönliche Gespräche und zunehmend auch das Internet Möglichkeiten der Kommunikation und Diskussion. Die Wahl des Informations- und Kommunikationsmediums hängt unter anderem von der Zahl der beteiligten Akteure und Akteursgruppen und der räumlichen Fokussierung des Projekts (z. B. regional, international) ab. Die Zusammenarbeit mit Praxispartnern mündet schließlich in eine partizipative Forschung mit mehreren Partizipationsstufen, etwa Information, Konsultation, Mitbestimmung.

Wenn ich die letzten 20 Jahre überschaue, so hat sich in dieser Zeit die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit bzw. Praxis grundlegend verändert. In den ersten Jahren meiner Tätigkeit am Geographischen Institut der Universität Potsdam war dieser Austausch durch zwei Prozesse bestimmt – Präsentation ausgewählter Forschungsergebnisse und Forschung im Auftrag von Behörden und Institutionen. Die Ergebnisse von Dissertationen, Habilitationen und Forschungsprojekten wurden dabei in erster Linie Fachkollegen und Praxispartnern im Rahmen des Geographischen Kolloquiums sowie auf Tagungen und in Workshops vorgestellt. Die Kommunikation mit Auftraggebern und Partnern aus der Praxis, vor allem in Landesinstitutionen und Kommunen, erfolgte stark projekt- und problemorientiert. Eine größere Öffentlichkeit wurde vor allem durch Publikationen in Fachzeitschriften erreicht. Seither lassen sich mehrere Entwicklungslinien erkennen, die miteinander in Wechselbeziehung stehen und sich teilweise gegenseitig verstärken:

1. Gesellschaftswissenschaftliche und damit auch geographische Forschung rückt immer stärker den Akteur in den Mittelpunkt, was Arbeitsmethoden wie Tiefeninterviews, Diskussionsrunden und vielfältige Formen der Befragung zur Folge hat. Vor allem in länger andauernden Forschungsprojekten wird dadurch zumindest zeitweilig eine Kommunikationsstruktur mit Interviewpartnern und Institutionen aufgebaut, die einen kontinuierlichen Informationsaustausch, regelmäßige Aktualisierungen und eine Diskussion von Problemen und Entwicklungen ermöglicht. Meine Erfahrungen hierbei resultieren aus den Recherchen zu Konflikten in sechs Nationalpark- und Biosphärenreservatsregionen, in deren Rahmen ich mit mehr als 130 Akteuren aus Tourismus, Naturschutz, Schutzgebietsmanagement, Regionalplanung und Kommunen Interviews ge-

führt habe, sowie weiteren Forschungsprojekten. Zur Steigerung des Interesses der Gesprächspartner an der Forschungsthematik haben sich aus meiner Sicht zwei Strategien bewährt. Zum einen, wenn dem ermittelnden Interview teilweise ein vermittelnder Charakter gegeben wird und der Gesprächspartner so das Gefühl erhält, nicht nur Informationen und Wertungen zu geben, sondern auch etwas zu bekommen. Das können Informationen über die eigene Forschungsarbeit, aber auch Erfahrungen aus anderen Regionen sein, die einfach mitgeteilt werden. Zum anderen, wenn die Frage-Antwort-Konstellation durch Meinungs-austausch oder Diskussion aufgelöst wird und damit eigene Standpunkte und Argumente hinterfragt oder präzisiert werden können. Beides ist natürlich nicht in jedem Interview möglich, führt aber dazu, dass die Akzeptanz der Forschungsarbeit und der Wissenschaft erhöht und die Interviewpartner auf einer sehr persönlichen Ebene mit den Herangehensweisen und Methoden wissenschaftlicher Forschung vertraut gemacht werden. Diese Kontakte mündeten schließlich in mehrere Präsentationen von Forschungsergebnissen in der Region und Berichten in der Biosphärenreservats- bzw. Nationalpark-Zeitung. Andererseits wurde in den Interviews aber auch deutlich, dass die Praxispartner stark nutzenorientiert agieren und Forschungsergebnisse vor allem vor dem Hintergrund eigener Argumentationslinien aufnehmen und bewerten.

2. Mit der Ökonomisierung der Universitäten und einer verstärkten Hinwendung zur Drittmittelforschung als Finanzierungsbasis verlagert sich auch in der Geographie die Forschungstätigkeit mehr und mehr zur angewandten bzw. praxisorientierten Forschung, sowohl durch Auftraggeber als auch durch Fördergeber in zahlreichen Institutionen und Programmen. Ziel und Aufgabenstellungen werden somit nicht mehr durch die Wissenschaft formuliert, sondern aus gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder politischen Problemstellungen abgeleitet. Dies erfordert einen wesentlich engeren Austausch mit den Praxispartnern, die die Konzepte letztlich umsetzen werden und Regelungen akzeptieren sollen. Der Forschungsprozess ist zunehmend enger mit Planungs- und/oder politischen Prozessen verflochten, zum Beispiel bei der Ausweisung von Schutzgebieten. Die Kommunikation mit den verschiedenen Nutzer- und Interessengruppen und der interessierten Öffentlichkeit gestaltet sich dadurch interessanter und spannender, aber auch komplexer und teilweise schwieriger.
3. Mit der fortschreitenden Implementierung partizipativer Formen in Planung und Entwicklung setzen sich auch in der angewandten Forschung partizipative Ansätze und Methoden immer mehr durch. Mit der Schaffung von zumindest teilweise formalisierten bzw. institutionalisierten Kommunikations- und Partizipationsstrukturen (z. B. Workshops, Arbeitsgruppen, Plattformen, Internetforen) wird ein beträchtlicher Teil des Forschungsprozesses auf eine kommunikativ-kooperative Ebene verlagert. Zugleich werden neben den klassischen Nutzergruppen und Interessenvertretern weitere Experten und Interessierte in Planungs- und Forschungsprozesse einbezogen, wodurch die Kommunikationsbasis verbreitert wird. Allerdings bedeuten diese Forschungsformen

einen enormen Aufwand für alle Beteiligten, und es bleibt abzuwarten, ob dies auf Dauer leistbar sein wird.

In Fortführung dessen möchte ich kurz drei Problemkreise skizzieren, die aus diesen Entwicklungen hervorgehen. Die enge Verzahnung von Planungspraxis und Forschung bietet der Wissenschaft umfangreichere Kommunikationsmöglichkeiten, beispielsweise durch Projektpräsentationen, Workshops oder Arbeitsgruppen. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit Praxispartnern enger und die Distanz zwischen Wissenschaft und Praxis verringert. Auf der anderen Seite stellt die Integration angewandter Forschung in planerische Prozesse höhere Anforderungen an die Kommunikation von Forschungstätigkeit und Forschungsergebnissen. Wer wie wann und in welcher Reihenfolge informiert oder einbezogen wird, kann nicht nur die Forschung, sondern auch das politisch-planerische Handeln beeinflussen. Gleiches gilt für die Präsentation und Publikation von Forschungsergebnissen. Wird dies letztendlich dazu führen, dass vor allem angewandte Wissenschaften zu stark in politisch-planerische Prozesse involviert sind und ihre Forschungen nicht mehr frei kommunizieren können?

Einen zweiten Aspekt bildet das Verständnis der Praxis von Wissenschaft. Im Bereich der angewandten Forschung wird immer deutlicher, dass Behörden, Institutionen und Organisationen klare Frage- oder Problemstellungen formulieren, auf die sie Antworten oder Lösungen erwarten. Das ist sicher legitim, solange es sich um beauftragte Studien oder geförderte Projekte handelt. Doch stellt sich die Frage, wie weit das Interesse an einer darüber hinausgehenden wissenschaftlichen Forschung reicht. Sind wissenschaftliche Ergebnisse nur dann interessant, wenn sie eigene Argumentationen stützen? Oder anders gefragt: Wird gesellschaftswissenschaftliche und damit auch geographische Forschung zukünftig auf eine Dienstleistung reduziert, oder wird es weiterhin möglich sein, im Sinne einer anwendungsorientierten Forschung wissenschaftliche Fragestellungen zu formulieren und zu bearbeiten? Aus meiner Sicht gilt es, in der Wissenschaftskommunikation die Ergebnisse von anwendungsorientierter geographischer Forschung und Grundlagenforschung häufiger zu thematisieren, um deren Nutzen zu verdeutlichen und die Position der Wissenschaft in der Kooperation von Wissenschaft und Praxis zu stärken. Dahinter steckt die Idee, Praxispartnern zu vermitteln, dass auch das wissenschaftliche Streben nach neuen Erkenntnissen jenseits konkreter Forschungsaufträge praxisrelevante Ergebnisse hervorbringen kann. Inwieweit dies gelingen wird, vermag ich an dieser Stelle nicht einzuschätzen.

Und schließlich geht es um die Frage, wie darüber hinaus Wissenschaft und ihre Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und kommuniziert werden können. An der Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt gibt es eine Reihe von Veranstaltungen, die sich der Wissenschaftskommunikation widmen. Bereits zum 10. Mal fand im vorigen Herbst der alljährliche GIS Day statt, den das Institut für Geographie und Regionalforschung der Uni Klagenfurt, das Kärntner Geographische Informationssystem KAGIS und der Studienbereich Geoinformation der FH Kärnten gemeinsam ausrichten. Wissenschaftler, Raumplaner, Lehrer und alle, die sich für Geoinformation und deren Verarbeitung

interessieren, haben hier Gelegenheit zur Information und Diskussion. Ebenfalls sehr erfolgreich ist die in Kooperation mit dem Lakeside Science and Technology Park durchgeführte Veranstaltungsreihe WISSEN.SCHAF(F)T.BÜCHER, in der seit 2005 mehrfach im Jahr Neuerscheinungen präsentiert und gemeinsam mit Autoren und Gästen interessante Themen diskutiert werden. Weitere Initiativen sind die „UNI-KLU für Kinder – Forschen macht Spaß“ und die „Lange Nacht der Forschung“. Die Reichweite derartiger Veranstaltungen ist unterschiedlich. Sie werden natürlich auch genutzt, um sich bei dieser Gelegenheit mit Kollegen auszutauschen, Kontakte zu knüpfen oder aufrecht zu erhalten. Insgesamt tragen alle diese Veranstaltungen aber dazu bei, Wissenschaft greifbarer und begreifbarer zu machen.

Werner Reichmann ■

Dauerhaft, gefestigt und erfolgreich: Kommunikative Einigkeiten zwischen Konjunkturforschung, Öffentlichkeit und Politik

1 Wissenschaft und Öffentlichkeit

Die soziologische Theorie bietet für die meisten Phänomene mindestens zwei Perspektiven an: eine makro- und eine mikrosoziologische. Für das Verhältnis zwischen Wissenschaft auf der einen und Öffentlichkeit bzw. Politik auf der anderen Seite, liefern beide Perspektiven ein ähnliches Bild: Das Verhältnis wird als problematisch charakterisiert, die Kommunikation zwischen den Sphären ist unwahrscheinlich und die Unterschiede hinsichtlich der Ziele und Normen scheinen unüberbrückbar groß zu sein.

In der Systemtheorie sind Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit – so die Hypothese – ontologisch differente und operativ geschlossene Systeme. Sie verwenden unterschiedliche Medien, um zu kommunizieren (Luhmann 2005, 32f.). Das zentrale Medium der Wissenschaft besteht aus „wissenschaftlichen Erkenntnissen“, jenes von Politik ist „Macht“, und wenn Öffentlichkeit mit Massenmedien gleichgesetzt werden kann, dann besteht dessen Medium aus „Mitteilungen“ (Reese-Schäfer 2001, 92). Die Medien aus den jeweils anderen Systemen spielen im jeweils eigenen keine Rolle. Es sind sogar Situationen denkbar, in denen sie in Opposition zueinander stehen, kontraproduktiv wirken oder sozial sanktioniert werden. Der Gelehrte beispielsweise, der lediglich nach Macht strebt oder sich dem intensiven Streben nach öffentlicher Mitteilbarkeit widmet, wird in seinem System negativ sanktioniert werden. Andererseits müssen Journalisten nicht zwingend die „Wahrheit“ kommunizieren. Sie produzieren Aufmerksamkeit, um ihre Mitteilungen anzubringen. Für Politik wiederum sind „Mitteilungen“ möglicherweise ein Instrument, um an „Macht“, ihr eigentliches Medium, zu gelangen – mehr aber nicht.

Eine mikrosoziologische Thematisierung des nun bereits als problematisch diagnostizierten Verhältnisses zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik würde vorrangig nach Erwartungen und Erwartungen über Erwartungen des jeweils Anderen während der Selbstinszenierung fragen. Sie würde nach latenten Regeln suchen, nach denen die Berei-

che Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik glauben, funktionieren zu müssen, wenn sie aufeinander treffen. Wissenschaft, so macht sich Dietrich Schwanitz unter Zuhilfenahme der Goffman'schen Theatermetapher Gedanken, ist von einem Widerspruch geprägt. Sie ist dazu prädestiniert, ihre Mittel und Möglichkeiten einzusetzen, um „Staunen und Verwunderung“ zu erzeugen. Sie verfügt über alle Instrumentarien, die sich für die theatralische Selbstinszenierung und Aufmerksamkeitserzeugung eignen. Ihr Problem ist aber, dass sie das nicht tun darf, „will sie nicht ein Vertrauen untergraben, das gerade auf der Neutralisierung aller Nebenmotive beruht.“ (Schwanitz 1998, 273) In der Wissenschaft geht es nicht um selbstinszenierte Appelle und Versuche der Überzeugung, sondern es geht um Wahrheit. Die Aufmerksamkeit maximierende Maßnahmen müssen nach Möglichkeit vermieden werden, will man nicht auf die Stufe von „theatralischen Pyrotechnikern, [...] Scharlatanen, Nekromantikern und Protowissenschaftlern, [...] Ufo-Wissenschaftlern, PSI-Forschern, Parapsychologen und Alien-Experten“ (Schwanitz 1998, 273) gestellt werden. Die Regeln der Theatralik und der Wissenschaft widersprechen einander.

Folgt man diesen theoretischen Ausführungen, stehen sich Wissenschaft diesseits und die Öffentlichkeit und Politik jenseits einer Barriere unterschiedlicher Medien und Reglements gegenüber. Die Chance, dass sie sich für alle zufriedenstellend und dauerhaft verständigen, ist sehr gering. Ich beschäftige mich seit einigen Jahren mit einem wissenschaftlichen Feld, dem es trotzdem (1) dauerhaft, (2) gefestigt und (3) erfolgreich gelingt, mit Politik und Öffentlichkeit zu kommunizieren und seine Erkenntnisse so tief in die jeweils anderen Sphären eindringen zu lassen, dass es maßgebliche Entscheidungen beeinflusst und gesellschaftliche wie politische Leitlinien bestimmt: Ich spreche von der Konjunkturforschung.

Die Frage, der ich in diesem Beitrag nachgehen will, ist, welche Bedingungen die Konjunkturforschung geschaffen hat, um – im Gegensatz zu anderen Feldern der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften – erfolgreich mit Öffentlichkeit und Politik kommunizieren zu können. Ich werde zwei dieser Bedingungen genauer behandeln. Die empirischen Daten, auf die ich mich dabei stütze, umfassen ca. 30 qualitative Interviews mit Konjunkturforschern, Wirtschaftspolitikern und Journalisten, die systematische Analyse mehrerer tausend Artikel aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie eine Dokumentenanalyse insbesondere der frühen Produkte der Konjunkturforschung.

Ich weiß, dass sich die von mir hier als Konjunkturforschung bezeichnete Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern immer nur als „Auch“-Konjunkturforscher sehen und dass sie neben vielen anderen Themen und Bereichen ihrer Disziplin immer nur „auch“ die Konjunktur erforschen. Sie sehen sich als Ökonomen, manche als Angewandte Wirtschaftsforscher oder als wirtschaftspolitische Berater. Warum ich sie weiterhin – etwas einengend – Konjunkturforscher nennen will, hat zwei Gründe. Erstens ist mein wissenschaftssoziologisches Interesse vorrangig auf jenen Teil ihrer Tätigkeit gerichtet, der unmittelbar mit der Erforschung wirtschaftlicher Auf- und Abschwünge (eben der Konjunktur) zu tun hat. Ich kann daher lediglich über diesen Teil ihrer Tätigkeiten etwas berichten. Zweitens

hat meine Bezeichnung historische Gründe. Die von mir analysierte Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern forscht in wissenschaftlichen Institutionen, die in einer spezifischen Tradition stehen, an deren Beginn erste Unternehmungen zur empirischen Analyse wirtschaftlicher Auf- und Abschwünge standen (Vgl. dazu bspw. Reichmann 2007). Diese begründeten ein empirisch und quantitativ orientiertes und (meistens) außeruniversitär organisiertes Feld der Wirtschaftswissenschaft, das historisch als „Konjunkturforschung“ bezeichnet wurde – und von mir auch heute noch so genannt wird.

2 Dauerhaft, gefestigt und erfolgreich

Zunächst will ich die Möglichkeiten skizzieren, über die die Konjunkturforschung verfügt, um ihr Wissen zu kommunizieren.

Im deutschsprachigen Raum wurde die Konjunkturforschung in den 1920er Jahren institutionalisiert (vgl. dazu Coenen 1964), und es gibt viele Hinweise darauf, dass bereits die ersten Institute mit der Intention gegründet wurden, das produzierte Wissen praktisch anzuwenden. In der Pionierphase der Konjunkturforschung finden sich kaum Hinweise darauf, dass dies institutionalisiert geschehen ist. Die Produkte der frühen Konjunkturforschung scheinen wenig dazu geeignet, Anleitungen oder Entscheidungshilfen für Politiker oder Wirtschaftsunternehmer zu bieten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich diese Situation. Die Nachfrage nach wirtschaftswissenschaftlichem Wissen stieg. Die Eindrücke der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs führte in weiten Kreisen der Öffentlichkeit und Politik dazu, mehr über wirtschaftliche Zusammenhänge wissen zu wollen. Doch während man vor dem Zweiten Weltkrieg einzelne Personen als Wirtschaftsberater engagierte, waren es danach fest etablierte Institutionen, die als Ansprechpartner von Politik und Öffentlichkeit agierten. Die Zunahme der Quantität der Kommunikation hat eine qualitative Veränderung nach sich gezogen. Sie läuft nun entpersonalisiert und entsprechend jenen Merkmalen ab, die in der Soziologie als bürokratisch und rational bezeichnet werden.

Mitte der 1960er Jahre hatte sich die Konjunkturforschung als Institution einen Platz in der Gesellschaft erarbeitet, wie ihn nur wenige andere wissenschaftliche Disziplinen aufweisen können. Dies geht so weit, dass sie gesetzlich institutionalisiert wurde. In Deutschland wurde 1963 ein Gesetz beschlossen, das die Gründung eines unabhängigen Sachverständigenrates zur „periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit“ (Gesetz zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, §1) vorsah. Diese Institution macht heute das, was sich Konjunkturforschungsinstitute in den 1920er Jahren vorgenommen hatten. Neben dem „Sachverständigenrat“ hat sich in Deutschland eine Reihe von Konjunkturforschungsinstitutionen etabliert, die die deutsche Öffentlichkeit und Wirtschaftspolitik nachweislich beeinflussen.

Für diesen Einfluss sind aktuell viele Belege und Beispiele zu finden. Ich werde hier nur eines erwähnen, das deutlich macht, welchen Stellenwert dem Wissen der Konjunkturforschung in modernen Gesellschaften zukommt: Die sogenannte „Gemeinschaftsprognose der führenden Deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute“ wird vom Bundeswirtschaftsministerium finanziert und alle drei Jahre neu ausgeschrieben. Derzeit sind vier deutsche, zwei österreichische und ein schweizerisches Institut daran beteiligt. Darauf aufbauend erstellen Ökonomen im Bundeswirtschaftsministerium eine „Regierungsprognose“. Diese baut auf der „Gemeinschaftsprognose“ auf, was in der Praxis bedeutet, dass sie nur in vernachlässigbaren Details von Ersterer abweicht. Die „Regierungsprognose“ wiederum ist die Basis, auf der der „Arbeitskreis Steuerschätzung“ das Steueraufkommen für die folgenden drei Jahre schätzt. Abgesehen davon, dass in diesem „Schätzerkreis“ auch der bereits erwähnte „Sachverständigenrat“ und Mitglieder einiger Wirtschaftsforschungsinstitute vertreten sind, arbeitet das ursprünglich in der „Gemeinschaftsprognose“ produzierte Wissen in der Steuerschätzung weiter. Seine praktische Entfaltung findet es letztlich darin, dass das Bundesfinanzministerium einen Budgetvorschlag auf Basis der Steuerschätzung erstellen muss. Wenn man dem geflügelten Wort glauben darf, dass der Staatshaushalt in Zahlen geformte Politik ist, dann wird an dieser Kette epistemischer Abhängigkeiten beispielhaft klar, wie stark das Wissen der Konjunkturforschung in die Politik einfließt und damit die Gesellschaft prägt.

Die Art, wie die Konjunkturforschung in der Lage ist, ihre Erkenntnisse in das gesellschaftliche Leben einzubringen und es in der Öffentlichkeit darzustellen, kann anhand von drei Eigenschaften zusammengefasst werden. Sie ist *dauerhaft*, weil seit ca. 80 Jahren unterschiedlich intensiv nachgefragter aber jedenfalls fixer Bestandteil wirtschaftspolitischer Beratung und daher nicht als vorübergehende politische Mode aufzufassen. Sie ist *gefes-tigt*, weil stark institutionalisiert, öffentlich finanziert und in Teilen sogar gesetzlich festgeschrieben. Sie ist *erfolgreich* in dem Sinne, dass sie mit ihren Ergebnissen und ihrem Wissen nachweislichen Einfluss auf die Politik und die Entwicklung der Gesellschaft nimmt und damit ihr ursprünglich formuliertes Ziel erreicht. Dieses bestand immer darin, Grundlagen für Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu bieten. Dieses Ziel hat sie erreicht, und in diesem Sinne ist sie erfolgreich.

3 Quantifizierung und Partizipation

Wie hat es die Konjunkturforschung geschafft, sich einen derartigen Platz in der Öffentlichkeit zu erarbeiten? Unter welchen Bedingungen wurde es möglich, dass die Konjunkturforschung so erfolgreich mit der Öffentlichkeit kommuniziert? Wie kommuniziert die Konjunkturforschung ihr Wissen?

Ich werde hier zwei der zentralen Bedingungen vorstellen, die die Kommunikation der Konjunkturforschung mit Politik und Öffentlichkeit optimieren. Zum einen (1) verwendet sie auf der Vorderbühne eine gemeinsame Grammatik der Quantifizierung, um ihre Erkenntnisse

auf den (BIP-)Punkt zu bringen. Zum anderen (2) hat sie einen Prozess entwickelt, den ich als „Epistemische Partizipation“ bezeichnen will, an dem Personengruppen teilhaben, die für die Erkenntnisse der Konjunkturforschung konstitutiv sind oder die mit den Erkenntnissen der Konjunkturforschung arbeiten werden.

(1) Konjunkturforschung, Öffentlichkeit und Politik verwenden eine gemeinsame Grammatik der Quantifizierung, die im so genannten Bruttoinlandsprodukt (ab jetzt: BIP) bzw. dessen Wachstum kulminiert. Sie wird zwar sowohl in Wissenschaft als auch in Öffentlichkeit und Politik regelmäßig und zu Recht kritisiert. Trotzdem hat man sich sowohl innerhalb dieser Bereiche als auch in der Kommunikation zwischen ihnen darauf geeinigt, die gemeinsame Quantifizierungsgrammatik zu verwenden, sie ernst zu nehmen und in der jeweiligen Deutung als „wahr“ zu akzeptieren.

Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik sind also in unterschiedlicher Weise mit der Verwendung der gemeinsamen BIP-Grammatik unzufrieden. Alle drei genannten Bereiche gesellschaftlichen Lebens entwickelten aber unterschiedliche Kritikpunkte.

Die Konjunkturforschung findet schade, dass das BIP in der Öffentlichkeit einen zu zentralen Stellenwert hat. Ihrer Ansicht nach ist es zu simplifizierend. Es fasst zusammen, was nur unter Bedingungen wie Auslassung, Übersehen oder Unschärfe zusammenfassbar ist. Die Konjunkturforschung hält dem BIP vor, dass es keinerlei detaillierte Bewertung einzelner wirtschaftlicher Sachverhalte mehr zulässt. Das ist auch der Grund, warum sie es niemals ohne zusätzliche Daten und Analysen veröffentlicht. In keinem Bericht, auch nicht in der kürzesten Pressemeldung, wird nur das BIP angegeben. Immer hängt ihm ein sorgfältig ausgearbeiteter und wissenschaftlich präziser Teil an, in dem jene Teile der Wirtschaft genauer analysiert werden, die für die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung verantwortlich gemacht werden. Trotz des Bewusstseins, dass das BIP ein stark aggregiertes Bild der Wirtschaft vermittelt, ist das BIP auch in der akademisch-universitären Gemeinschaft der Ökonomie anerkannt. Es wird zwar regelmäßig hinterfragt, und es werden auch alternative Indikatorensysteme entworfen. Die prinzipielle Existenz dieser hoch verdichteten Zahl, die generell etwas über den Zustand der Wirtschaft aussagen will, wird aber nicht angezweifelt.

Die Politik ist meistens dann unzufrieden, wenn der Wert für das BIP nicht ins politische Konzept oder in die politische Argumentation passt. Die jeweils aktuelle politische Opposition hält das BIP für ungeeignet, um damit politische Entscheidungen zu begründen, da es einige genuin politische Entscheidungsbereiche (z.B. Umweltschäden) völlig außer Acht lässt. Regierungspolitik findet BIP-Prognosen meist nur dann ungeeignet, wenn sie nicht zeigen, dass die letzten Regierungsjahre zu wirtschaftlicher Prosperität geführt haben. Des Weiteren kritisiert die Politik, wenn Konjunkturforschung versucht, ihre Zahl allzu kompliziert zu rahmen und sie sie mit zu vielen „Wenn“ und „Aber“ versieht. All diese Kritikpunkte führen maximal zu dem, was als „Expertenschelte“ (Zimmermann 2008, 102) bezeichnet wird. Aber nicht weiter: Niemand zieht in Erwägung, die gemeinsame Grammatik der Quantifizierung durch etwas anderes zu ersetzen. Letztlich wird sie sowohl von Regie-

rungs- als auch von Oppositionsparteien für ihre wirtschaftspolitischen Argumentationen regelmäßig und ausgiebig verwendet.

Die Öffentlichkeit, und damit meine ich jenen Teil der Öffentlichkeit, der medial repräsentiert wird, wirft dem BIP zweierlei vor. Einerseits kommt wenig Verständnis auf, wenn die Konjunkturforschung unterschiedliche Prognosen für das BIP abgibt, wenn also unterschiedliche Konjunkturforscher zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Andererseits beschwert man sich im Nachhinein, wenn die Konjunkturforschung „unrecht hat“, wenn beispielsweise eine Prognose nicht eintritt oder eine angenommene Rahmenbedingung nicht stimmt. Hier tritt ein Konflikt auf, der sowohl durch unterschiedliche Vorstellungen vom Bezug zwischen abstrakten Begriffen und einer empirisch fassbaren Realität als auch durch eine unterschiedliche Verwendung von Rede und Gegenrede erklärt werden kann. Aber: Die Öffentlichkeit erfreut sich auch an diesen Diskussions- und Kritikprozessen innerhalb der Konjunkturforschung. Sie werden farbenfroh abgebildet, füllen Seiten und Berichte in den Abteilungen für Politik und Wirtschaft und bieten Stoff für Kommentare. Letztlich gilt auch hier, dass das BIP als quantitative, hochgradig verdichtete Information von und in der Öffentlichkeit intensiv genutzt wird.

(2) Die zweite Bedingung, unter der Konjunkturforschung mit Politik und Öffentlichkeit kommuniziert, möchte ich als die Einführung „Epistemischer Partizipation“ bezeichnen. Die Analyse des Erkenntniserstellungsprozesses der Konjunkturforschung zeigt deutlich, dass die hohe Kommunikationsfähigkeit der Konjunkturforschung auch dadurch zu erklären ist, dass sie es schafft, die Akteure ihres Gegenstandsbereichs in den Erkenntniserstellungsprozess einzubauen, sie am epistemischen Prozess produktiv teilhaben zu lassen.

Konjunkturforschung produziert ihr Wissen vor und in einem Netzwerk, das sowohl jene Akteure beinhaltet, deren Handlungen und Entscheidungen die Ausprägung des zu erstellenden Wissens beeinflussen, als auch jene Akteure einschließt, die mit dem Wissen arbeiten werden und es nutzen wollen. Die Konjunkturforschung ist sich dieses Netzwerks eher latent bewusst und bedient es gleichsam automatisiert. Es besteht aus institutionalisierten Verbindungen, wie beispielsweise immer wiederkehrenden Treffen und Präsentationen in Gremien und Institutionen; es besteht auch aus informellen und personenbezogenen Beziehungen zwischen einzelnen Konjunkturforschern. Es beinhaltet also Kontakte zu Nationalbanken aus den fernsten Ländern, gesetzlich festgeschriebene Anhörungen von Ämtern aus allen Ressorts, formelle Treffen mit Ökonomen und Dachverbänden von Konjunkturforschungsinstituten. Es besteht aber auch aus individuellen Bekanntschaften aus gemeinsamen Tagen an der Universität, aus geteilten Interessen an der einen oder anderen Sportart und aus innerhalb der Zusammenarbeit entstandenen Freundschaften.

Die Konjunkturforschung öffnet im Rahmen der „Epistemischen Partizipation“ für relevante Teile der Öffentlichkeit und Politik ihre Hinterbühne. Sie zeigt nicht nur, was sie macht. Sie schreibt den „fremden“ Akteuren sogar aktive Rollen zu und lässt sich durch deren Verhalten leiten. Diese Öffnung hat zweierlei Konsequenzen für die Arbeit der Konjunkturforschung: Erstens stellt sie ein großes Maß an Vertrauen in die Arbeit und die

Ergebnisse der Konjunkturforschung her. Zweitens profitiert die Konjunkturforschung in ihrem epistemischen Prozess von Informationen aus dem Netzwerk. Wirtschaftsprognosen und -analysen können wesentlich genauer erstellt werden, wenn Informationen und Wissen aus dem Netzwerk mit einfließen. Sie „funktionieren“ erst, wenn Sichtweisen von Praktikern in die Modelle einfließen können. Das Netzwerk der Konjunkturforschung könnte im besten Sinne als kognitive Gemeinschaft bezeichnet werden, an der partizipiert, wer für den Erkenntnisgegenstand als relevant angesehen wird.

Die „Epistemische Partizipation“ ist somit der Ausdruck einer wechselseitigen Beziehung und intelligenten Interaktion zwischen Erkenntnisgegenstand und Wissenschaft, durch den beide auf ihre Weise profitieren und die Erkenntnis an Präzision gewinnt.

Literatur

- Coenen, Étienne 1964: La 'Konjunkturforschung' en Allemagne et en Autriche 1925-1933. Paris.
- Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 700-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 92 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304).
- Luhmann, Niklas 2005: Die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation. In: Luhmann, Niklas (Hg.): Soziologische Aufklärung 3 : Soziales System, Gesellschaft, Organisation. Wiesbaden. 29-40.
- Reese-Schäfer, Walter 2001: Niklas Luhmann zur Einführung. Hamburg.
- Reichmann, Werner 2007: Die Gezeiten der Wirtschaft : Institutionalisierung und Methoden der Beobachtung wirtschaftlicher Zyklen in Österreich bis 1945. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 18. S.39-58.
- Schwanitz, Dietrich 1998: Alazon und Eiron : Formen der Selbstdarstellung in der Wissenschaft. In: Herbert Willems und Martin Jurga (Hg.): Inszenierungsgesellschaft : Ein einführendes Handbuch. Opladen & Wiesbaden. S. 273-290.
- Zimmermann, Klaus 2008: Der Berater als Störenfried. In: Wirtschaftsdienst 2. S.101-107.

Patricia Stošić ■

„Kinder mit Migrationshintergrund“ – zum Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit

Die Ergebnisse der PISA-Studien verdeutlichten in neuer Qualität die Bildungsbenachteiligung der „Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“. Dieser Befund, dem durch seine mediale Inszenierung große Aufmerksamkeit zuteil wurde, verweist exemplarisch auf die integrations- sowie bildungspolitischen Herausforderungen, vor denen Deutschland als eine plurale, nationalstaatlich organisierte Gesellschaft steht. In keinem vergleichbaren OECD-Mitgliedsland sind soziale Herkunft und Bildungserfolg so eng miteinander gekoppelt wie in der Bundesrepublik Deutschland; diesem Vorwurf musste und muss die Politik sich stellen. Sie muss auf Fragen der Gerechtigkeit und Integration, aber auch auf wirtschaftlich motivierte Befürchtungen reagieren und Lösungen suchen.

Als legitime Grundlage für politische Entscheidungen/Nicht-Entscheidungen in modernen Gesellschaften, wie auch für die Steuerung sozialer Systeme im Allgemeinen, ist *wissenschaftliches Wissen* zur unverzichtbaren Ressource geworden. Wissenschaftlich erzeugtes Wissen gilt als rational und objektiv und verleiht der Politik Legitimation und Durchsetzungsmacht. Eine Voraussetzung für die Stellung der Wissenschaft als politische Beraterin ist ihre *Autonomie* – andererseits wird sie jedoch dazu angehalten, gesellschaftlich *relevantes* und *verwertbares* Wissen zu produzieren. Bei der Vermittlung dieser Erwartungen zwischen Freiheit und Nützlichkeit wird inzwischen auch den Medien eine zentrale Rolle zugewiesen.

In diesem Spannungsfeld verortet sich der hier vorgelegte Aufsatz. Er versucht am Beispiel der Bildungsbenachteiligung der „Kinder mit Migrationshintergrund“ nachzuzeichnen, wie es im Wechselspiel zwischen Wissenschaft, Politik und Medien zu Ko-Produktionen von Problemdeutungen kommt, wie diese Prozesse zu untersuchen und wie sie zu beurteilen sind.

Die neuen „Bildungsverlierer“: „Kinder mit Migrationshintergrund“

Durch die PISA-Studien selbst wurde ein Konstrukt über die Grenzen der Wissenschaft hinaus in Umlauf gebracht, das die bestehende gesellschaftliche Ordnung spiegelt und diese

gleichzeitig stützt: das „Kind mit Migrationshintergrund“. Zwar war diese Begriffskombination schon vor der ersten PISA-Studie und deren Veröffentlichung im Jahr 2001 in Gebrauch, doch ließ das gesteigerte öffentliche Interesse an den neuen „Bildungsverlierern“ die Verwendung des Ausdrucks regelrecht explodieren. Statt dem berühmten „katholischen Arbeitermädchen vom Lande“ ist es heute die Figur des „Migrantenjungen aus der Hochhaussiedlung mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund“ (vgl. Radtke et al. 2005), die den neuen, typischen Bildungsverlierer symbolisiert.

Mit der Abkehr von den gängigen statistischen Erhebungen im Bildungsbereich, die sich (teilweise nach wie vor) entlang der Differenz deutsch/nicht deutsch bewegen, und der Einführung des Merkmals „Migrationshintergrund“ wurden Bildungsbeteiligungsverhältnisse sichtbar, die bislang zwar vermutet, aber nicht repräsentativ nachgewiesen worden waren. Die Umstellung vom Ausländer- zum Migrationskonzept führt zudem in der Statistik zu beträchtlichen Änderungen bezüglich Umfang und Struktur der Migrationsbevölkerung. Mit dem Migrationskonzept werden mehr als doppelt so viele Menschen statistisch erfasst als mit den bisherigen Messverfahren mit Hilfe des Ausländerkonzepts (vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, 140).

Im Zuge der nun entbrannten Bildungsdebatte können öffentliche Auseinandersetzungen beobachtet werden, deren Problemhorizonte zumeist auf Aspekte der Integration, der Gerechtigkeit, der Ökonomie oder auch auf die sozialtechnische Bearbeitung der Bildungsmisere Bezug nehmen. Dabei stellt sich für die an der Diskussion beteiligten Akteure nicht die Frage, ob etwas getan werden muss, um die Bildungsbeteiligungsquoten anzugleichen, sondern zur Debatte steht, auf Grundlage welcher Rechtfertigung und mit welchen Mitteln dies geschehen soll.

Bei den Überlegungen zu den Ursachen und Lösungen für die deutsche Bildungssituation besteht die Tendenz, das Symptom („Kinder mit Migrationshintergrund“ sind bildungsbenachteiligt) zum Problem umzudefinieren. Schülerleistungen wurden in den systemvergleichenden PISA-Studien eigentlich als Indikatoren für Schulleistungen konzipiert (vgl. Radtke 2004), d. h. die nachgezeichneten Bildungsbeteiligungsquoten müssen als Symptome interpretiert werden, die von den jeweiligen nationalen Bildungssystemen produziert werden. Wie man aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, wie etwa der Medizin oder auch der Ökonomie weiß, sind Strategien der Symptombekämpfung zumeist nur dann akzeptabel, wenn Struktur- und Systemveränderungen entweder für nicht durchführbar (z. B. aufgrund fehlenden Wissens) oder für nicht durchsetzbar (z. B. wegen fehlender politischer Macht) befunden werden. Verortet man das Problem von vornherein nicht im System, erspart man sich diese Auseinandersetzung.

In dieser Logik argumentiert die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, in einem Interview mit dem Spiegel im Jahr 2008, das unter der Überschrift „Schule heißt Anstrengung“ geführt wurde. Dort konstatiert sie: „Was wir [...] genau wissen ist, wie wenig Strukturdebatten aus den siebziger Jahren bringen.“ Und weiter: „Wer jetzt schon

wieder Strukturen ändert und alles andere beim Alten lässt, versetzt dem Bildungssystem den zweiten Schlag.“ Stattdessen verweist die Bundesministerin auf alternative Ansatzpunkte für bildungspolitische Interventionen. Sie erklärt, dass es einen enormen Unterschied mache, „ob ein Kind vor der Grundschule zu Hause intellektuell stimuliert wird oder eben nicht.“ Und weiter heißt es: „Hier ist die eigentliche Quelle der Chancengerechtigkeit, da müssen wir etwas tun. Das gilt erst recht für ausländische Kinder. Wer sprachlos in die Schule kommt, hat von Anfang an schlechtere Chancen.“

Diese Aussage kann als exemplarisch gelten. Sie passt in die öffentliche Wahrnehmung wie in viele politische Debatten zum Thema. Die Beherrschung der Unterrichtssprache gilt gemeinhin als der Schlüssel für Bildungserfolg. Es gibt sogar Bestrebungen, den Fokus der Diskussion über die Bildungsbeteiligung ganz auf das Sprachproblem zu legen, wie etwa im Erlass des Niedersächsischen Kultusministeriums „Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache“ von 2005 (vgl. auch Chlosta/Ostermann 2007).

Neben der Bildungsfrage gilt Sprache in der jüngeren Integrationsdebatte auch als Schlüssel zu einer gelingenden Integration allgemein (vgl. Die Bundesregierung 2007). Angelehnt an die Logik des Forderns und Förderns sollen Sprach- und Integrationskurse dabei helfen, Zugewanderte zu integrieren. Wer sich bemüht, zeigt Integrationsbereitschaft, während umgekehrt die Nicht-Beherrschung der deutschen Sprache zum Symbol der Integrationsunwilligkeit erhoben werden kann (vgl. Radtke/Stošić 2008). Mangelnde Kenntnisse der Unterrichtssprache werden damit zum Risikofaktor für Bildungserfolg und für eine gelungene Integration – zumal Bildungserfolg und Integration ebenfalls in engem Zusammenhang gehandelt werden.

Während Familien und deren Erziehungsmethoden außerhalb des Zuständigkeitsbereichs einer Bundesministerin für Bildung und Forschung liegen, wäre die Frage der Verschränkung von Bildungserfolg und Integration schon eher im Rahmen eines nationalen Interesses anzusiedeln, wie auch der Nationale Integrationsplan von 2007 zeigt. Erst eine Individualisierung von Integrations- wie Bildungsleistungen macht es möglich, diese pädagogisch zu bearbeiten und entsprechend gelagerte Problemstellungen am Individuum zu korrigieren. Mit der Pädagogisierung des Migrations- sowie des Bildungsproblems greift man in der aktuellen Bildungsdebatte auf ein instrumentelles Repertoire zurück, das eigentlich der als eingeholt geltenden „Ausländerpädagogik“ angehört. In der Redeweise der „Kinder mit Migrationshintergrund“ lässt sich eine Neuauflage dieser Pädagogik der 1960-1980er Jahre identifizieren. Diese konzipiert Bildungsungleichheiten entlang ethnischer Merkmale, verweist auf Defizite der „Ausländerkinder“ und verbleibt mit ihren Lösungsstrategien durchweg auf den Ebenen von Kompensation und Förderung – also auf der Seite der Symptome. Heute werden diese Defizite eng geführt auf das „Sprachproblem“, das als Symbolträger der neuen integrationspolitisch aufgeladenen Bildungsdebatte fungiert und dessen Superlativ sich – wie bei Frau Schavan – in dem Verweis auf „Sprachlosigkeit“ findet.

Deutungsprozesse im Kontext von Wissenschaft, Politik und Medien

Dabei gäbe es ein breites Spektrum an Erklärungsansätzen für Bildungsdisparitäten. Dieses reicht von den individuellen Merkmalen der Kinder und ihrer Familien über institutionelle Variablen der Schulen (vgl. Diefenbach 2007a). Im Falle individueller Merkmale als Erklärungsansatz für Bildungsbenachteiligung wird u. a. auf das Schulwahlverhalten der Eltern oder die Ausstattung der Kinder mit verschiedenen Ressourcen und Kompetenzen, also auf kulturelle und/oder sozioökonomische Defizite der Kinder oder deren Familien verwiesen. Im Bereich individueller Ursachenzuschreibung sind es meist Humankapitaltheorien, die zur Erklärung von Bildungsdisparitäten herangezogen werden. Aber auch die Migrationssituation an sich bzw. der Minderheitenstatus der Betroffenen kommen als Faktoren in Frage (ebd.). Erklärungsansätze, die sich auf Merkmale der Schule als Institution beziehen, verweisen dagegen entweder auf Kontextbedingungen des Schulbesuchs oder auf institutionelle Diskriminierung. Im ersten Fall beträfe das Lehrpläne, die Lehrerausbildung, Lehrerereffekte insgesamt oder Effekte der Klassengröße und die Klassenzusammensetzung. Auch die Auswirkungen lokaler Bildungsräume (Radtke/Stošić 2009) und Effekte der Struktur des Schulangebots, bzw. von Schulformen (vgl. z. B. Hauf 2007; Sikorski 2007) fallen in die Kategorie Kontexteffekte. Unter Erklärungen, die sich auf Institutionelle Diskriminierung beziehen, fasst Diefenbach (2007a) Ansätze zusammen, die bezüglich der Sprachbeherrschung (vgl. Gogolin 1994) oder bezogen auf Selektionsmechanismen bei der Einschulung, beim Übergang in die Sekundarstufe oder bei Überstellungen auf Förderschulen eine Benachteiligung der Kinder mit Migrationshintergrund beobachten (vgl. Gomolla/Radtke 2002).

Trotz des breiten Spektrums an Erklärungsansätzen für den mangelnden Bildungserfolg von ausländischen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund stellt Diefenbach (2007b) für den Bereich der bildungssoziologischen Forschung fest, dieser sei „derzeit von einem Argumentations- und Forschungsstrang geprägt, der sich aus der Humankapitaltheorie ableitet“ (ebd., 43). Doch, wie bereits angedeutet wurde, dominiert diese Perspektive auf das Problem der Bildungsungleichheit nicht nur die wissenschaftliche Auseinandersetzung. Es entsteht der Eindruck, als habe man sich in der Politik wie in den Medien und in der Wissenschaft darauf „geeignet“, dass eine am Individuum angelegte Problembeschreibung der „Sachlage“ gerecht wird.

Wie kommt diese Einigkeit trotz konkurrierender Deutungen der Bildungsbenachteiligung zustande?

Die Identifizierung einer Konstellation von verschiedenen „Entitäten“, als *ein* zu untersuchendes Phänomen, als *ein* politisch anzugehendes „soziales Problem“ oder als *ein* Thema eines Zeitungsartikels hängt von verschiedenen Faktoren ab. So etwa davon, ob die Technik/Methode für die Untersuchung eines Phänomens existiert, ob die politischen Mittel vorhanden sind, um ein Problem zu lösen oder ob sich eine medientaugliche, schlüssige Narration eines Themas findet. Aus sozialkonstruktivistischer Perspektive zeigt die Forschung zur Entstehung „sozialer Probleme“, dass deren Wahrnehmung von Deutungs- und

Interpretationsprozessen abhängt, die eingebettet sind in den sozio-historischen Kontext einer Gesellschaft (vgl. Schetsche 1996).

Konkreter fassen lässt sich dieser gesellschaftliche Einbettungsbereich durch eine Verortung kontroverser normativer Ordnungsdebatten, wie etwa die Auseinandersetzungen zum Fall der Bildungsbenachteiligung der „Kinder mit Migrationshintergrund“, in einem Wechselspiel zwischen Wissenschaft, Medien und Politik. Diese drei gesellschaftlichen Teilsysteme stehen in einem spannungsvollen Interpenetrationsverhältnis, das mit Bezug auf DiMaggio/Powell (1983) auch als „organisationales Feld“ aufgefasst werden kann, in dem die jeweils gültigen Deutungen sozialer Probleme und anerkannter Rechtfertigungsmuster ausgehandelt und modelliert werden. Anders als in der ursprünglichen Konzeption des „organisationalen Feldes“ ginge es hier jedoch nicht um die Ko-Produktion eines *Produkts* im klassischen Sinne, sondern um die einer für alle *akzeptier- und bearbeitbaren Problemdeutung*. Dieses Feld beschreibt demnach einen *thematisch abgrenzbaren* Teilausschnitt dessen, was bei Nowotny et al. (2005) auch als „Agora“ bezeichnet wird, die von den AutorInnen definiert wird als „der Raum, in dem gesellschaftliche und wissenschaftliche Probleme formuliert und definiert werden und das, was als ‚Lösung‘ akzeptiert werden will, ausgehandelt werden muß“ (ebd., 305).

In wechselseitiger Abhängigkeit und Beobachtung, die das Verhältnis zwischen den Systemen prägen, werden in solchen Auseinandersetzungen Mechanismen selektiver Vereindeutigungen wirksam, die über die Fragilität und Heterogenität des (wissenschaftlichen) Wissens hinwegtäuschen. Die gesellschaftliche Akzeptanz *einer* Deutung wird vorangetrieben, während alternative Problembeschreibungen sanktioniert werden. Im Prozess der Kontingenzeinschränkung entstehen *isomorphe* Argumentationen und Problembeschreibungen, durch die sich die beteiligten Akteure bestärkt wissen und Orientierung erlangen – ein zirkulärer, sich selbst stabilisierender Prozess ist (bis auf weiteres) entstanden.

Wissenschaft und Öffentlichkeit – Eine Forschungsskizze

Im Anschluss an eine Studie von Anette Treibel (1988), in der sie der „westdeutschen Ausländerpädagogik“ Politiknähe attestiert und im Anschluss an einen Beitrag von Michael Bommers (2006), in dem er zeigt, dass sich die Migrationsforschung an den herrschenden politischen Verständnissen von „Integration“ orientiert, wäre nun der „Beitrag der [...] Erziehungswissenschaft zur Modellierung des Migrationsproblems“ zu erforschen. Diese Fragestellung hatte bereits Radtke (2006) in einem Aufsatz als Desiderat markiert und zu deren Erforschung angeregt. Dabei soll der Gegenstand im Sinne einer „Reflexiven Erziehungswissenschaft“ eben nicht die „Forschungstätigkeit einzelner Akteure des akademischen Feldes, sondern das in die wissenschaftlichen Werkzeuge und Operationen eingegangene soziale und intellektuelle Unbewusste“ (Wacquant 1996, zit. nach Rieger-Ladich et al. 2009, 12) sein.

Das Thema wäre dann auch die Herstellung und Aufrechterhaltung politischer Ordnungsmodelle durch die öffentliche Anerkennung von Problemkonstruktionen und den ihnen zugrunde liegenden Rechtfertigungsprinzipien. Die Durchsetzung bestimmter Problemwahrnehmungen erscheint umso wahrscheinlicher, je stärker sie mit den gegebenen gesellschaftlichen Bearbeitungsmöglichkeiten sowie mit dem gegebenen gesellschaftlichen Selbstverständnis und den darin eingebetteten minderheitenpolitischen Normen und Gruppenkonstruktionen kompatibel sind.

Den Prozessen auf die Spur zu kommen, die wechselseitig zwischen Wissenschaft, Politik und Medien stattfinden und die dazu führen, dass bestimmte Geschichten der Wirklichkeit eher „geglaubt“ werden und damit mächtiger sind als andere, wäre das Ziel einer Forschung im hier vorgestellten Sinne. Diese würde dann auch zu den Fragestellungen einen Beitrag leisten können, die aktuell in Bezug auf das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit gestellt und verhandelt werden

Literatur

- Bommes, Michael 2006: Migration and Migration Research in Germany. In: Vasta, Ellie / Vaddamalaya, Vasoodeven: International Migration and the Social Science. Confronting national Experiences in Austria, France and Germany. Houndmills, Basingstoke, p. 143-221.
- Die Bundesregierung 2007: Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin.
- Chlosta, Christoph / Ostermann, Torsten 2007: Warum fragt man nach Herkunft, wenn man die Sprache meint? Ein Plädoyer für eine Aufnahme sprachbezogener Fragen in demographische Untersuchungen. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen: Wege zur Weiterentwicklungen der amtlichen Statistik. Bildungsforschung Band 14, Bonn, Berlin, S. 55-65.
- Diefenbach, Heike 2007a: Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem. Erklärungen und empirische Befunde. Wiesbaden.
- Diefenbach, Heike 2007b: Schulerfolg von ausländischen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund als Ergebnis individueller und institutioneller Faktoren. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen: Wege zur Weiterentwicklungen der amtlichen Statistik. Bildungsforschung Band 14, Bonn, Berlin, S. 43-54.
- DiMaggio, Paul J. / Powell, Walter W. 1983: The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields. In: American Sociological Review, vol. 48, S. 147-160.
- Gogolin, Ingrid 1994: Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule. Münster/New York.
- Gomolla, Mechthild / Radtke, Frank-Olaf 2002: Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. Opladen.

- Hauf, Thomas 2007: Innerstädtische Bildungsdisparitäten an der Übergangsschwelle von den Grundschulen zum Sekundarschulsystem. In: Zeitschrift für Pädagogik, 53. Jg., Heft 3, S. 299-313.
- Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: Bildung in Deutschland. Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld.
- Niedersächsisches Kultusministerium (2005): Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache. RdErl. d. MK v. 21.7.2005
- Nowotny, Helga / Scott, Peter / Gibbons, Michael 2005: Wissenschaft neu denken. Wissen und Öffentlichkeit in einem Zeitalter der Ungewissheit. Weilerswist.
- Radtke, Frank-Olaf 2004: Schule und Ethnizität. In: Helsper, Werner / Böhme, Jeanette (Hg.): Handbuch der Schulforschung. Wiesbaden, S. 625-646.
- Radtke, Frank-Olaf 2006: Politiknah und praxisverträglich. Der Beitrag der westdeutschen Erziehungswissenschaften zur Modellierung des Migrationsproblems. In: neue praxis, Sonderheft 8, S. 201-213.
- Radtke, Frank-Olaf / Hullen, Maren / Rathgeb, Kerstin 2005: Lokales Bildungs- und Integrationsmanagement: Bericht der wissenschaftlichen Begleitung im Rahmen der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS). Frankfurt am Main.
- Radtke, Frank-Olaf / Stošić, Patricia 2008: Sozialraum und Netzwerke – Semantiken kommunaler Integrationspolitik. In: Bommers, Michael / Krüger-Potratz, Marianne (Hg.): Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt am Main 2008, S. 77-112.
- Radtke, Frank-Olaf / Stošić, Patricia 2009: Lokale Bildungsräume: Ansatzpunkte für eine integrative Schulentwicklung. In: geographische revue, Jg. 11, Heft 1, S. 34-51.
- Rieger-Ladich, Markus / Friebertshäuser, Barbara / Wigger, Lothar 2009: Reflexive Erziehungswissenschaft: Stichworte zu einem Programm. In: Dies. (Hg.): Reflexive Erziehungswissenschaft. Forschungsperspektiven im Anschluss an Pierre Bourdieu. Wiesbaden, S. 9-20.
- Schetsche, Michael 1996: Die Karriere sozialer Probleme. München.
- Sikorski, Sandra 2007: Differenzierungsprozesse in städtischen Schullandschaften: Das Beispiel der Hauptschulen. In: Zeitschrift für Pädagogik, Jg. 53, H. 3, S. 284-298.
- Der Spiegel, 9/2008 vom 25.02.2008, S. 38.
- Treibel, Annette 1988: Engagement und Distanzierung in der westdeutschen Ausländerforschung. Eine Untersuchung ihrer soziologischen Beiträge. Stuttgart.
- Wacquant, Loïc 1996: Auf dem Weg zu einer Sozialpraxeologie. Struktur und Logik der Soziologie Pierre Bourdieus. In: Bourdieu, Pierre / Wacquant, Loïc (Hg.): Reflexive Anthropologie. Frankfurt am Main, S. 17-93.

Joël Luc Cachelin ■

Das Verhältnis ist ein Netzwerk

Das Netzwerk ist die dominierende Metapher unserer Zeit. Alles und jedes wird als Netzwerk interpretiert und als solches dargestellt. Ein Netzwerk, das ist all das, was Knoten durch Kanten verbindet. Die Dominanz des Netzwerkes lässt sich soziologisch begründen. Die Gesellschaft und ihre Systeme differenzieren sich aus. An die Stelle von Ganzheiten und Einheiten treten Möglichkeiten und Varianten. Sie treten miteinander in Kontakt und formieren sich zu Netzwerken. Mitten in diesem Durcheinander steht das Individuum und muss sich seinen Platz schaffen. Man arbeitet an seiner Identität, um sich zu entdecken und zu verwirklichen. Identitätsmanagement heißt, sich seine persönlichen und selbstbestimmten Netzwerke zu basteln. Die beschriebenen Vorgänge beeinflussen die Untersuchungsobjekte der Wissenschaften sowie die primäre und sekundäre Wissenschaftskommunikation. Es prägt das Selbstverständnis der Untersuchungsobjekte, der Wissenschaftler, der Disziplinen und der Wissenschaft als Megasystem.

1 Ich bin mein Netzwerk

Es ist kein Geheimnis und man kann es überall nachlesen: Die zentrale Lebensaufgabe unserer Zeit heißt Identitätsarbeit. Der Mensch hat seine angeborenen und die ihn sozialisierenden Selbstverständlichkeiten verloren. Die dominierenden Systeme vergangener Zeiten sind verblasst. Ihr Einfluss und ihre Prägungskraft wurden relativiert. Man ist nicht mehr automatisch und unbedingt, was die Familie, der Beruf oder die Religion vorschreiben. Stattdessen ist man aufgerufen, auf die Suche nach sich selber zu gehen. Man sucht nicht nur einmal, sondern ein Leben lang. Es gilt sich zu verwirklichen, seine Eigenarten zu finden und seine Einzigartigkeit zu zelebrieren. Identität bedeutet, alle Teilaspekte seines Lebens zu einem Ganzen zusammenzuführen. Es bedeutet, seinem Innern die Geschichte über sich zu erzählen.

Identität vollzieht sich durch den freiwilligen Beitritt zu den zahlreichen Netzwerken, die unsere Zeit zu bieten hat. Identitätsarbeit verlangt Auswahl und Abwahl. Die Idee ist alles andere als neu. Schon Simmel argumentierte vor hundert Jahren mit sozialen Kreisen als Bausteinen von Identität. In der Zwischenzeit haben sich das Vokabular und vor allem die Sichtbarkeit der Netzwerke verändert. Die Transparenz wird am offensichtlichsten im Internet, wo sich die Gesellschaft nach Interessen statt nach Ständen, Religionen oder Familien strukturiert. In *Facebook* zeigt sich mir und allen anderen, wer zu meinem Netzwerk

gehört. Ich bin mein Netzwerk. Es visualisiert meine Geschichte. Es definiert mich und meine Möglichkeiten. Es reduziert das Potenzielle auf die selbstbestimmten Verbindungen.

Die selbstbestimmenden Netzwerke überziehen den Globus. Ich vernetzte mich mit all dem, was zu mir gehört. Das Netz kennt außer dem definierenden Individuum keinen fixierten Ort. Dieses ist mobil und ständig unterwegs. Identität findet auch zwischen den Orten und an Nicht-Orten statt. Die Reduktion der Transport- und Kommunikationskosten führt zu einem Zusammenrücken der Menschheit. Unter dem Stichwort Globalisierung können alle Prozesse verstanden werden, die dazu führen, dass die Welt zu einem gigantischen Netzwerk wird. Die Welt ist flach und alles ist mit allem verbunden. Was einst getrennt war, ist heute miteinander verbunden. Sinnbildlich ist auch hier das Internet. Es wird als Superhirn aufgefasst, das als Meta-Hirn der Menschheit die nächste Stufe unserer Evolution einläutet.

2 Alles passiert im Netzwerk

Wenn das Individuum ein Netzwerk wird, verändert sich seine Betrachtung durch die Wissenschaft. Eine Optik, die einzig das einzelne Individuum zum Untersuchungsobjekt machen will, läuft in die Leere. Sie verpasst die Realität. Sie ignoriert die Zusammenhänge. Sie reduziert durch die Missachtung der Vernetzung die Komplexität in zu hohem Maße. Die Veränderung der Betrachtung betrifft zunächst die Wissenschaften, die sich der Erforschung des einzelnen Menschen widmen. Diese müssen in der Entwicklung und Untersuchung ihrer Fragestellung berücksichtigen, dass es keine isolierten Einzelmenschen gibt. Individuum und Netzwerk wirken gegenseitig auf sich ein. Anfang und Ende der Untersuchung verlieren sich. Ursache und Wirkung können nicht mehr identifiziert werden, weil alle Variablen im Netzwerk gegenseitig miteinander verbunden sind.

Aber das Untersuchungsobjekt verändert sich auch in allen anderen Wissenschaften. Nicht nur der Mensch ist Teil eines Netzwerkes. Die Metapher gilt auf einer höheren Abstraktionsebene auch für Gemeinschaften, Gesellschaften und Orte. Alles differenziert sich zuerst aus, um dann in Beziehung miteinander treten zu können. Dieselbe Verdichtung der Untersuchungsobjekte kennen die Naturwissenschaften. Die Möglichkeiten, die Natur zu messen, steigern sich. Jährlich lassen sich mehr Daten produzieren, die immer mehr miteinander in Relation gesetzt werden können. Immer besser lässt sich zeigen, welchen Einfluss die Veränderung einer Variablen auf alle anderen Variablen hat. Alles ist mit allem verbunden und beeinflusst sich gegenseitig.

Wenn alles mit allem verbunden ist, dann fallen die Grenzen zwischen den Disziplinen. Versucht man Probleme nur aus einer Perspektive zu analysieren, so verliert man gleichzeitig alle andere und vor allem das Ganze aus den Augen. Die Disziplinen gesellen sich zusammen, um mit unterschiedlichem Vokabular, unterschiedlichen Perspektiven und unterschiedlichen Methoden ein umfassenderes Bild zu produzieren. Es stellt sich die Frage, ob eine isolierende Wissenschaft 1.0 von einer integrierenden Wissenschaft 2.0 abgelöst wird.

Diese Wissenschaft wäre statt durch Disziplinen durch zu untersuchende und zu lösende Probleme strukturiert. Sie strebte nach Nachvollziehbarkeit statt Reproduzierbarkeit, nach Zugang statt Eigentum. Sie wäre statt Text Hypertext.

3 Die Ergebnisse bilden ein Netzwerk

Die Metapher des Netzwerks trifft auch auf die Ergebnisse zu. Dies ist im Falle von qualitativen Daten schon länger klar. Hier lassen sich einzelne Erkenntnisse nicht vom Rest trennen. Alle Ergebnisse sind assoziativ mit dem Rest verbunden. Die Daten spannen gemäß *Grounded Theory* ein Netz von Eigenschaften auf. Diese wiederum lassen sich in Kategorien ordnen, welche die Bausteine der zu generierenden Theorie bilden. Die Zusammenhänge werden in *Mind Maps* visualisiert, die in der Unübersichtlichkeit Einfachheit suggerieren. Es entstehen Netzwerke, welche die Untersuchungsobjekte durch möglichst geringe Reduktion der Komplexität versuchen zu reproduzieren.

Dieselbe Abstraktionsleistung lässt sich durch die Modellierung von quantitativen Daten vollziehen. Zahlen reduzieren den Zusammenhang so radikal wie möglich. Hinter den Zahlen stecken lebendige Zusammenhänge, die entdeckt und verstanden werden müssen. Im Internet wimmelt es an Hinweisen, wie sich umfangreiche Datensätze als Netzwerke graphisch darstellen lassen. Das Muster ist indes immer dasselbe. Die Datensätze müssen als Knoten und Kanten formuliert werden. Durch mathematische und graphische Spielereien werden Datensätze produziert, die sich zur Interpretation besser eignen als unübersichtliche Korrelationsmatrizen.

An dieser Stelle gilt es auf die erste Interpretation der Metapher am Anfang des Artikels zu verweisen. Der Mensch wurde als ein Individuum beschrieben, das seine Netzwerke zur Herstellung von Identität selbständig und selbstbestimmt wählt. Diese Annahme beeinflusst die Qualität der Datennetzwerke. Die Selbstbestimmung passt zu einer konstruktivistischen Erkenntnistheorie, in welcher der Mensch sein Wissen aktiv zur Lösung von Problemen konstruiert. Wissenschaftliche Erkenntnisnetzwerke sind deshalb nur schwer mit der Annahme von objektiven Ergebnissen vereinbar. Die Konstruktion, die graphische Umsetzung wie auch die damit verbundenen Spielereien und Interpretationen sind subjektiv.

4 Wir kommunizieren durch Netzwerke

Sowohl die primäre als auch die sekundäre Wissenschaftskommunikation gehorcht den Spielregeln des Netzwerkes. Die Kommunikation im Netzwerk führt zu einer Integration der menschlichen Ausdrucksformen. Text reiht sich an Bild und Ton. Das Zusammenführen ist durch räumliche und zeitliche Unabhängigkeit gekennzeichnet. Es entsteht eine hohe Unmittelbarkeit. Die daraus resultierende Tempoverschärfung lässt sich positiv und negativ deuten. Die Schnelligkeit ist die Grundlage, um vollumfängliche Transparenz der Erkenntnisse zu schaffen und diese in unmittelbaren Feedbackschleifen ständigen Verbesserungen zu unterwerfen. Umgekehrt verleitet die Tempoverschärfung zu unüberlegten Äußerun-

gen und leichtfertigen Urteilen. Der unaufhörliche Aufenthalt im Netz dürfte sich für viele Mitglieder des wissenschaftlichen Systems negativ auf ihre Gesundheit auswirken. Es fällt zunehmend schwer, sich physisch und psychisch vom Netz loszureißen. Man ist im Netzwerk gefangen.

Das Netz ist zum wichtigsten Treffpunkt der wissenschaftlichen Gemeinschaft geworden. Dies dürfte primär daran liegen, dass das Netz zu einer fast perfekten Transparenz der wissenschaftlichen Ergebnisse führt. Alle wissenschaftlichen Journale haben einen virtuellen Hafen. Diese Häfen sind durch Metahäfen miteinander verbunden. In gigantischen Datenbanken und Verzeichnissen lässt sich mit unterschiedlichsten Kriterien nach Quellen suchen. Durch die Hyperlink-Technologie ist buchstäblich alles mit allem verbunden. Die Transparenz ist deshalb nur fast perfekt. Sie führt zu neuen Unübersichtlichkeiten. Es ist unmöglich geworden, sich einen Überblick über alle Erkenntnisse in einer Forschungsfrage zu schaffen. Zu groß ist die Fülle an Erkenntnissen, die über den gesamten Globus verteilt, in unterschiedlichen Gemeinschaften mit unterschiedlichen Methoden produziert werden.

Die Wissenschaft steht im Netz nicht isoliert da. Die einzelnen Forschungsgemeinschaften kollaborieren mit der Praxis, mit *Thinktanks*, mit Künstlern und dem Staat. Gemeinsam ist man mächtiger, einflussreicher, schlagkräftiger, effizienter, gescheiter. Gemeinsam kann auf mehr Ressourcen zugegriffen werden. Man teilt Geld, Zugänge, Zeit und Wissen. Man teilt nicht nur, man erarbeitet und verbreitet auch gemeinsam. Die gewonnenen Erkenntnisse werden in Artikeln verarbeitet, die nicht zwangsläufig an ein wissenschaftlich interessiertes Publikum gerichtet sind. Vielmehr geht es darum, einmal gewonnene Erkenntnisse in möglichst vielen Medien durchzudeklinieren und Wissen zu *branden*. *The winner takes it all*. Man will Themen besetzen und als Marke auftreten. Diese sind, wie könnte es anders sein, bestens miteinander verbunden.

5 Wissenschaft und Öffentlichkeit sind Teil desselben Netzwerks

Wissenschaft und Öffentlichkeit können nicht voneinander getrennt werden. Sie sind im Gegenteil eng miteinander verknüpft. Beides sind Megaknoten, die durch Menschen, Orte und Erkenntnisse vielfältig verkantet sind. Das Verhältnis ist ein Netzwerk. Ansprüche, Fragestellungen, Untersuchungsobjekte, Forschungsergebnisse bilden ein unübersichtliches Netz. Gemeinsam definiert man Probleme und versucht diese zu lösen. Die Vernetzung wird offensichtlich im Internet. Aber das Internet ist keine losgelöste Welt. Es ist vielmehr das Abbild der real existierenden Welt. Wenn etwas im Internet miteinander verbunden ist, dann ist es auch in der Realität miteinander verknüpft. Hinter den *Links*, hinter der Wissenschaft, hinter der Öffentlichkeit stehen immer Menschen aus Fleisch und Blut. Diese sind auf der Suche nach Identität, auf der Suche nach Glück und sich selber.

Die Vernetzung der Wissenschaft in sich und mit der Öffentlichkeit ist gewiss nicht neu. Wissenschaftler waren immer darum bemüht, eine Gemeinschaft zu bilden. Literaturverzeichnisse und Quellenangaben sind seit Beginn Charakteristika des wissenschaftlichen

Arbeitens. Die Vermittlung des wissenschaftlichen Arbeitens diene dazu, eine Grenze zwischen der Wissenschaft und dem Außenbereich zu ziehen. Die Gemeinschaft wollte Erkenntnisse immer in Relation setzen, gemeinsam hinterfragen und dadurch weiterentwickeln. Neu ist, dass die Grenzen zur Außenwelt wieder brüchig werden. Neu ist das Tempo der Vernetzung. Zum Zentrum führen immer mehr Kanten. Die Logik des Netzwerkes besagt, dass zusätzliche Verknüpfungen immer einfacher und deshalb schneller zustande kommen. Der Grad und die Geschwindigkeit der Vernetzung nehmen exponentiell zu.

Es stellt sich abschließend die Frage nach den Konsequenzen der Metapher. Wenn man Teil desselben Netzwerkes ist, gibt es keine ungleichen Machtverhältnisse mehr. Eine Wissenschaft, die *Top Down* alles vorgibt, gehört dann der Vergangenheit an. Es gibt keine Belehrung und Beherrschung durch die Wissenden mehr. Gewiss lassen sich Wissensvorsprünge und daraus resultierende Nutzen eine Zeit lang aufrecht erhalten. Aber die vollumfängliche Transparenz garantiert, dass die Erkenntnisse im Netz verbreitet, kritisiert und angepasst werden. Am Horizont wird eine Wissenschaft erkennbar, die offen für Außenseiter wird. Es wird eine Wissenschaft erkennbar, welche keine Grenzen mehr zur Öffentlichkeit zieht und diese nicht nur als Publikum, sondern als aktive Mitglieder und Mitwisser wahrnimmt. Es ist eine Wissenschaft, die gleichzeitig der Gewinnung von Erkenntnissen als auch der Gewinnung von Einsichten in die Eigenarten des forschenden Wissenschaftlers dient. Die Wissenschaft ist dann eine Form des Selbstausdrucks und der Welterforschung unter vielen.

Literatur

- Friedmann, Thomas L. 2006: Die Welt ist flach. Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main.
- Dries, Christian 2008. Wissen 2.0: Wie das Internet die Wissenschaft verändert. Scheidewege, 37, 347–361
- Feierabend, Paul 1984: Wissenschaft als Kunst. Frankfurt am Main.
- Glaserfeld, Ernst von 1997: Radikaler Konstruktivismus. Frankfurt am Main.
- Gross, Peter 1994: Multioptionengesellschaft. Frankfurt am Main.
- Maier, Michael 2008: Die ersten Tage der Zukunft. Wie wir mit dem Internet unser Denken verändern und die Welt retten können. München und Zürich.
- Simmel, Georg 1890: Über sociale Differenzierung. Leipzig
- Waldrop, Mitchell M. 2008: Science 2.0 - Is Open Access Science the Future? American Scientist.

Gerhard Fröhlich ■

Die Kontrolle der Wissenschaftskommunikation. Peer Review-Praktiken auf dem Prüfstand¹

Die wichtigsten Funktionen wissenschaftlicher Journale sind nicht mit der Förderung der Wissenschaftskommunikation, sondern mit ihrer Kontrolle verbunden. Hardliner unter Verlegern, Herausgebern, Evaluatoren behaupten: Referierte Journalaufsätze seien die einzige für die Bewertung wissenschaftlicher Leistungen relevante Literatursorte, und die einzig legitime Quelle bei Erstellung von Lehrbüchern. Die Garantie für die Qualitätskontrolle wissenschaftlicher Journale sei das „Peer-Review-System“.

Doch ein einheitliches Prüfsystem gibt es nicht. Zu unterschiedlich sind die Prozeduren. Bei *seriellen* Verfahren ziehen die Journalherausgeber zu Beginn einen einzigen Gutachter bei. Stimmt dieser zu, wird das Manuskript gedruckt. Lehnt er ab, wird ein weiterer Gutachter beauftragt. Bei *parallelen* Verfahren konsultieren die Herausgeber von Beginn an zwei bis vier Gutachter zugleich. Diskrepante Voten führen meist zur Abweisung des Manuskripts, ansonsten zur Rücksendung zwecks Überarbeitung – dabei gilt die Faustregel: je mehr Gutachter, umso eher Diskrepanzen und Ablehnungen.

Variieren kann der Grad bewusster Informationsvorenthaltung zwischen den Beteiligten. Beim am häufigsten praktizierten Einfachblindverfahren wissen die Einreicher nicht, wer sie begutachtet. Bei Doppelblindverfahren wird auch den Gutachtern die Identität der Autorinnen vorzuenthalten versucht. Bei Dreifachblindverfahren sollte auch den Herausgebern die Identität der Autoren verborgen bleiben. Bei der „Zeitschrift für Soziologie“ sollen so auch Manuskripte von Starautoren abgelehnt worden sein – als zu unverständlich und inhaltsleer.

1 Abweisungsraten als Prestigeschmuck wissenschaftlicher Journale

Ein verbreiteter Mythos besagt: Je höher die Abweisungsrate, umso strenger sei das Journal, desto höhere wissenschaftliche Qualität hätten Journal wie Einzelbeitrag. Viele Journale der Psychologie oder Ökonomie verweisen stolz auf Abweisungsraten um 80 Prozent – Prestigeschmuck in der Konkurrenz um Inserenten, Abonnenten, Zitierende, Autoren. Doch Abweisungsraten unterscheiden sich nach Disziplinen: Die Physik hat niedrige (um 25 Pro-

zent), die Philosophie die höchsten (um 90 Prozent). Beweist dies allen Ernstes die niedrige wissenschaftliche Qualität physikalischer Aufsätze?

Des Rätsels Lösung: In Disziplinen mit niedrigen Abweisungsrate ist das Verhältnis von Angebot (Zahl der Manuskripte) und Nachfrage (Seitenzahl je Jahrgang) je Journal günstig. Ein alleinig beauftragter Gutachter soll daher Aufsätze zum Druck vorschlagen. In Disziplinen mit hohen Abweisungsrate mit vielen Einreichungen aber wenig Platz je Journal sollen mehrere zugleich eingesetzte Gutachter Argumente für die Ablehnung von Manuskripten liefern. Die Folge: Diskrepanzen und Beitragszurückweisung.

Abweisungsrate hängen also von banalen Faktoren ab. Physikjournale haben Jahrgänge mit bis zu 10 000 Seiten, philosophische bescheidene von 200. Darum werden in Fächern mit hohen Abweisungsrate nachweislich Aufsätze so lange eingereicht, bis sie akzeptiert werden. Oder sie werden zu Buchkapiteln verarbeitet, die oft beste Resonanz finden (Shepherd 1995). Würden wir philosophische oder psychologische Journale jeweils zu virtuellen Gesamtjournalen zusammenfassen, wären ihre Abweisungsrate niedriger als in der Physik.

Auch bei Top-Journalen kam es öfters zu krassen Fehlentscheidungen, wie Ablehnung von hinterher mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Arbeiten (ebd.). Etliche Journale setzten nach solchen Fehlurteilen das Peer Review über viele Jahre aus.

2 Dysfunktionen des Gutachterwesens im Konnex wissenschaftlichen Fehlverhaltens

Von vernachlässigbar wenigen Ausnahmen abgesehen deckten Gutachter keine Fälle schweren wissenschaftlichen Fehlverhaltens auf. Aufmerksame Leser oder (meist anonyme) Insider wiesen auf plumpe Manipulationen hin. Auch bei den neueren Betrugsaffären aus Physik, Biologie und Medizin passierten gefälschte Publikationen die Kontrollprozeduren renommiertester Wissenschaftsjournale. Als hilfreich erwies sich hingegen investigativer Journalismus, der Insider-Tipps nachging (vgl. Fröhlich 2003a, b).

Ein anderer Vorwurf wiegt noch schwerer. Gutachter würden gar nicht so selten ihre privilegierte Position missbrauchen: Sie könnten Manuskripte ablehnen oder ihre Veröffentlichung durch umfangreiche Änderungsaufgaben verzögern, die Grundideen inzwischen selbst nutzen oder befreundeten Wissenschaftler überlassen (zu einschlägigen Skandalen vgl. Fröhlich 2006b). Zudem ist selbst bei besten Vorsätzen kaum zu vermeiden, dass sich Gutachter vom Ideenfundus der Einreichenden anregen lassen. Kryptamnesien (unbewusste Plagiate) sind bei gefragten Multifunktionären gang und gäbe: Nach Vergessen der Quelle erfahren sie Erinnerung als eigene neue Idee.

Noch schlimmer sind allerdings Interessenkonflikte der Gutachter: Sie haben oft beste und lukrative Beziehungen mit der Industrie, und da kommt es vor, dass vertraulichste Materialien (= die zu begutachtenden Manuskripte) auf den Schreibtisch von Konzernchefs bzw. -juristern landen (vgl. z. B. Vastag 2008).

3 Peer-Review-Forschung nach Forschungsdesigns

Auch zahlreiche empirische Befunde nähren kritische Zweifel an den Peer-Review-Praktiken:

1. In „*experimentellen*“ *Peer-Review-Studien* werden in Manuskripte Fehler eingebaut (z. B. von Baxt et al. 1998), bei Konstanzhaltung sonstiger Manuskriptteile die Forschungsergebnisse variiert oder Verfasseramen verändert, um Referee-Vorurteile herauszufiltern.

Peters und Ceci (1982) hatten zwölf psychologischen Top-Journalen je einen Aufsatz entnommen. Nach Änderung der Verfasseramen und ihrer Institutionen und kosmetischen Änderungen bei Titeln, Abstracts, Einleitungen reichten sie die Manuskripte bei jeweils denselben Zeitschriften erneut ein. Nur drei von zwölf Wiedereinreichungen wurden enttarnt. Nur drei von 38 (!) Herausgebern bzw. Referees erkannten die in ihren Journalen vor durchschnittlich etwas über zwei Jahren bereits publizierten Aufsätze wieder.

Die übrigen erneut eingereichten Aufsätze wurden der üblichen Prozedur ausgesetzt. Ein Beitrag wurde angenommen, 8 der 9 bereits publizierten Beiträge wurden aufgrund negativer Gutachten abgelehnt. Dies könnte mit dem niedrigen Status der unbekannteren Schein-Autoren und ihrer Schein-Institutionen zusammenhängen (weitere Beispiele in Fröhlich 2002).

2. *Rekonstruktionen bzw. Replikationen von Begutachtungen* zeigen: Persönliche Einstellungen wie Eigenschaften der Gutachter, Geschlecht der Antragsteller oder Sprache der Einreichungen scheinen bei der Beurteilung oft so ausschlaggebend zu sein wie die inhaltlichen Eigenschaften der eingereichten Manuskripte selbst. Je jünger die Gutachter, desto strenger ihr Urteil (Nylenna 1994); Autoren mit englischer Muttersprache werden bevorzugt (Batty 2003; Herrera 1999).

Gutachterurteilen mangelt es vielfach an Übereinstimmung. Cicchetti (1997) attestiert Peer-Review-Prozessen geringe Reliabilität: Oft müssten Herausgeber Entscheidungen auf Basis widersprechender Voten treffen. Verteidiger des Peer Review deuten hingegen Korrelationen von 0,2 bis 0,3 (Lindsey 1991) als hoch und als Beleg für paradigmatische Vielfalt des jeweiligen Refereepools. Sie implizieren allerdings damit das Fehlen paradigmatenübergreifender wissenschaftlicher Qualitätskriterien.

3. *Wissenschaftler bezweifeln in Befragungen* Rationalität, Effizienz, Objektivität und Innovationsfreudigkeit erfahrener Gutachter- und Herausgeberentscheidungen (z. B. Armstrong 1997). Peer Review würde eingereichte Manuskripte nicht unbedingt verbessern: So seien die von Topjournalen der Ökonomie nach fünf bis sieben (!) Jahren mehrfacher Überarbeitung und Wartezeit veröffentlichten Papiere steril, von jeder innovativen Idee gereinigt (Azar 2004, 2005; Frey 2004).

Die Kritik Betroffener können wir auf die Kurzformel bringen: Das (den Gutachtern) Bekannte werde gefördert, das weniger Bekannte behindert. Eingefahrene Themen, Modelle und Theorien hätten gute Chancen, da den Gutachtern in der Regel zumindest bekannt. Bei innovativen Ansätzen steige das Risiko von Abwertung und Ablehnung aufgrund der Un-

kenntnis der Gutachter. Einreichenden werde vielfach der Text der Gutachten vorenthalten, sie könnten daher nicht einmal Fehler und Irrtümer der Gutachter richtig stellen.

4 Ausgewählte Reformvorschläge

Die geschilderten Probleme des Refereesystems lassen eine Reform dringend angeraten erscheinen. Die folgenden, stichwortartig vorgestellten Vorschläge könnten als Elemente einer solchen Reform dienen:

1. Transparenz der Herausgeberpraxis. Vielfach werden angebliche Gutachterurteile bloß als Ausrede vorgeschoben.
2. Beschleunigung der Kommunikation zwischen Autoren, Redaktionen, Referees via Internet.
3. Zufällige Zuteilung der Gutachter, d. h. systematische Ausschöpfung des gesamten Gutachterpools.
4. Dreifachblindbegutachtung: auch Herausgebern sollte die Identität der Autoren vorenthalten werden.
5. Mitteilung sämtlicher Gutachten und Stellungnahmen in voller Länge und Berufungsrecht der Einreicher. Richtigstellung eindeutiger Fehler und Missverständnisse der Gutachter als Standard.
6. Nach erfolgreich absolviertem Verfahren Offenlegung aller Äußerungen auf einem Server, damit die gesamte „scientific community“ davon profitieren kann.
7. Anrechnung der Gutachterttexte als Publikationen, ein Motivationsschub für die bislang im Verborgenen Wirkenden.
8. Systematische Förderung von Herausgeber- und Gutachterkompetenzen. Die kritischen Befunde der Peer-Review-Forschung sollten zu Reformen führen. Schulungen in professioneller Datenbanknutzung und informationswissenschaftlichen Methoden.
9. Abkehr von der veralteten Papierform der Publikationen und deren völlige Umstellung auf digitalisierte Kommunikation. Freier Zugriff für Datenbanken, Suchmaschinen und Prüfprogramme („Open Access“, vgl. Fröhlich 2009b).

Anmerkungen

- 1 Überarbeiteter und gekürzter Auszug aus: Gerhard Fröhlich (2008): Wissenschaftskommunikation und ihre Dysfunktionen: Wissenschaftsjournale, Peer Review, Impact Faktoren, in: Holger Hettwer et al. (Hg.): WissensWelten. Gütersloh: Verlag der Bertelsmann Stiftung, 64-80 (Mit freundlicher Genehmigung des Verlags). Die Beiträge Fröhlich 2003b, 2006a,b sowie 2009b stehen auch open access im Netz zur Verfügung.

Literatur (stark gekürzt)

- Armstrong, J. Scott 1997: Peer Review for Journals: Evidence on Quality Control, Fairness, and Innovation. *Science and Engineering Ethics* 3(1). 63-84.
- Azar, Ofer H. 2004: Rejections and the Importance of First Response Times. <<http://ideas.repec.org/p/wpa/wuwpgt/0309002.html>> (Download 08.03.2007).
- Azar, Ofer H. 2005: The Academic Review Process: How Can We Make it More Efficient? <<http://ideas.repec.org/p/wpa/wuwpgt/0502069.html>> (Download 08.03.2007).
- Batty, Michael 2003: The geography of scientific citation. *Environment and Planning A* 35. 761-764.
- Baxt, William G. et al. 1998: Who reviews the reviewers? Feasibility of using a fictitious manuscript to evaluate peer reviewer performance. *Annals of emergency medicine* 32(3/1). 310-317.
- Cicchetti, Domenic V. 1997: Referees, Editors, and Publication Practices: Improving the Reliability and Usefulness of the Peer Review System. *Science and Engineering Ethics* 3(1). 51-62.
- Frey, Bruno S. 2004: Publizieren als Prostitution? *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 5(3). 333-336.
- Fröhlich, Gerhard 2002: Anonyme Kritik. Peer Review auf dem Prüfstand der empirisch-theoretischen Wissenschaftsforschung. In: *Drehscheibe E-Mitteuropa*. Hg. v. Eveline Pipp. Wien. 129-146. <<http://eprints.rclis.org/8499/>>
- Fröhlich, Gerhard 2003a: Wie rein ist die Wissenschaft? Fälschung und Betrug im rauen Wissenschaftsalltag. In: *echt_falsch. Will die Welt betrogen sein?* Hg. v. Hannes Ettlendorfer, Willibald Katzinger und Wolfgang Winkler. Wien. 72-93.
- Fröhlich, Gerhard 2003b: Visuelles in der wissenschaftlichen Kommunikation – z. B. Betrug und Fälschung. *S-European Journal for Semiotic Studies* 15(2-4). 627-655. <<http://eprints.rclis.org/11693/>>
- Fröhlich, Gerhard 2006a: 'Informed Peer Review' – Ausgleich der Fehler und Verzerrungen? In: *Von der Qualitätssicherung der Lehre zur Qualitätsentwicklung als Prinzip der Hochschulsteuerung*. Hg. v. d. Hochschulrektorenkonferenz. Bonn. 193-204. <<http://eprints.rclis.org/8493/>>
- Fröhlich, Gerhard 2006b: Plagiate und unethische Autorenschaften. *Information: Wissenschaft & Praxis* 57(2). 81- 89. <<http://eprints.rclis.org/6014/>>
- Fröhlich, Gerhard 2008: Wissenschaftskommunikation und ihre Dysfunktionen: Wissenschaftsjournale, Peer Review, Impact Faktoren. In: *WissensWelten*. Hg. v. Holger Hettwer et al. Gütersloh. 64-80.
- Fröhlich, Gerhard 2009a: Wissenschaft. (In: *Bourdieu Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Hg. v. Gerhard Fröhlich und Boike Rehbein. Stuttgart. 327-337.

- Fröhlich, Gerhard 2009b: Die Wissenschaftstheorie fordert Open Access. *Information: Wissenschaft und Praxis* 60(5). 254-258. <<http://www.b-i-t-online.de/pdf/IWP2009-5.pdf>> , 7-12
- Herrera, Antonio J. 1999: Language bias discredits the peer-review system. *Nature* 397 (6719). 467.
- Lindsey, Duncan 1991: Precision in the Manuscript Review Process: Hagens and Herting Revisited. *Scientometrics* 22(2). 313-325.
- Nylenna, Magne 1994: Multiple Blinded Reviews of the Same Two Manuscripts: Effects of Referee Characteristics and Publication Language. *Journal of the American Medical Association* 272(2). 149-151.
- Peters, Douglas P. und Stephen J. Ceci 1982: Peer review practices of psychological journals: The fate of published articles, submitted again. *Behavioral and Brain Science* 5. 187-195.
- Shepherd, George B. (Hg.) 1995: *Rejected. Leading Economists Ponder the Publication Process*. Sun Lakes, Arizona.
- Vastag, Brian 2008: Reviewer leaked Avandia study to drug firm. GlaxoSmithKline told early of diabetes blockbuster's links to heart attacks. *Nature* 451. 509.

Andreas W. Daum ■

Bringing the Actors back in. Historical Perspectives on Scholarship and its many Publics

I Challenges and Chances

Discussions about the relationship between scholarship – including the sciences, social sciences, and humanities – and the public tend to operate with person-less categories. We talk about the production and spread of knowledge, webs of information, networks of media, streams of publications, and the like. Even when we try to understand the dynamics that link these phenomena to one another, we tend to use abstract, ideal-type categories. Terms such as “communication”, “the public”, and “popular science” exemplify this tendency.

The term *Öffentlichkeit* in particular has enjoyed enormous popularity ever since Jürgen Habermas elevated it to the status of an explanatory category depicting the rise of modern society in his seminal study on the *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (1962, English translation 1989). In fact, speaking of *Öffentlichkeit* as such demonstrates the dilemmas addressed in my essay. The German version is in itself an abbreviation of complicated social phenomena, which include the birth of civil society, the rise of bourgeois as well as educated strata (with both often linked to one another), the spread of books and journals, the establishment of conversational spaces such as salons, etc. *Öffentlichkeit* thus merges often diverging connotations. By creating composite nouns such as *Fachöffentlichkeit* (meaning the public sphere serving a more specialized and scholarly environment) or using complementary adjectives such as *breite Öffentlichkeit* (meaning a broader public sphere extending beyond the circles of experts), we continue the tendency mentioned above: We leave out the *personae dramatis* – or, at least, do not identify explicitly human agency. The same effect can be seen in the various English connotations embedded in the German term *Öffentlichkeit*. They include, but are not limited to, the concrete geographical and social spaces in which public knowledge is being presented (e.g., lecture halls), the discursive spaces of critical reasoning, and the actual audience or addressees of public information.

The puzzling dominance of person-less categories poses a challenge and obscures issues of individual and collective agency. Still, the latter are essential to understand the

relationship between scholarship, science, and society: Who produces what public knowledge? And to what end? When and why do individuals and groups embrace ideas of turning knowledge into a public good? Who knits which webs of information for what purpose?

Attempting to respond to these questions means connecting fundamental issues from fields as diverse as science studies, history, and geography. Potential answers might help to

- understand that neither “scholarship” (or *Wissenschaft* more generally) nor “the public” are entities with clear demarcations. Instead, both overlap and communicate with one another in multiple ways: scholarship always generates publicity, and the public absorbs ideas generated by scholarship in myriads of ways;
- realize that any effort to create publicity for knowledge is grounded in social, cultural or other interests and pursues specific goals. Interests, intentions, and goals point to the reasons why a given society in a given period facilitates (or not), intensifies or impedes the communication between scholarship and the public;
- discern with more clarity the trajectories of today’s much-discussed knowledge society. Moreover, we can better comprehend the latter as the result of historical processes that have mobilized and transformed public knowledge (Daum 2009). This mobilization has been as a key factor in the fundamental processes of modernization that most of the world’s societies have experienced since the nineteenth century.

II Historical Perspectives

When social history and the history of science began to meet a generation ago, scholars such as Steven Shapin, Arnold Thackray, and Lewis Pyenson pointed out that biographical and prosopographical approaches to the study of scientific and lay communities offer valuable tools to charter the social dimension of knowledge. Pyenson’s plea to ask “who the guys were” that constituted and organized public knowledge – without focusing exclusively on elite scientists – is worth being recalled today. Pyenson took the explorations into the ‘low’ literary culture of the French Enlightenment by the historian Robert Darnton as a successful example. He argued that we gain considerable insights into the popular culture of a given historical period by looking more closely at the “pathetic figures”, “ordinary scientist[s]”, and “legions of popularizers” (Pyenson 1977, 179).

This impulse turned out to be especially productive when historians began to discover the origins and rapid rise of what we call today popular science. Over the course of the nineteenth century, popular science activities flourished in Germany, Great Britain, the United States and France (Béguet 1990; Gates and Shteir 1997; Daum 2002; Lightman 2007). These and other countries witnessed three closely interrelated processes. First, scholarship became a professional and increasingly specialized endeavor; it became institutionalized at universities and other institutions devoted to a research imperative. Second, more and more individuals and institutions began to create publicity for modern science –

be it through popular journals and books, exhibitions and museums, or public lectures. Third, due to improvements in education and the rise of the literacy rate, a growing number of people gained access to knowledge. Thanks to the spread of democratic ideas, these people now also made claims for participating in knowledge.

Based on the interaction of these and others factors, popular science generated an infrastructure of media and communicative strategies that allowed an increasing number of people to consume knowledge as a public good. Academic scholarship as well as knowledge produced by non-scholars created a public marketplace in which the supply, demand, and the very contents of knowledge were constantly being redefined, negotiated, and transformed (Fyfe and Lightman 2007). These were not anonymous, actor-less processes. Instead, they were driven by individuals who were often connected with one another. An actor-centered approach can bring human agency back into this story. More specifically, it can capture the social reality, interests and leading ideas of brokers of public knowledge. These factors cast new light on the dynamics of *Öffentlichkeit* and the interactions between scholarship and its many publics. A closer look at science popularizers also adds new angles to the discussion of how the relationship between lay and expert cultures, amateur and professional science, has developed over time.

III Nineteenth-Century Germany as an Example

The German case undoubtedly has its particularities. Prior to the founding of the German empire in 1871, many German states had already established efficient educational and school systems; they, too, had established the modern research university, which became a model world wide. Later, the German *Reich* remained unsurpassed when it came to the productivity of the print market. However, the German case – and more specifically: the role brokers of public knowledge played in Germany – exemplifies three tendencies that can be found in many other countries.

(a) Social profile: In nineteenth-century Germany, individuals from all social strata entered the public marketplace of knowledge with the explicit goal of popularizing scholarship, overwhelmingly men, but also a few women. The heterogeneity of this large pool of individuals demonstrates that the idea of making scholarship accessible to multiple audiences captured the attention of diverse social groups. This idea was thus anything but the prerogative of a handful of “public scientists” (Frank M. Turner 1993, 202) still known today: individuals such as the chemist Justus Liebig, the pathologist Rudolf Virchow, or the physicist Hermann von Helmholtz. For sure, these prestigious scientists used their prominent standing in academia to argue publicly for the universal value of scientific research – both out of conviction and as part of their efforts to lobby for more fiscal resources for scientific research and to cement the role of universities as knowledge producers.

Yet, the public scientists were by far outnumbered by an ever-growing pool of science popularizers who were not tenured professors (which in Germany also meant enjoying the

benefits of being treated as a civil servant) and depended on honoraria for public lectures or book publications. Individual motivations differed greatly. Some democratically minded naturalists sought to popularize science because they were barred from state institutions after the revolution of 1848 and saw science as the only rational model of society. Others looked for an alternative for an academic career that did not seem to be promising or had failed, for whatever reasons. Many were driven by the honest desire and a considerable idealism to work toward a broad, science-based people's education. These individuals did not remain marginal in the overall picture. Some rose to fame and occupied prominent places in the columns of family magazines, the borrowing lists of public libraries, in public observatories and the programs of educational institutions. Examples include the zoologist Alfred Brehm and the fin-de-siècle cult author Wilhelm Bölsche, both still known today.

(b) Ideological background: Among prominent book authors devoted to making science popular, among contributors to popular science journals, and among lecturers in associations devoted to spreading *Bildung* (education carried by a moral imperative to perfect the individual) there was no ideological coherence either. We find Protestants and Catholics, freethinkers and Jesuits, Darwinists (after 1859) and ardent non-Darwinists, philosophical materialists as well as promoters of idealistic and Christian conceptions of nature. Making science public was never the self-declared goal of one ideological group only.

The case of biology is indicative: The zoologist Ernst Haeckel, who taught at the university of Jena, became particularly prominent in public life due to his aggressive – and rather idiosyncratic – promotion of Darwin. He positioned himself against all established religions and churches; some of his popular books were printed in tens of thousands of copies. But his stance was not necessarily representative. At the end of the nineteenth century, the idea of evolution was embraced by scientists and popularizers with very different ideological and cultural backgrounds. The spectrum reached from atheists and agnostics to the Jesuit Erich Wasmann (not surprisingly one of Haeckel's arch enemies), from Social Democrats to conservatives. The age of mass media was on its way, and appropriating science for one's own political and ideological beliefs became common practice.

(c) Communication as a profession and a vocation: In Germany, as elsewhere, there were no formal education, certification, or other modern attributes of professionalization available for those who sought to promote the conversation between scholarship and the public. In fact, immersing too extensively into the market for popular science was often – though not always – seen negatively among academic scientists. Still, doing so became a business. At times, the actors struggled to make their living in this business, at other times they became economically successful. The public at large developed a desire for consuming readable books and magazines. Some of those individuals who catered to this desire outside secure positions in academia could, indeed, find a prominent place in nineteenth-century society. Their existence defies the conventional dichotomy between amateur and professional spheres.

Self-declared popularizers of knowledge were not simply torn between the status of amateurs and that of professional scientists. They were driven by what they perceived as their vocation to contribute to a society that increasingly cherished education and broadened access to knowledge. The popularizers had their own ethos. They aimed at defining the standards of useful, truthful, and appealing forms of science presentation that would allow a broad societal conversation about the results and methods of modern scholarship. Professional popularizers thus had a keen interest in demarcating their “profession” as a distinct and honorable social and intellectual activity.

Already in 1858, the former professor and now science journalist Emil Adolf Roßmäßler spoke of a distinct class of “people’s scientists” who turned science into a “common good” in order to earn the “gratitude of the people” (Roßmäßler 1858). Consequently, science journalists, popular lecturers and authors of books geared toward non-academic audiences worked hard to create social networks and a legitimacy of their own. They did so through collaborative publishing projects, lecture series, and many informal connections (Kockerbeck 1999). Last, but not least, many science popularizers also began to invent their own tradition by continuing and updating older publication projects by deceased colleagues and reminding their readers that efforts to make scholarship public stretched back to the late eighteenth century.

IV Toward Today’s Knowledge Society

What can we learn from a historically informed perspective – and especially from an actor-centered approach – about how scholarship and so many publics interact?

The case of nineteenth-century Germany demonstrates the active role that individuals and circles of popularizers have played in creating new genres of knowledge that were meant to be accessible to large audiences. Acknowledging their agency allows us to move beyond conventional stereotypes, such as those about public scientists dominating popular images of science and the lack of a qualification for science communication. Already during this century, numerous brokers of knowledge turned the latter into a public commodity, a vocation carried by a distinct ethos, and a business without being professionalized like others. Against this background, we can identify more clearly the trends toward professionalizing and institutionalizing science communication, such as through the training of science journalists, that have led to full-blown university programs and professional organizations today (Daum 2008).

Moreover, a historical view that acknowledges human agency shows that professional scholarship and popular knowledge have not simply moved away from one another over the course of the last centuries. They have not just turned into almost hostile camps, articulating themselves through separate spokespersons, using dramatically different forms of language, satisfying very different needs in society, and thus serving different clienteles. The agents of public knowledge also profited from the research imperative of

their time. They, too, were located in the center of a society that seems, at first glance, to have marginalized them through the rise of the modern university. Both scholarship and public knowledge were ultimately nourished by the development of modern societies toward science-based policies and knowledge-based decisions, be it in the field of state program and standards of economic efficiency or when it came to education and the promotion of public health.

Finally, all these developments identify today's knowledge society – flooded by scientific commissions for any given problem and by new forms of educational entertainment, and be it through 'science nights' and science centers – as the continuation as well as reconfiguration of tendencies grounded in the nineteenth century (Szöllösi-Janze 2004). Seen in a longer perspective, the current desire to reflect on the relationship between scholarship and the public prolongs in interesting ways much older debates. This is anything but a repetition. But today's public scientists and science managers such as Hubert Markl and Reimar Lüst (*Der Wissenschaftsmacher* 2008) are no less aware than their historical predecessors of the central, yet precarious public role science plays in our societies. A century after Ernst Haeckel's attempts to popularize Darwin, they have lived in an age in which prominent evolutionary biologists have again entered the public stage; just take the late Stephen J. Gould and Richard Dawkins (still around, and very much so) who have left a noticeable imprint on public debates.

Today's reflections on the relationship between scholarship, knowledge, and the public is even more impacted by science journalists (now more and more professionalized) and popularizers outside universities, be it on the Internet or in the visual and print media. Looking closely at their interests might help to understand that there is not – as there has never been – one *Öffentlichkeit* alone. Some observers may lament that today's knowledge society faces a confusing variety of ways to define and promote knowledge in public – and thus to claim authority for this knowledge. Accepting this challenge might be wiser, though, than dismissing it. And historical reflection, too, might be useful in coping with this challenge.

Literature

- Béguet, Bruno (ed.) 1990: *La science pour tous. Sur la vulgarization scientifique en France de 1850 à 1914*. Paris.
- Daum, Andreas W. 2002: *Wissenschaftspopularisierung im 19. Jahrhundert. Bürgerliche Kultur, naturwissenschaftliche Bildung und die deutsche Öffentlichkeit, 1848-1914*. 2nd. ed., Munich.
- Daum, Andreas W. 2008: 'Geschichte des Wissenschaftsjournalismus'. In: Holger Hettwer, Markus Lehmkuhl, and Holger Wormer (eds.), *WissensWelten: Wissenschaftsjournalismus in Theorie und Praxis*. Gütersloh, 133-153.

- Daum, Andreas W. 2009: 'Varieties of Popular Science and the Transformations of Public Knowledge: Some Historical Reflections', *Isis*, 100 (June 2009), 319-332.
- Fyfe, Aileen and Bernard Lightman (eds.) 2007: *Science in the Marketplace. Nineteenth-Century Sites and Experiences*. Chicago.
- Gates, Barbara T. Gates and Ann B. Shteir (eds.) 1997: *Natural Eloquence: Women Reinscribe Science*. Madison, Wisc.
- Habermas, Jürgen (1989/1962): *The Structural Transformation of the Public Sphere: An Inquiry into a Category of Bourgeois Society*. Translated by Thomas Burger with the assistance of Frederick Lawrence. Cambridge, Mass.
- Kockerbeck, Christoph (ed.) 1999: *Carl Vogt, Jacob Moleschott, Ludwig Büchner, Ernst Haeckel. Briefwechsel*. Marburg.
- Lightman, Bernard 2007: *Victorian Popularizers of Science. Designing Nature for New Audiences*. Chicago.
- Lüst, Reimar 2008: *Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte*. Munich.
- Pyenson, Lewis 1977: "'Who the Guys Were". Prosopography in the History of Science', *History of Science*, 15, 155-188.
- Roßmäßler, Emil Adolf 1858: 'Otto Ule', *Die Gartenlaube*, 6, 664-665.
- Shapin, Steven and Arnold Thackray 1974: 'Prosopography as a Research Tool in History of Science. The British Scientific Community 1700-1900', *History of Science*, 12, 1-28.
- Szöllösi-Janze, Margit 2004: 'Wissensgesellschaft in Deutschland. Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse', *Geschichte und Gesellschaft* 30, 275-311.
- Turner, Frank M. Turner 1993: *Contesting Cultural Authority. Essays in Victorian Intellectual Life*. New York.

Peter Meusbürger ■

Zur selektiven Verbreitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen

Einführung in die Problemstellung

Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre wurde ich als Nachwuchswissenschaftler von erfahrenen Institutsdirektoren noch gewarnt: „Wissenschaftler, die häufig in der lokalen Presse erscheinen, gelten als unseriös“. In die Medien drängten sich damals nur Wissenschaftler, „die es nötig hatten“, weil sie vielleicht innerhalb des eigenen Faches zu wenig Anerkennung bekamen und die mangelnde wissenschaftliche Akzeptanz durch öffentliche Aufmerksamkeit kompensieren mussten. Spätestens Ende der 1980er Jahre hat sich der Wind gedreht. Nun hat der Druck, Drittmittel einzuwerben, die Berufschancen der eigenen Absolventen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen sowie der Geographie und dem eigenen Institut in der Öffentlichkeit ein positives Image zu verleihen, dazu geführt, dass auch Geographen lernen mussten, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und die Forschungsinhalte der Geographie breiten Bevölkerungskreisen bekannt zu machen. Nun wurde die Aussage des amerikanischen Philosophen Ralph Waldo Emerson zum Leitbild: „Es ist ein Beweis hoher Bildung, die größten Dinge auf die einfachste Art zu sagen“. Viele von uns haben an Medientrainings teilgenommen und dabei all die Tricks gelernt, wie man ein Interview vorbereitet, wie man sich während eines Interviews verhält, wie man auf Überraschungen während eines Interviews reagiert, welche Unterschiede es zwischen Radio- und Fernsehinterview gibt, wie man die Neugier und das Interesse eines Journalisten weckt, wie man einen Presstext vorbereitet und es auch schafft, dass dieser von Journalisten verwendet wird.

Trotz all dieser Bemühungen wird die Kommunikation zwischen Wissenschaftlern und Medien von beiden Seiten immer noch als unbefriedigend empfunden. Wissenschaftlern wird von den Medien immer noch vorgeworfen, dass sie nicht in der Lage seien, komplexe Sachverhalte in knapper Form verständlich darzustellen. Wissenschaftler haben immer noch den Eindruck, dass viele Journalisten und Redakteure nicht die Zeit und die Vorkenntnisse haben, die notwendig wären, um auch eine einfache Thematik sachgerecht darstellen zu können. Der Druck, hohe Auflagen erzielen zu müssen, veranlasst Zeitungsredaktionen immer noch zu reißerischen Formulierungen, die für den betreffenden Wissenschaftler peinlich sind und zu süffisanten Kommentaren seiner Kollegen führen. All dies ist bekannt und

wird sich auch in absehbare Zeit nicht wesentlich ändern. Können wir wirklich erwarten, dass die Kommunikation zwischen Wissenschaftlern und Medien in einer wünschenswerten Weise funktioniert, so lange es sogar zwischen solchen Wissenschaftlern gravierende Kommunikationsprobleme gibt, die an ähnlichen Fragestellungen arbeiten? Ein gutes Beispiel wären etwa die Themen „Generierung und Diffusion von Wissen“ oder „kreative Milieus“, über die ein gutes Dutzend von Geistes-, Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften arbeiten. Wir sollten uns mehr mit der Frage beschäftigen, wie solche Kommunikationsdefizite innerhalb und zwischen wissenschaftlichen Disziplinen zu erklären sind. Verwenden wir vielleicht ein überholtes und zu naives Kommunikationsmodell? Oder tragen auch bestimmte Fachkulturen zu solchen Defiziten bei? Auf diese Fragen versuche ich auf den nächsten Seiten eine Antwort zu geben.

Welche Einflussfaktoren können die Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse beeinträchtigen, verzögern oder scheitern lassen?

Über die Kommunikation verschiedener Arten von Wissen von A nach B habe ich bereits anderswo publiziert (Meusburger 2008, 2009). Ich habe darauf hingewiesen, dass die Verbreitung verschiedener Wissensarten und Wissensinhalte nicht nur von den Kompetenzen des Produzenten oder Vermittlers von Wissen oder dem Wert der Nachricht, sondern in viel stärkerem Maße vom Vorwissen, den analytischen Fähigkeiten und dem Orientierungswissen der potentiellen Empfänger abhängt. Für die Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse muss dieses allgemeine Modell etwas modifiziert werden. Denn bei der Kommunikation von wissenschaftlichen Erkenntnissen zwischen Wissenschaftlern stehen andere Kriterien im Vordergrund als bei einem allgemeinen Kommunikationsmodell, das auch die Existenz von Analphabeten, Zensur, die bewusste Geheimhaltung von Informationen oder eine beträchtliche Asymmetrie von kognitiven Fähigkeiten zwischen Experten und Laien voraussetzen muss. Das vorliegende Modell geht also von veröffentlichten bzw. allgemein zugänglichen wissenschaftlichen Publikationen aus, die wertvolle neue wissenschaftliche Erkenntnisse beinhalten. Es konzentriert sich deshalb weniger auf die Autoren, sondern auf die Leser bzw. potentiellen Empfänger der veröffentlichten Information. Bei jedem der folgenden Schritte eines Kommunikationsprozesses kann es zu einem Verlust, einer Veränderung oder Ablehnung von Informationen kommen.

1) Die erste Frage lautet, in welchem Code (Fachsprache, Fremdsprache, Formeln, etc.) Informationen mitgeteilt werden. Ist der betreffende Code weit verbreitet und leicht zu verstehen oder wird er nur von wenigen beherrscht? Kann der Code mit geringem Aufwand gelernt werden oder ist ein hoher Zeit- und Kostenaufwand (z. B. langjähriges Studium) notwendig, um ihn zu verstehen? Die Fähigkeit, einen Code zu lesen, bedeutet noch lange nicht, dass man rechtzeitig an wichtige Informationen herankommt. Bei der zunehmenden Informationsüberflutung hat die (manipulierbare) Selektivität der Wahrnehmung eine zunehmende Bedeutung.

2) Deshalb lautet die zweite Frage, von welcher Plattform aus Informationen bekannt gegeben bzw. wissenschaftliche Ergebnisse publiziert werden? Verschiedene Plattformen (Tageszeitungen, TV-Talkshows, internationale Zeitschriften, Bücher, digitale Medien) weisen eine unterschiedliche Impulsstärke, Sichtbarkeit und wissenschaftliche Reputation auf; sie genießen eine unterschiedliche Unterstützung durch die Inhaber von Macht und haben eine unterschiedliche Reichweite. Die Wirkung von mächtigen Plattformen kann jedoch sehr ambivalent sein. Die *Gatekeeper*, welche den Zugang zu diesen Plattformen steuern oder die Auswahl der Beiträge beeinflussen, sind nicht die unfehlbaren, objektiven Experten, die das Wichtige, Kreative oder Zukunftsträchtige vom Unbedeutenden und Trivialen immer unterscheiden können. Sie müssen auch die Quoten, die mögliche Anzahl interessierter Leser und diverse Machtkonstellationen im Auge behalten. Dies gilt nicht nur für die Massenmedien, sondern mit Einschränkungen sogar für wissenschaftliche Zeitschriften. Wer sich als Wissenschaftler bemüht, an der Forschungsfront seines Themenbereichs zu bleiben, wird gut beraten sein, sich nicht auf die so genannten guten Zeitschriften zu verlassen. Denn bis diese ein innovatives oder kontroverses Thema aufnehmen, können Jahre vergehen. Die Ergebnisse der ersten zwei bis drei Phasen eines kreativen Prozesses, in denen neue Ideen erst langsam entwickelt werden und noch nicht bis ins Detail ausgearbeitet, getestet und begründet sind und deshalb auch anfälliger für Kritik sind, sind aber für jene, die sich an der Forschungsfront bewegen wollen, viel interessanter als stromlinienförmig zurecht gestutzte Aufsätze, die genau die Kriterien der Herausgeber erfüllen, aber eigentlich nur Erkenntnisse anbieten, die man vor drei Jahren schon in informellen *Working Papers* nachlesen konnte. Sogar Nobelpreisträger aus den Naturwissenschaften (u. a. Blobel) haben ihre bahnbrechenden Erkenntnisse, die ihnen später den Nobelpreis eingebracht haben, anfangs nicht in einer so genannten „guten“ Zeitschrift publiziert, weil sie genau gewusst haben, dass die potentiellen Gutachter noch nicht so weit waren, ihr Konzept zu verstehen und zu akzeptieren.

3) Wenn eine Information beim potentiellen Leser angekommen ist, gibt es auf seiner Seite mindestens zwei „Filter“ (= Metapher für diverse kognitive Prozesse), die den Kommunikationsprozess entscheidend beeinflussen. Der erste Filter betrifft das so genannte *fachliche* oder analytische Vorwissen, das notwendig ist, um die Bedeutung einer Information zu verstehen. Das analytische Vorwissen oder Vorverständnis hat einen Einfluss darauf, ob der Empfänger eine Information wahrnimmt, versteht, deren Bedeutung und Tragweite richtig einzuschätzen vermag und sie in seinen Wissensbestand integrieren kann. Dieses Vorwissen ist nicht einfach ad hoc von einem Akteur zum anderen transferierbar, sondern sein Erwerb kann unter Umständen jahrelange Lernprozesse erfordern (z. B. Hochschulstudium oder jahrelange Forschungen) und sehr kostenintensiv sein. Ein fehlendes Vorwissen erschwert nicht nur die Kommunikation zwischen Experten und Laien, sondern die Wissenschaftsgeschichte kennt zahlreiche Beispiele, dass selbst berühmte Naturwissenschaftler nicht über das Vorwissen verfügten, um neue Theorien ihrer Fachkollegen zu verstehen. So musste Max Planck rund elf Jahre warten, bis seine Theorie

von den anderen Physikern verstanden und akzeptiert wurde, und auch Einstein wurde von anderen Physikern lange Zeit nicht verstanden. Wenn eine Information verstanden wird, heißt dies noch lange nicht, dass sie akzeptiert und in den eigenen Wissensbestand integriert wird. Denn bevor sie akzeptiert wird, muss sie auch noch den Filter des Orientierungswissens passieren.

4) Unter Orientierungswissen werden meistens religiöse und ideologische Überzeugungen, nationale Mythen, politische Legenden, lokale Überlieferungen, kollektive Identitäten, kulturelle Traditionen oder Vorurteile verstanden, also Aspekte, die in der Wissenschaft eigentlich keine Rolle spielen sollten. Dennoch ist Orientierungswissen auch in der Wissenschaft allgegenwärtig, da es zum Teil auch im Rahmen des wissenschaftlichen Sozialisationsprozesses vermittelt wird. In vielen Disziplinen oder wissenschaftlichen Schulen gibt es Annahmen oder Prämissen, die nicht hinterfragt werden. Generationen von Ökonomen gingen von der „Weltsicht“ aus, dass der Mensch rational handelt oder dass kodifiziertes Wissen ein öffentliches Gut sei, das sich in der räumlichen Dimension schnell verbreitet. Der Filter des Orientierungswissens entscheidet darüber, ob eine neue Information mit der Weltanschauung und dem Selbstverständnis des Empfängers vereinbar ist oder emotional abgelehnt wird. Je mehr eine Information oder eine wissenschaftliche Erkenntnis das fachliche Selbstverständnis des Zentrum eines Faches verunsichert oder lieb gewordene Gedankengebäude ins Wanken bringt, umso geringer ist deren Chance, den Filter des Orientierungswissens zu durchdringen.

Wenn neue Ideen und Konzepte die in einer Disziplin dominierenden theoretischen Ansätze und Methoden in Frage stellen oder verdeutlichen, dass die führenden Fachvertreter viele Jahre lang wichtige Aspekte übersehen haben, stoßen sie in der Regel auf Widerstand. Dieser Widerstand ist jedoch je nach Struktur und Selbstverständnis eines Faches unterschiedlich stark. Wenn sich Disziplinen oder theoretische Ansätze in der Theoriediskussion über einen längeren Zeitraum gegenüber anderen Disziplinen in der Defensive befinden, tendieren sie dazu, sich abzuschotten, sich auf ihren Kern zu konzentrieren, innerhalb des Faches größtmögliche Homogenität hinsichtlich des Fachverständnisses zu erreichen, kreative Außenseiter an den Rand zu drängen und formale Kriterien zu erfinden, welche angeblich die Qualität wissenschaftlicher Arbeit beschreiben können. Diese Abschottungstendenz kann zwar nicht auf Dauer aufrecht erhalten werden (auch die Neoklassik befindet sich heute innerhalb der Ökonomie auf schnellem Rückzug), aber sie kann innovative Prozesse verzögern, die Diskussion von Forschungskonzepten über Disziplinengrenzen hinweg einschränken und damit kreative Prozesse behindern. Ihnen stehen andere Disziplinen gegenüber, die in sich fragmentiert sind, sich intern nicht einig sind, was die Kernkonzepte des Faches sind, keine starken *Gatekeeper* haben, welche das Publikationswesen steuern können, offen für Theoriekonzepte aus Nachbardisziplinen sind und gerne im Überschneidungsbereich mit Nachbardisziplinen forschen (Ambrose, 2006).

Diese „Filter“ stehen natürlich in einer gegenseitigen Wechselbeziehung; ihr Zusammenwirken entscheidet, wie Informationen von Menschen bewusst oder unbewusst verar-

beitet werden, welche Assoziationen Informationen auslösen bzw. wie die Akteure in welchen Quellen nach Informationen suchen. Bei einzelnen Personen sind die definitorischen Grenzen zwischen wissenschaftlichem Wissen und Orientierungswissen nicht einfach zu ziehen; die Möglichkeit einer klaren Unterscheidung mag von einigen Vertretern der *Science Studies* oder von radikalen Konstruktivisten sogar geleugnet werden. Auf der Ebene von Organisationen ist jedoch eine klare Trennung möglich. Experten des analytischen Wissens haben andere Aufgaben, sie benötigen eine andere Ausbildung und andere Qualifikationen als Experten des Orientierungswissens. Unbestritten ist jedoch, dass Orientierungswissen die Wahrnehmung, Aufnahme und Verarbeitung von Informationen beeinflussen, das Beurteilungsvermögen manipulieren und kognitiv dissonante Informationen zensieren kann, indem es die Aufnahmefähigkeit für Gegeninformation beeinträchtigt und die Fähigkeit zur Selbstkritik, Problemlösung und Fehleranalyse verringert, was die dynamische Evolution einer wissenschaftlichen Disziplin nicht gerade fördert.

Literatur

- Ambrose, Don 2006. Large-scale contextual influences on creativity: Evolving academic disciplines and global value systems. In: *Creativity Research Journal*, 18, 75–85.
- Meusburger, Peter 2008: The nexus between knowledge and space. In: Peter Meusburger ., Michael Welker und Edgar Wunder (Eds.): *Clashes of Knowledge. Orthodoxies and heterodoxies in science and religion*. Knowledge and Space vol. 1, Dordrecht: Springer, 35-90.
- Meusburger, Peter 2009: Spatial mobility of knowledge: A proposal for a more realistic communication model. In: *disP*, 177/2, 29-39.

Georg Stauth ■

Wissenschaft – Medium – Politik. Ein Erfahrungsbericht zur ‘Sociology of Islam Discussion List’

Die ‘Sociology of Islam Discussion List’ (im Folgenden SIDL)¹ kam auf meinen Bildschirm kurz nach einer Sommer-Akademie zum Thema „Islam and Modernity“ am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen im Juli 2006. Ich war daher der Meinung, dass die ‘List’ aus dem Web-Link hervorging, der dort von einigen teilnehmenden Post-Graduierten initiiert wurde. Allerdings ist auch denkbar, dass die eingetragenen E-Mail-Adressen der Teilnehmer, also auch meine, in einen in den USA bereits bestehenden Link eingespeist wurden; denn die aktiven Initiatoren kamen aus den USA. Als Bezugspunkt kommt sicher auch das „Yearbook of Sociology of Islam“ in Frage (Bd. 1-8, 1998-2008, gemeinsam mit Helmut Buchholt, Thomas Bierschenk, Armando Salvatore, u. a.: Münster: Lit-Verlag; Bielefeld, transcript Verlag; New Brunswick: Transaction Publishers). Wenn ich allerdings rekapituliere, wer sich von den Teilnehmern der Essener Sommer-Akademie über das SIDL zu Wort gemeldet hat, kann ich insgesamt nicht mehr als drei, maximal eine Handvoll, einschließlich der damaligen Dozenten, ausmachen. Dennoch, das Unternehmen fand in kurzer Zeit schon eine große Verbreitung. Nach einem SIDL Archiv-Auszug hatte das Netzwerk schon 2007 595 Subskribenten aus 32 Ländern, davon 396 aus den USA, 43 aus Malaysia, 40 aus der Türkei, 23 aus Großbritannien, 13 aus Deutschland; die arabisch-islamischen Kernländer sind entweder gar nicht, oder, wie Marokko oder die Vereinigten Emirate, nur mit einem, Iran mit zwei und Israel mit drei Teilnehmern vertreten.

Es war erstaunlich, dass über diesen Link zunächst wirklich ein intensiver Austausch über wissenschaftliche Themen und Formen des Arbeitens, des Zugangs zu laufenden Forschungsvorhaben und zur Orientierung und Gestaltung von Studienkursen zu Stande kam.² Es würde den Rahmen dieses kurzen Erfahrungsberichts eines passiven Teilnehmers sprengen, auch nur zu versuchen, dies alles auszuwerten. Ich beschränke mich daher auf einen Überblick und auf wenige, mir wichtig erscheinende Hinweise. So kann dieser Beitrag also nur als Aufforderung an Soziologen und Islamwissenschaftler, Ethnologen und Geographen verstanden werden, sich einmal einer gezielten und methodisch fundierten Analyse der SIDL anzunehmen. Der vorliegende, persönlich gehaltene Erfahrungsbericht verfolgt denn auch das Ziel, erst einmal zur systematischen Evaluation anzuregen.

Als ich die unaufgefordert eintreffenden E-Mails auf meinem Bildschirm sah, war mein erster Eindruck, dass hier eine Generation junger Wissenschaftler sich neue Formen des akademischen Networkings aneignet und in neue Felder des akademischen Diskurses über Islam und Gesellschaft vorzudringen beabsichtigt. Dies weckte mein Interesse und ich blieb in der Liste. Was ist daraus geworden?

Es erreicht mich heute täglich mindestens eine E-Mail über die SIDL, meist aber sind es zwei bis drei, manchmal aber bis zu zehn Beiträge. Das Spektrum reicht von kurzen persönlich gehaltenen Anfragen bis zu offiziellen Ankündigungen von Forschungsinstituten und öffentlichen Einrichtungen. So wird etwa gefragt: Kann mir jemand sagen, wie ich mich bestens in welchem Buch zum Thema Soundso informiere? Wie könnte ich meinen „Sociology of Islam“-Kurs gestalten? Es kommt durchaus vor, dass – wie im Fall der letzten Frage etwa – auch prominente amerikanische Soziologen, wie Said Arjomand, mit Ernst und Sorgfalt antworten. (Die Reihe der Fragen könnte beliebig erweitert werden, auch die der Antworten.) Die Liste der obligatorischen „Call for Papers“, der Vortrags- und Tagungsankündigungen ist unerschöpflich. Regelmäßig erscheint das Rumi-Center in Washington mit Veranstaltungen, aber auch auf deutsche Konferenzen, sofern sie international ausgerichtet sind, wird hingewiesen. Auf Neuerscheinungen von Aufsätzen und Büchern wird aufmerksam gemacht. Presse-Beiträge und Auftritte wichtiger Protagonisten werden eingespielt. Die Hinweise auf Stellenausschreibungen füllen Seiten. Am interessantesten sind Wortmeldungen zu einzelnen Kurzanfragen; Belehrungen sind unausweichlich. Von allgemeinerem Interesse sind Antworten, die Lektüre- und Themenpräferenzen der jungen, aber auch der älteren Wissenschaftler anzeigen. Es ist zu vermerken, dass gestandene und international bekannte Islamwissenschaftler und Soziologen nur selten eingreifen oder Literaturhinweise zu speziellen Fragen liefern. Dies sind die unter Networking anzusetzenden Formen des Austausches, die mittels SIDL zu beobachten sind. Es erübrigt sich fast, hier mitzuteilen, dass es unmöglich ist, alles zu lesen, wenn man noch überhaupt selbst zum arbeiten kommen will.

Themen

Man kann die Richtung der thematischen Orientierung der meisten fachlich bestimmten Anfragen mit einem Beispiel erläutern. Kürzlich fragte ein pakistanischer PhD-Fellow vom ‘Institute of Social Studies’ in Den Haag nach Hilfe bei einem Begriffsproblem. Er studierte die beiden pakistanischen Bewegungen das Jamaat-e-Islami und den Ghamadi-Zirkel in Pakistan unter dem Gesichtspunkt der Soziologie sozialer Bewegungen. Nun wollte er wissen, ob und wie Talal Asads Begriff der „diskursiven Tradition“ sich in diesen soziologischen Ansatz einbauen bzw. mit ihm vereinbaren lässt. Man mag nun zu Asads modischen Begriffsbildungen und der Frage, ob sich die beiden Gruppen in Pakistan überhaupt mit der Soziologie der sozialen Bewegung in Einklang bringen lassen (ein altes, seit der ‘Islamischen Revolution’ im Iran viel diskutiertes Problem), stehen wie man will, ohne Zweifel aber sind die

begrifflichen Nöte des Fragenden produktiv und anregend. Und wie sich schon in den ersten Reaktionen auf diese Anfrage zeigte, kann sich hier eine – nicht nur für den PhD-Fellow – hilfreiche veröffentlichte Debatte entwickeln. Auf Bruce Lincolns „Holy Terror. Thinking about Religion After Sept. 11“ wird hingewiesen, der Asad-kritisch auch auf Ritual und Gemeinschaft als unverzichtbare analytische Komponenten rekurriert. Dann werden aber zugleich auch wieder zwei Lincoln-kritische Aufsätze angemerkt. (Und ich glaube mich zu erinnern, dass zum Zeitpunkt des Erscheinens des Buches von Lincoln schon mehrere kritische und gegen-kritische Beiträge über die SIDL verbreitet wurden.)

Ähnlich aufschlussreich ist eine lange Debatte über Sinn und Unsinn des Begriffs „Muslim World“, der aus dem herkömmlichen, jetzt von Frankreich aus wiederbelebten Interesse für die Regional-Studien überkommen ist. Hier fragt man sich, ob der Begriff, der noch kolonial- bzw. regionalpolitisch gebunden scheint, heute, nachdem sich in den USA, in Großbritannien und auf dem europäischen Festland, weitgehend durch Migration, große muslimische Bevölkerungsgruppen herausgebildet haben, noch geographisch sachbezogen verwendet werden kann. Wie sehr Ideologiekritik dann auch leicht selbst in Begriffs-Monopolisierung und Ideologie-Erneuerung münden kann, zeigt die im Zusammenhang mit dieser Sach-Diskussion aufgeworfene Frage nach der kolonialen bzw. paternalistischen Prägung des Begriffs „Muslim World“ und die Forderung, dass man ihn abschaffen oder ersetzen müsse. Selbstkritisch nachzutragen ist, dass ich über die SIDL erst etwas von der spezifischen Sparte der Soziologie des Islams erfahren habe, die sich ‘Conversion-Studies’ nennt.

Ein sehr intensiv geführter Austausch ist der über den ‘Schleier’, die Rolle der Frau und über die Anerkennung des Anderen. Er findet gewissermaßen in Schüben statt. Auf diesen Feldern wird immer wieder versucht, den eigentlichen Zusammenhang von Islam und Demokratie zu entschlüsseln; die Diskussionen vor allem der jungen Teilnehmer sind dabei außerordentlich empathisch und engagiert. In Deutschland wie in Amerika hat sich hier ein unendlicher Forschungs- und Diskussionsbedarf entwickelt. Auch im Rahmen der SIDL wird deutlich, dass es sich hierbei um ein kaum noch überschaubares Feld von abgeschlossenen und geplanten Vorhaben und Publikationen handelt. Ich unterlasse es deshalb auf Beispiele einzugehen. Der Trend, die einzelnen Problemfälle in Unterscheidungen von „islamisch-korrekt“ und „demokratisch-korrekt“ abzuhandeln, ist unverkennbar. Auch kaum zu übersehen ist, dass „islamische“ und „westliche“ Begriffe meist in den herkömmlichen semantischen Bindungen gefangen bleiben. Es ist nicht verwunderlich, dass die Begriffe dann meist in Form nicht aufhebbarer gegensätzlicher Bestimmungen erscheinen. Bei Auseinandersetzungen dieser Art scheint gerade das Medium Internet einen Rahmen zu setzen, der die Verbindung von „Wissenschaft“ und „Öffentlichkeit“ ausschließlich auf das Beharren auf den „korrekten“ Positionen hin ausrichtet. Es wäre falsch, dies nur unter den Gesichtspunkt der bloßen neuen Bedeutung der Religion zu stellen. „Wissenschaft“, auf die „Öffentlichkeit“ der säkularen Ideologien bezogen, wirkte und wirkt sicher nicht weniger apodiktisch. (Ein großes, immer wieder auftretendes Thema ist: Was ist Toleranz?) Ich kann

mich an wenige, allerdings interessante Beispiele erinnern, wo gewissermaßen unter Anwendung der direkten Rede Positionen wirklich ausgetauscht werden – so kürzlich im Zusammenhang mit der Iran-Krise, als zwei Teilnehmer sich über „Demokratie“ und das Verhältnis USA/Iran auch unter Bezug auf ihre persönlichen Schicksale und Erfahrungen (innere/äußere Migration) miteinander austauschten. Das sind außergewöhnliche, sehr anregende Momente, die einem die SIDL ermöglicht.

Für Geographen könnte es eine Herausforderung sein, diesbezügliche Diskurse und Diskursformen einmal unter dem Gesichtspunkt der regionalen Ausdifferenzierung zu betrachten. Ganz offensichtlich liegen die Dinge im süd- und südostasiatischen Raum anders als im transatlantischen. Ich habe den Eindruck, dass die zielgerichtete, meist universitär eingebundene Betrachtung religiös-islamischer Phänomene im Rahmen der Debatten, wie sie an tertiären Bildungseinrichtungen in den USA, aber auch in Holland und Dänemark, geführt werden, dem Begriff der „post-säkularen Gesellschaft“ – wie jüngst propagiert – nur Hohn sprechen können. Alles Forschen und Reden über den Islam – wie letztlich über Religion im Ganzen – bleibt in höchst säkulare Diskurse und Theoreme eingebunden.

Dagegen sind die Beiträge aus Indien und Pakistan meist stark historisch-islamisch orientiert oder darauf abgestellt, inner-islamische Sichten in einen globalisierten Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung zu stellen. Auch hier überwiegt das säkulare Interesse, wenn es auch vorgibt, von innen heraus, gewissermaßen inner-islamisch zu denken, progressiv oder reaktiv gegen-westlich. In Malaysia zeigt sich, wie sehr die Diskurse gespalten sind; hier gibt es, vom „progressiven Islam“ eines Hussein Alatas beeinflusst, Stimmen wie diejenige von Chandra Muzaffar (Penang), der das analytische Rüstzeug hat, gewissermaßen „islamische“ Positionen in einer Matrix westlicher Begriffe zu denken und zu vertreten. Sonst aber hört man von den Reden und Sitzungen mit religiösen Führern (majlis), von Stellungnahmen über Geschichte und Bedeutung einzelner lokaler religiöser Führer und ihrer Madrassen und von Strömungen im Sufismus und ihren Deutungen. Erstaunlich ist, dass solche Zeugnisse aus den Lokalsprachen, wie etwa dem Urdu, ins Englische übersetzt präsentiert werden.

Politik

Der sensitive, politische Charakter einer solchen Discussion List tritt naturgemäß am deutlichsten hervor, wenn die Dauerkrisen der Region sich auf Weltkrisen hin zu aktualisieren drohen. Der Gaza-Krieg und die Iran-Krise sind die beiden herausragendsten Beispiele der jüngsten Zeit. Aufrufe zu Petitionen, Berichte vom unmittelbaren Leiden der Menschen vor Ort, Lageeinschätzungen und Stellungnahmen aus der internationalen Presse, und Features von politischen Charakteren, das sind die zentralen Mechanismen, unter denen sich ein, wie es manchmal scheint, nur mühsam aufrechter wissenschaftlicher Diskurs in eine hoch lebendige politische Öffentlichkeit zu transformieren droht, eine tägliche Flut von Mails, die auch ein interessierter Leser nicht bewältigen kann. Neben der Flut mehr oder

minder bekannter, sich wiederholender westlicher Apologien und islamistischer, in Konspirationstheorien verhafteter Attacken, sind zwei in die Liste eingespielte Presse-Artikel bemerkenswert, auf die ich kurz eingehen will: Avi Shlaim zu Gaza und Criss Hedges zum Iran.³

Mit einer E-Mail vom 9. Januar 2009 wird ein am 7. Januar unter dem Titel „How Israel brought Gaza to the brink of humanitarian crisis“ in der Zeitung *The Guardian* erschiener Aufsatz über die Liste verteilt.⁴ Der Autor Avi Shlaim ist Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Oxford und Fellow am St. Antony's College. In einer scharfen und brillanten Analyse legt Shlaim dar, warum er den Gaza-Krieg vom Ende des Jahres 2008 für eine logische Folge der Form der Staatsgründung Israels im Mai 1948 hält. Ohne auf den kritischen Aufruf führender jüdischer Intellektueller, u. a. von Hannah Arendt und Albert Einstein, zur Staatsgründung, der sich ja wie eine Vorwegnahme der späteren Kriegsgeschichte liest, einzugehen, liefert Shlaim eine historische Analyse, wie aus dem Gründungskontext die selbst-gerechte Kriegs- und Militär-Orientierung der israelischen Führungsschicht entstanden ist. Minutiös schildert er das Ungleichgewicht der Kräfte und die blinde Bitterkeit militärischer Macht und militärischen Machtdenkens sowie die inhumanen Konsequenzen einer auf beiden Seiten und sich gegenseitig bedingenden, institutionalisierten Kriegspolitik, wie immer ungleichgewichtet sie auch war und ist. Shlaims Aufsatz mündet in ein einziges Plädoyer für eine Ablösung der israelischen Macht-Clique und gegen das von ihr vorgegebene Denken, das nur militärische Macht und Krieg noch als Mittel der Konfliktlösung kennt. Man mag in Deutschland in die gleiche Richtung gehende Stimmen während des Gaza-Kriegs gehört haben, das Interessante aber sind Shlaims ins Detail gehende Ausführungen und die unbestechliche Art der daraus gezogenen Einsichten: Es bedarf eines grundlegenden Wechsels der persönlichen Führung und des politischen Denkens in Israel, wenn es zu einem Frieden in international gesicherten Grenzen und zu einer zivilen Gesellschaft kommen soll.

Ein kürzerer, gleichermaßen scharf argumentierender Artikel von Chris Hedges, lange Zeit Harvard Fellow für Middle Eastern Affairs und sieben Jahre Leiter des New York Times Middle East Office, erschien unter dem Titel „Iran had a democracy before we took it away“ in der amerikanischen Zeitschrift *Truthdig* am 22. Juni 2009 und wurde am 27. Juni von dem Politologie-Professor Taj Hashimi vom Asian-Pacific Center for Security Studies (APSS) der Hawaii Universität in Honolulu über die Liste verbreitet. Ähnlich wie Shlaim verfolgt auch Hedges die Linie, dass es die lange Geschichte intervenierender Präsenz militärischer Macht ist, hier die der USA im Vorderen Orient, die die lokalen Unterdrückungs- und Militärregime in der Region am Leben erhält oder gar erst – wie im Falle Irans – hervorruft. Er erinnert den amerikanischen Präsidenten Obama nach seiner Kairo-Rede daran, dass es nicht der Iran war, der einen Staatsstreich in den USA orchestriert oder gar Nachbarn wie den Irak zum Krieg (gegen den Iran) bewegt und bewaffnet habe, gewissermaßen um aus dem Nahen Osten ‘unsere private Tankstelle’ zu machen. Zugleich hebt er den Mut der iranischen Opposition und Mir Hossein Mousavis hervor, auf Neuauszählung der Stimmen

oder Neuwahlen zu insistieren. Das sei eine demokratische Macht der Iraner, die die Amerikaner und Al Gore nach der Durchsetzung Bushs bei der Wahl von 2000 vermissen ließen. Es ist hier eine starke neue Stimme aus den USA zu hören. Die Statuten der Nach-Nürnberg-Zeit seien ernst zu nehmen und die Angriffskriege in der Region als Kriegsverbrechen zu brandmarken. Hedges' Argumentieren für eine Entmilitarisierung der US-Außenpolitik kommt zu spät, so muss man heute sagen. In der Tat scheint ein Angriff auf den Iran eine israelische Option nach altem Muster, die jetzt wieder nach der Niederschlagung der iranischen Opposition ins Spiel gebracht wird – so der Tenor einer am 08.07.2009 über SIDL verbreiteten, aus Indien stammenden Nachricht über Saudi-Arabiens Zustimmung zu einem Angriff auf iranische Atomanlagen, ohne Bezug auf die beiden hier zitierten Aufsätzen zu nehmen.

Hier ist noch wenig von Wissenschaftskommunikation zu spüren, obwohl es sich bei den Autoren um Wissenschaftler handelt. Man gewinnt den Eindruck, dass sich unter dem Druck der Zeit ein Interessenwandel der über die SIDL verbreiteten Beiträge vollzogen hat. Das ursprünglich im Rahmen wissenschaftlichen Austausches und mit allen klassischen Initiativen des akademischen Networking arbeitende SIDL scheint sich im Verlauf der beiden letzten großen Krisen zu einem Werkzeug der Umsetzung politischer Ambitionen und Themen gewandelt zu haben.

Das Kommunikationsmedium, hier das Internet, setzt seine eigenen, weitgehend vom Drang nach Öffentlichkeit diktierten Regeln, und gleichermaßen überwiegt das öffentlich gegebene und hervorgerufene politische Interesse. Mag auch das Proklamieren von „post-säkularer Gesellschaft“, wie es für einen Teil der Nachrichten aus Indien, Bangladesh, Pakistan und Malaysia typisch ist, seine Abnehmer finden, die Mehrzahl der Interventionen aber sind, ganz im Sinne klassischer Mechanismen der Säkularisierung, aufklärendem wissenschaftlichen und politischen Interesse geschuldet. Dass Letzteres in dieser Zeit der Weltkrisen gerade auch in bezug auf die „Muslim World“ im Spiegel dieses Mediums des Internets neu erwacht, gibt zu denken, ebenso auch, dass es Stimmen gibt, die offensichtlich kritisch sind und bar der ideologischen Verbrämung bleiben.

Wenn in einem wichtigen Teil der deutschen Öffentlichkeit heute, subtil und vielfältig, eine neue Kriegseinstellung sichtbar wird (und Teile der Islamwissenschaft und Soziologie hier gezielt oder aus Unwissenheit mitwirken), so erinnern die Stimmen aus Oxford und New York daran, dass die neue deutsche „Kriegs-Correctness“ – man erlaube mir das Unwort als Metapher –, die sich unter dem Deckmantel der anti-atomaren, friedlich-braven aber gefolgstreuen Provinz eine 'neu-deutsche' Form zu geben scheint, solch klare Stimmen vermissen lässt, die Angriffskriege bei dem Wort nennen, das sie gerade vor dem Hintergrund der deutschen Erfahrung und in Nürnberg gewonnen haben. Bei all meinen Bedenken gegen das Medium Internet und die zunehmende Politisierung, ohne die SIDL wären mir diese Stimmen nicht bekannt geworden.

Anmerkungen

- 1 Adresse: SOCIOLOGY_OF_ISLAM@LISTSERV.VT.EDU oder auch Tugul Keskin <tugrulk@YT.EDU>
- 2 Man verzeihe mir den Rückbezug auf meine persönliche Ausgangslage: Ein ehemaliger Student erinnerte mich kürzlich daran, dass ich vor 30 Jahren mein erstes Seminar zum Thema „Soziologie des Islams“ in Bielefeld gehalten habe. Die klassischen Arbeiten von Jaques Berques, die einflussreichen Studien über „Islam und Kapitalismus“ (M. Rodinson) und „Weber und Islam“ (B. S. Turner), Sami Zubaidas Aufsatz „Political Activism in Islam“, die mich damals anregten, spielen in diesem Austausch heute so wenig eine Rolle wie die Klassiker der Soziologie und Islamwissenschaft Weber und Goldziher etwa. Damals wie heute aber war der ‘Sieg’ der ‘Islamischen Revolution’ im Iran das überragende tagespolitische Problem.
- 3 Es mag sein, dass Stellungnahmen dieser Art durchaus auch in die deutsche Öffentlichkeit hineingewirkt haben. Es ist mir aber nicht bekannt, dass auf diese Artikel hier Bezug genommen wird oder dass sie übersetzt worden wären. Deutsche Stimmen von Niveau und vergleichbarer Spontaneität sind mir ebenfalls nicht bekannt.
- 4 Name und Herkunft des Versenders sind nicht erkennbar.

Holger Hettwer und Franco Zotta ■

Wissenschaft sucht Öffentlichkeit – und findet Journalisten. Von der schwierigen Suche nach Rollenbildern in öffentlichen Debatten¹

Alles was wir über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien, notierte vor über zwanzig Jahren der Soziologe Niklas Luhmann (Luhmann 1996, 9). So beiläufig dieser Satz daher kommt, so folgenreich ist er bei näherer Betrachtung. In dieser Feststellung liegt begründet, warum den Medien in modernen Gesellschaften eine so zentrale Bedeutung zukommt. Es gibt praktisch kein Thema, das nicht entscheidend über den massenmedialen Diskurs konturiert wird. Meinungen entstehen, weil der mediale Zugriff auf Themen die Aufmerksamkeit lenkt und auf diesem Weg die ansonsten unüberschaubare Vielzahl an Stimmen so orchestriert, dass eine breite Debatte möglich wird. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch: Was in den Medien nicht stattfindet, gibt es nicht. Das bedeutet nicht, dass es keine Wirklichkeiten jenseits medialer Inszenierungen gibt. Aber sobald man sich im öffentlichen Raum bewegt, kann es keine Verständigung jenseits hochspezialisierter Teilöffentlichkeiten geben, die nicht unter Rückgriff auf die Massenmedien erfolgt. Folgt man dieser These, wird verständlich, warum alle gesellschaftlichen Teilsysteme ein vitales Interesse an den Medien haben. Ohne Repräsentanz ihrer Anliegen über die Medien können sie nicht darauf hoffen, dass die Öffentlichkeit Verständnis für ihre Themen und Forderungen entwickelt. Die Wissenschaft ist sich dieses Zusammenhangs schon seit langem bewusst und hat früh damit begonnen, sich mit den Medien zu befassen. Im Folgenden möchten wir an Hand ausgewählter Repräsentanten der Wissenschaft dokumentieren, welches Bild vom Journalismus darin transportiert wird. In einem zweiten Schritt wollen wir zeigen, wie problematisch es für Journalisten ist, in diesem von manifesten Erwartungshaltungen geprägten Kontext ein professionelles Selbstverständnis zu entwickeln.

Ein großer Teil der Rollenbilder, die sich heute im Selbstverständnis vieler Wissenschaftsjournalisten wiederfinden, basiert historisch auf Anforderungs- und Aufgabenzuweisungen vonseiten der Wissenschaft an den Journalismus. Es geht dabei im Kern um die

„Vermittlungs-, Aufklärungs- oder Akzeptanzfunktion“ (Kohring 1997, 54), die dem Journalismus vonseiten der Wissenschaft zugewiesen wird.

1 Vermittlung

Wissenschaft ist schwierig: Sie scheint dermaßen komplex, dass sie der Bevölkerung kaum zu vermitteln ist. Nach Vorstellung vieler Wissenschaftler klafft ein Spalt zwischen ihnen und der Öffentlichkeit. Es besteht Vermittlungsbedarf, und zwar vonseiten der Wissenschaft. Die erklärt sich allerdings mit der Lösung ihres Problems überfordert – „weil die Wissenschaftler allein den nötigen Transfer ihrer Arbeiten in die Öffentlichkeit nicht leisten können“ (Depenbrock 1976, 18f.). Bereits in den 20er Jahren wird die Presse daher als „unentbehrliches Hilfsmittel zur Verbreitung der Ergebnisse der Wissenschaft“ reklamiert (Dyroff 1926, 30). Aber noch 1965 ist „die entscheidende Bedeutung der Wissenschaft [...] von dem ganz überwiegenden Teil der Staatsbürger noch nicht erfasst worden“. Daher bedürfe es einer forcierten Öffentlichkeitsarbeit, bei der den Massenmedien eine „Mittlerfunktion“ (Oeckl 1965, 295ff.) zugewiesen wird. In den 70er Jahren wird diese Funktion auf einen neuen Begriff gebracht. Der Wissenschaftsjournalismus mutiert zum „Dolmetscher zwischen Forschung und Öffentlichkeit“ (Roloff/Hömberg 1975, 56ff.). Elisabeth Noelle-Neumann konstatiert kurzerhand „Wissenschaft bedarf der Dolmetscher“ und fordert im Namen der Wissenschaft: „Der Öffentlichkeit ein Bild von Wissenschaft zu vermitteln heißt, Isolation der Wissenschaftler aufheben, Misstrauen zerstreuen, Resonanz verstärken, [...] Bereitschaft zur öffentlichen Unterstützung der Wissenschaft wecken, Wissenschaft zu einem Bestandteil von Bildung und gemeinsamen Interesse einer Bevölkerung machen.“ (Noelle-Neumann 1978, 32)

2 Aufklärung

Ganz weit oben am Gipfel ist es eben einsam – das Dilemma der Elite. Die Selbststilisierung steht in Kontrast zur gefühlten gesellschaftlichen Spitzenposition. Bereits 1874 konstatiert der „Reichskanzler der Physik“ Hermann von Helmholtz: „Die Naturwissenschaften sind von dem allererheblichsten Einfluss auf die Gestaltung des gesellschaftlichen, industriellen und politischen Lebens der civilisierten Nationen geworden.“ (Helmholtz 1874, VI, zitiert nach Kohring 2005, 13) Dieser „allererheblichste Einfluss“ bildet die Basis für die Auffassung, dass die journalistische Berichterstattung im Dienste des technischen Fortschritts zu stehen habe: Wissenschaftsjournalismus als Mittel, um den Prozess der technischen und wissenschaftlichen Entwicklung aktiv voranzutreiben – eine Meinung, die zu Anfang des 20. Jahrhunderts weit verbreitet ist. Die Presse wird als „Bundesgenosse der Technik“ (Joel 1926, 66f.) gesehen. Aus der von der Wissenschaft vorgenommenen Standortbestimmung im Dienst des Fortschritts ergibt sich eine weitere normative Funktionszuweisung an den Journalismus: die Rolle des Aufklärers. Allerdings unterscheidet sich die damals vorherrschende Auffassung von Aufklärung fundamental von unserem heutigen Verständnis die-

ses Begriffs, insofern das Ziel und die Grenzen des Aufklärungsprozesses eng und unmissverständlich gezogen werden: Die „machtvolle Kulturerscheinung Technik“ stelle an die Presse die „unbedingte Forderung zu bejahen, schnell und ohne Einschränkungen zu bejahen“. Kritik vonseiten der Presse sei zwar legitim – aber „nur dann, wenn ihre Kritik positiv ist in Meinung und Zielbewusstsein. Hüten freilich muss sich die Presse vor jeder grundsätzlichen Ablehnung und Verneinung.“ (Starke 1927, 457)

Objekt des absoluten Bejahens ist der wissenschaftlich ungebildete Laie – der Journalismus müsse ihn „zum Verständnis technischer und technisch-wirtschaftlicher Vorgänge erziehen, das allein geeignet ist, Entwicklungen zu fördern, von denen Wohl und Wehe der nationalen Produktion abhängig ist“ (Freund 1929, 15). Wissenschaftsgeneriertes Wissen wird a priori als höherwertig innerhalb einer unzureichend informierten, mit Vorurteilen behafteten Öffentlichkeit bewertet. In einem solchen Umfeld genügt der Akt der Aufklärung an sich als Legitimation für Wissenschaftsvermittlung – im Gestus eines „emanzipatorischen Impuls, der der Tradition der europäischen Aufklärung folgt“ (Hömberg 1990, 16). De facto handelt es sich dabei allerdings um eine halbherzige Aufklärung, die sich vor allem aus der Vorstellung eines einseitigen Wissenstransfers von der Wissenschaft in die Gesellschaft speist – dem Journalismus kommt dabei lediglich die Rolle eines Mediums zu, das Wissen an die Ungebildeten diffundiert. Das Licht der Aufklärung flackert durch eine Einbahnstraße.

3 Akzeptanz

Das Rollenbild des Aufklärers impliziert die Auffassung, dass der Wissenschaftsjournalismus auch für die Akzeptanz des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Bevölkerung zu sorgen habe. Schon in den 20er Jahren weiß man um die „Bedeutung, die die Tagespresse für die Anerkennung und Unterstützung wissenschaftlicher Forschungen“ gewonnen hat, und der Journalismus wird für die Wissenschaft zu einem zwar „nicht leicht zu handhabenden, aber wundervollen Instrument der Publikation“ (Groth 1929: 547). Das vorrangige Ziel ist es, „die Öffentlichkeit ‚wissenschaftsbewusst‘ zu machen“, erklärt Max-Planck-Präsident Adolf Butenandt Mitte der 60er Jahre (Butenandt 1966, 224–229). Vom Bewusstsein zur Begeisterung ist es dann nur noch ein kurzer Sprung: „Wie können wir erreichen, dass in unserem Volke ein Wissenschaftsbewusstsein, eine Wissenschaftsfreude, eine Wissenschaftsbegeisterung entsteht?“ (Nord 1961, 9ff.) Aber offenbar ist das Volk nicht in der Lage, die Begeisterung für die Wissenschaft von sich aus aufzubringen, geschweige denn die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln. Also appelliert Nord mit Nachdruck an die Journalisten: „Sie müssen uns helfen, den Trägern des Staates klar zu machen, dass der Wissenschaftsfinanzierung ein Prioritätsanspruch zusteht, und schließlich müssen Sie uns helfen, in Ihren eigenen Reihen der Wissenschaft nicht nur den Raum, sondern auch die Behandlung zu geben, die ihrer Würde und Stellung in der Gemeinschaft entspricht.“ (Nord 1963, 6)

Ähnlich verhält es sich, wenn dem Journalismus eine politische Aufklärungsfunktion zugewiesen wird – beispielsweise im Kontext der Diskussion um eine „öffentliche Wissenschaft“, die Ende der 60er Jahre entsteht. Dabei geht es vor allem um die Pflicht zur finanziellen Rechenschaft: Die Wissenschaft solle die Öffentlichkeit informieren, um Herz und Hingabe des Steuerzahlers zu gewinnen. Auch wenn hierbei ein „Demokratie-Argument“ – die breite Öffentlichkeit müsse qua Wissenschaftsvermittlung befähigt werden, am Diskurs über wissenschaftspolitische Entscheidungen zu partizipieren – ins Feld geführt wird, stehen in erster Linie wissenschaftsspezifische Interessen im Mittelpunkt: „Die Allgemeinheit muss erkennen, dass wissenschaftliche Forschung für das öffentliche Wohl unerlässlich ist“, daher müsse man mehr „Verständnis für die gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung einer breiten Forschungsförderung“ gewinnen (Burger 1973, 74).

In der gesamten Diskussion, konstatiert Kohring resümierend, wird eine eigenständige Funktion des Wissenschaftsjournalismus „konsequent ausgeblendet“ (Kohring 2005, 61). Stattdessen müsse sich dieses journalistische Segment mit einem ganzen Katalog an Aufgabenzuweisungen auseinandersetzen, die an den spezifischen Eigeninteressen der Wissenschaft ausgerichtet sind.

4 Das Selbstbild von Wissenschaftsjournalisten

Die auf den ersten Blick nahe liegende Vermutung, dass die Vielstimmigkeit der Rollenzuweisungen „von außen“ im Kontrast steht zu einer Eindeutigkeit, mit dem Wissenschaftsjournalisten selbst ihr Metier beschrieben haben, erweist sich bei näherer Betrachtung als Irrtum. Auch für das Selbstverständnis von Wissenschaftsjournalisten ist charakteristisch, dass sich darin nur wenig Selbstverständliches findet, dass vielmehr diese Selbstbeschreibungen wechselnden Einflüssen unterliegen und dabei viele Motive aufgreifen, die sich auch schon in den anfangs zitierten Außenzuschreibungen finden.

„Gestatten? Ich bin Dolmetscher. Meine Sprachen? Ich übersetze vom Fachchinesischen ins Deutsche. Die offizielle Bezeichnung des Berufs, den ich ausübe, lautet: Wissenschaftsjournalist.“ (Kast 2006, 1225) So beginnt der Text eines jungen Wissenschaftsjournalisten, der der Frage nachgeht, was denn ein Wissenschaftsjournalist sei. Hochwertiger Wissenschaftsjournalismus, schreibt Bas Kast weiter, sei in der Konsequenz der Dolmetscherfunktion dann gegeben, wenn der Journalist jene Menschen erreiche, die ansonsten keine Berührungspunkte zur Welt der Wissenschaft haben. „Der Wissenschaftsjournalist ist in erster Linie für den Laien da“, was Kast so versteht, dass der ahnungslose Leser durch spannendes Erzählen in den Bann gezogen wird, um „ihn dann weiter[zuführen, dorthin, wo er noch nie war. Das ist guter Wissenschaftsjournalismus.“ (ebd., 1230)

Kast variiert hier das bekannte Motiv „Faszinosum Wissenschaft“: Der Journalist mutiert zum verlängerten Arm einer geheimnisvollen Forscherwelt, die aufgrund der ihr eigenen Sperrigkeit nicht unmittelbar mit dem Laienpublikum kommunizieren kann und somit der professionellen Mittler, der Journalisten, bedarf. Diese Vermittlung verläuft dabei trotz er-

klärter Orientierung am Leser weitgehend gemäß der Rationalität der Wissenschaft selbst. Der Journalist erklärt dem Unwissenden, was die Wissenschaft weiß, so dass jener am Ende zum Beispiel nicht mehr den Fehler begeht, eine Tomate für giftig zu halten (ebd., 1226). Der Wissenschaftler wiederum wird in dieser journalistischen Perspektive als Held stilisiert, dessen beruflicher Alltag voller Abenteuer und unerklärlicher Phänomene steckt, deren Geheimnisse er zu lüften sucht und an denen der Journalist den Laien durch das Erzählen einer spannenden Geschichte teilhaben lässt (ebd., 1228f.).

Bereits knapp 40 Jahre früher bemüht der TV-Journalist Heinz Haber ähnliche Bilder bei der Beschreibung seiner journalistischen Praxis (Haber 1968). Was ein Wissenschaftsjournalist tun muss, erklärt sich aus den Notwendigkeiten, die dem Wissenschaftssystem entspringen. Haber konstatiert eine breite Ignoranz in der Bevölkerung mit Blick auf Errungenschaften der Natur- und Technikwissenschaften, die er auf einen geisteswissenschaftlich dominierten Bildungsbegriff zurückführt. Dieser einseitige Bildungsbegriff habe zur Folge, dass die Menschen zu wenig von diesen Wissenschaften verstehen, sie gar missachten, gleichwohl deren Erkenntnisse und Produkte den Alltag der modernen Welt in zuvor nie gekannter Weise prägten und ihren Wohlstand bedingten. Die Wissenschaft selbst, insofern sie mit ihrer esoterischen Fachsprache die Entfremdung zwischen der Öffentlichkeit und den Wissenschaften maßgeblich befördert habe, müsse also dafür Sorge tragen, diese misslichen Zustände zu verändern. Das könne sie nur, wenn sie sich journalistischer Prinzipien bediene: Geschichten erzählen, Faszination vermitteln, Emotionen hervorrufen. All das arbeite einem Zweck zu: Die Öffentlichkeit in jeder erdenklichen Hinsicht zu Parteigängern der Anliegen der Wissenschaft machen. In der Wahrnehmung ihrer Wortführer rechtfertigt sich dieser vorbehaltlos für die Wissenschaft Partei ergreifende Journalismus durch den höheren Zweck, dem dieses Tun diene. Ein solcher Journalismus erwirbt sich Verdienste für das Gemeinwohl, indem es an der Aura partizipiert, die ihrem Berichterstattungsgegenstand beiwohnt. Wissenschaft mehrt das Wissen und den Wohlstand der Menschheit, also ist ein Journalismus, der die Öffentlichkeit über diese Qualitäten informiert und so ein wissenschaftsfreundliches Klima befördert, selbst wiederum Dienst am Gemeinwohl. Dieser Erziehungsauftrag findet sich schließlich auch bei jenen Journalisten, die ihren Beruf als breit angelegtes Alphabetisierungsprojekt begreifen, um derart „das Rüstzeug für das Verstehen von Wissenschaft [zu] vermitteln“ (Randow 1992, 12). Mittelbar trage ihre Berichterstattung dazu bei, die Öffentlichkeit zu bilden, so dass diese gegenüber der wissenschaftlichen community aufgeschlossener ist und zugleich dem Treiben von Scharlatanen mit wissenschaftlich fundierter Skepsis gegenüber treten kann. Wissenschaftsjournalismus will hier „den Mitmenschen wieder Vertrauen in die Logik zurück[...]geben und Sympathie für die Denkweise der Wissenschaft [...] wecken“ (Randow 1992, 9).

Der Historiker Jörg Requate führt diese inkonsistente berufliche Identität darauf zurück, dass dem Beruf des Journalisten ein klares Verständnis seiner Aufgaben „keinesfalls inhärent“ sei, „sondern erst historisch gewachsen ist“ und dabei generell „erheblichen

Wandlungsprozessen unterliegt“ (Requate 2004, 158). So zeigt Requate, dass insbesondere in Deutschland das journalistische Selbstbild geprägt war vom Kampf um Meinungsfreiheit und der Propagierung politischer Ideen. Die gegen massiven staatlichen Widerstand erfochtene Freiheit, für eine bestimmte Sache offen Partei ergreifen zu können, beförderte aufseiten der Publizisten ein Rollenbild, in dem der angesehene Journalist als Träger von Meinungen, weit weniger aber als Rechercheur von Fakten und unbeteiligter Beobachter eines Berichterstattungsfeldes, reüssierte. Mehr noch: „In kaum einem anderen Land wurde der Anspruch auf „Unparteilichkeit [...] so sehr mit ‚Gesinnungslosigkeit‘ gleichgesetzt wie in Deutschland.“ (ebd., 143), so dass die kulturellen Rahmenbedingungen „wenig Raum [lie-ßen] für den Ausbau einer Konzeption journalistischer Unabhängigkeit nach anglo-amerikanischem Vorbild“ (ebd., 145f.). In Folge dessen attestiert die kommunikationswissenschaftliche Forschung den deutschen Journalisten, diese seien etwa im Vergleich zu US-amerikanischen Kollegen „much more willing to be partisan or to be advocates“ (Lewenstein 1998, 188), ebenso wie sie stärker als ihre anglo-amerikanischen Kollegen daran interessiert sind, ihre eigene Meinung und ihre persönliche Analyse zu präsentieren.

Betrachtet man die zitierten Selbstbeschreibungen der Wissenschaftsjournalisten vor diesem allgemeineren historischen Befund, ahnt man, weshalb ihre Rollenfindung hierzulande unter sehr spezifischen Bedingungen erfolgte. Als verspätetes Ressort mit zudem zahlenmäßig dürrtiger Ausstattung setzte diese Rollensuche zu einem Zeitpunkt ein, wo der Journalismus bereits stark von der Tradition des Meinungsjournalismus geprägt war und wo Vorbilder in den anderen Ressorts durch eben diese Tradition geformt wurden. Im Gegensatz dazu findet der Wissenschaftsjournalismus im anglo-amerikanischen Raum früher zu einer Auseinandersetzung mit dem beruflichen Selbstverständnis, die zwischen den diversen Ausformungen einer journalistischen Identität klarer differenziert und in der die Frage nach der Beziehung zwischen Wissenschaft und Journalismus zum umstrittenen Thema wird.

Die Situation stellt sich heute anders dar. In der hiesigen Hochschullandschaft haben sich inzwischen mehrere Ausbildungsstudiengänge für Wissenschaftsjournalisten etablieren können. Wissenschaftsthemen sind keineswegs mehr Nischenprodukte und stoßen nicht nur bei traditionell spezialisierten Zeitschriften, sondern auch bei auflagenstarken Nachrichtenmagazinen oder im TV auf ein großes Publikumsinteresse. Und wenn der Eindruck nicht trügt, hat der Wissenschaftsjournalismus in Deutschland in den letzten Jahren ein neues Selbst-Bewusstsein entwickelt, d. h. als journalistische Entität Konturen ausgebildet und Foren gesucht, wo der fachliche Austausch untereinander möglich ist.

Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Text ist die überarbeitete und stark gekürzte Fassung unseres Aufsatzes „Von Transmissionsriemen und Transportvehikeln – Der schwierige Weg des Wissenschaftsjournalisten zu sich selbst“. In: Hettwer, Holger u.a. (Hg.): *Wissenswelten. Wissenschaftsjournalismus in Theorie und Praxis*, Gütersloh 2008, S. 197-218.

Literatur

- Burger, Hans-Georg 1973: *Wissenschaftsberichterstattung – ärgerlich oder erforderlich?*. In: *Gießener Universitätsblätter* 6, 2. S. 68–94.
- Butenandt, Adolf 1966. „Die Wissenschaft in der Industriegesellschaft“. In: *Kosmos* 62. S. 224–229.
- Depenbrock, Gerd 1976: *Journalismus, Wissenschaft und Hochschule. Eine aussagenanalytische Studie über die Berichterstattung in Tageszeitungen*. Bochum.
- Dyroff, Adolf 1926: *Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Presse*. In: *Deutsche Presse* 16, S. 21.
- Freund, Alfred 1929: *Die Technik und technisch-wirtschaftliche Fragen in der Tagespresse*. In: *Deutsche Presse* 19. S. 15–16. (Zitiert nach Kohring 1997, S. 26.)
- Groth, Otto 1929: *Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik)*. 2. Bd. Mannheim, Berlin und Leipzig.
- Haber, Heinz 1968: *Öffentliche Wissenschaft*. In: *Bild der Wissenschaft* 5. S. 745–753.
- Helmholtz, Hermann Ludwig Ferdinand von 1874: *Vorrede*. In: *John Tyndall: Fragmente aus den Naturwissenschaften. Vorlesungen und Aufsätze*. Braunschweig. S. V–XXV. (Zitiert nach Kohring 2005, S. 13)
- Hömberg, Walter 1974: *Wissenschaft und Journalismus. Forschungsprojekt an der Universität Bielefeld*. In: *Deutsche Universitäts-Zeitung* 30, S. 14.
- Hömberg, Walter 1990: *Das verspätete Ressort. Die Situation des Wissenschaftsjournalismus*. Konstanz.
- Joel, Kurt 1926: *Was verdankt die Technik der Presse*. In: *Deutsche Presse* 16, 21. S. 65–67.
- Kast, Bas 2006: *Über die Kunst, Wissenschaft zu vermitteln*. In: *Universitas* 12. S. 1224–1231.
- Kohring, Matthias 1997: *Die Funktion des Wissenschaftsjournalismus. Ein systemtheoretischer Entwurf*. Opladen.
- Kohring, Matthias 2005: *Die Funktion des Wissenschaftsjournalismus. Forschungsüberblick und Theorieentwurf*. Konstanz.
- Lewenstein, Bruce V. 1998: *Advocacy versus Objectivity in Environmental Journalism: A Historical Perspective*. In: *Winfried Göpfert, Renate Bader (Hg.): Risikoberichterstattung und Wissenschaftsjournalismus / Risk communication and science reporting. Tagungsbericht zum 4. Kolloquium Wissenschaftsjournalismus*. Stuttgart. S. 179–190.
- Luhmann, Niklas, 1996: *Die Realität der Massenmedien*, 2. Auflage, Opladen 1996

- Noelle-Neumann, Elisabeth 1978: Wissenschaft bedarf der Dolmetscher. Bild der Wissenschaft 15, 6. S. 32.
- Nord, Ferdinand Ernst 1961: Die Unterrichtung über die Belange der Wissenschaft durch die Presse. In: Mitteilungen des Hochschulverbandes 9. S. 8–18.
- Nord, Ferdinand Ernst 1963: Die Aufgabe der Berichterstattung über Wissenschaft und Forschung. In: Hochschul-Dienst 16, 12. S. 6–7.
- Oeckl, Albert 1965: Wissenschaft und Öffentlichkeitsarbeit. In: Bild der Wissenschaft 2. S. 294–301.
- Randow, Thomas von 1992: Albert Einsteins Vision blieb unerfüllt. Was haben wir nur falsch gemacht? Selbstkritische Einführung in eine vielschichtige Thematik. In: Robert Gerwin (Hg.): Die Medien zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Symposium der Karl-Heinz-Beckurts-Stiftung. Stuttgart. S. 9–13.
- Requate, Jörg 2004: Der Journalist. In: Ute Frevert und Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): Der Mensch des 20. Jahrhunderts. Essen. S. 138–162.
- Roloff, Eckart Klaus, Walter Hömberg 1975: Wissenschaftsjournalisten. Dolmetscher zwischen Forschung und Öffentlichkeit. In: Bild der Wissenschaft 12, 9. S. 56–60.
- Starke 1927: Der technische Teil der Zeitung. Welche Aufgaben sind hier für die deutsche Presse gegeben?. In: Zeitungs-Verlag 28. S. 455–460.

Zeitschriftenschau

Die Zeitschriftenschau gibt einen Überblick über die Inhalte wichtiger und interessanter Titel. Sie macht deutlich, welche Themen in den sozialwissenschaftlich orientierten Raumwissenschaften die Debatten und Auseinandersetzungen bestimmen. Durch die Berücksichtigung unterschiedlicher Disziplinen und (auch wissenschaftstheoretischer) Ausrichtungen wird deutlich, dass der wissenschaftliche Erkenntnisprozess ein überaus voraussetzungsvolles Unternehmen ist. Damit wird es möglich, reale oder angestrebte Deutungshoheit in Frage zu stellen und den Prozess von Erkenntnis transparent zu gestalten. Neben Online-Zeitschriften sollen auch traditionell erscheinende Zeitschriften in die Zeitschriftenschau einbezogen werden.

Presseschau

Die Presseschau informiert über die Berichterstattung in der Tagespresse zu raumbedeutsamen Themen. Einerseits soll mit diesem Instrument die häufig anzutreffende Einbahnstraßenkommunikation vom Wissenschaftssystem in die Öffentlichkeit aufgebrochen werden und der Dialog aus der Öffentlichkeit in die Wissenschaft hinein forciert werden. Auf der anderen Seite kann die Presseschau als Filter von gesellschaftlich relevanten Themen und gesellschaftlichen Problemlagen verstanden werden.

Internetschau

Ein immer größer werdender Anteil der Wissenschaftskommunikation verlagert sich ins Internet. In unzähligen Internetforen und Blogs werden Themen erörtert und Fragen diskutiert, die auch in dem hier thematisierten Zusammenhang von Interesse sind. Die Internetschau wird aus diesem Bereich informieren und auf interessante Diskussionen und Debatten aufmerksam machen.

Die einzelnen Formate von raumnachrichten.de können als verschiedene Mosaiksteine des oben skizzierten Anliegens interpretiert werden. Darüber hinaus könnten sie aber auch noch einem weiteren Zweck dienen: Sie könnten Anlass sein, nach der Bedeutung des produzierten Wissens zu fragen, indem es aus dem Kontext der jeweiligen disziplinären Spezialisierung herausgelöst und sein Gehalt in einem größeren Kontext reflektiert wird. So kann darüber nachgedacht werden, wie (hier: raumbezogenes bzw. raumthematisierendes) Wissen entsteht und welche Rolle es in der Gesellschaft einnimmt.

raumnachrichten.de

ist das neue Forum der Geographischen Revue. Seinen inhaltlichen Mittelpunkt bildet die sozialwissenschaftlich orientierte Raumforschung. Dazu gehören neben der Geographie auch andere Disziplinen bzw. Teile von ihnen, so etwa Soziologie, Architektur, Raumordnung und Landesplanung, Regionalwissenschaften, Geschichte, Städtebau, Umweltforschung und Raumplanung.

raumnachrichten.de möchte zeigen und vermitteln, welche Themen und Theorie-diskussionen in der heutigen Raumforschung aktuell sind. "Forum" bedeutet dabei dreierlei:

1. raumnachrichten.de bringt verschiedene Formen raumbezogener Informationen in (virtuelle) Kommunikation miteinander und vermittelt so unterschiedliche Ebenen von Raumthematisierung, sei es diejenige in den einzelnen Wissenschaften, sei es diejenige der öffentlichen Wahrnehmung und Kommunikation.

2. raumnachrichten.de stellt Wissen aus der Raumforschung in einem öffentlichen Raum zur Verfügung, lässt dieses Wissen und diese Form von Wissensproduktion quasi als Akteure einander gegenüberreten, so dass der Nutzer als Beobachter von wissenschaftlichen Prozessen angeregt sein soll, selbst auf diesem Forum aktiv zu werden - sei es in Form einer eigenen Beschäftigung mit den vorgestellten Themen und Theorien, sei es als Teilnehmer an der Diskussion.

3. raumnachrichten.de ermöglicht den Lesern und Nutzern durch Kommentare zu den abgedruckten Rezensionen, Berichten und Artikeln auch selbst aktiv den Prozess der Wissensproduktion zu beeinflussen.

Um dieses Anliegen des Internetforums nach Kommunikation, Transparenz und Dialog zu verwirklichen, sollen u.a. folgende Quellen ausgewertet und zugänglich gemacht werden:

Rezensionen

Rezensionen leisten einen wertvollen Beitrag zur Orientierung in einem schier endlosen Meer von Neuerscheinungen. Durch verschiedene Rezensionen des gleichen Buches kann der Wettbewerb unterschiedlicher Sichtweisen und Meinungen deutlich gemacht und verschiedene Positionen zueinander in kritische Relation gesetzt werden. Rezensionen tragen zu einer Transparenz wissenschaftlichen Handelns bei, die in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit nicht nur erwünscht, sondern für einen gleichberechtigten Dialog notwendige Voraussetzung ist.